Rheinland-Pfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

12 2011

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Kindertagesbetreuung 2011
Ernte 2011
Hochschulen 2010/11

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Thomas Kirschey

Zum Stichtag 1. März 2011 gingen insgesamt 21 731 Jungen und Mädchen unter drei Jahren in eine Kindertageseinrichtung, das waren 23 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe. Bei der Erhebung im März 2006 waren es lediglich 8 949 Kinder (8,8 Prozent).

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e n : Inhaltsverzeichnis der Statistischen Monatshefte 2011
Lesezeichen

12 2011

STATISTISCHE MONATSHEFTE

64. Jahrgang

kurz + aktuell 1055

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Tourismus ■ Bildung ■ Umwelt
Verkehr ■ Amtliche Statistik allgemein

Verbraucherpreise 1066

Rheinland-Pfalz in Karten: Auspendler in andere Bundesländer bzw. nach Luxemburg am 30. Juni 2010 1067

Kindertagesbetreuung 2011 1068

Trockenheit führte zu deutlichen Ernteeinbußen 1077

Hochschulen 2010/11 1087

Daten zur Konjunktur 1105

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 1131

Neuerscheinungen 1149

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrieaufträge im September im Minus

Auslandsgeschäft schwächelt

Im September 2011 gingen bei der rheinland-pfälzischen Industrie preisbereinigt 4,7 Prozent weniger Bestellungen ein als ein Jahr zuvor (Deutschland: +2,4 Prozent). Der Rückgang wurde maßgeblich von der Auslandsnachfrage beein1usst; die Auslandsorder 6elen um 7,4 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent). Die Bestelltätigkeit aus dem Inland nahm um 1,1 Prozent ab (Deutschland: +3,5 Prozent).

Die chemische Industrie verzeichnete einen Einbruch von 25 Prozent, wobei Inlands- und Auslandsnachfrage gleichermaßen zurückgingen. Die Metallerzeugung und -bearbeitung musste Auftragsrückgänge von 6,4 Prozent hinnehmen, bei den Herstellern von Papier, Pappe und Waren lag der Rückgang bei 1,1 Prozent. Unter den umsatzstarken rheinland-pfälzischen Industriezweigen registrierten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen den größten Zuwachs an Bestellungen (+19 Prozent). Den Ausschlag hierzu gab das Inlandsgeschäft (+37 Prozent), die Auslandsorder nahmen um 8,2 Prozent zu. Eine steigende Nachfrage verzeichneten auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+5,9 Prozent); ursächlich hierfür waren vor allem die Auslandsorder (+8,1 Prozent). Der Maschinenbau steigerte die Auftragseingänge um 3,2 Prozent, in der Herstellung von Metallerzeugnissen gab es gegenüber dem Vorjahresmonat keine Veränderung.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

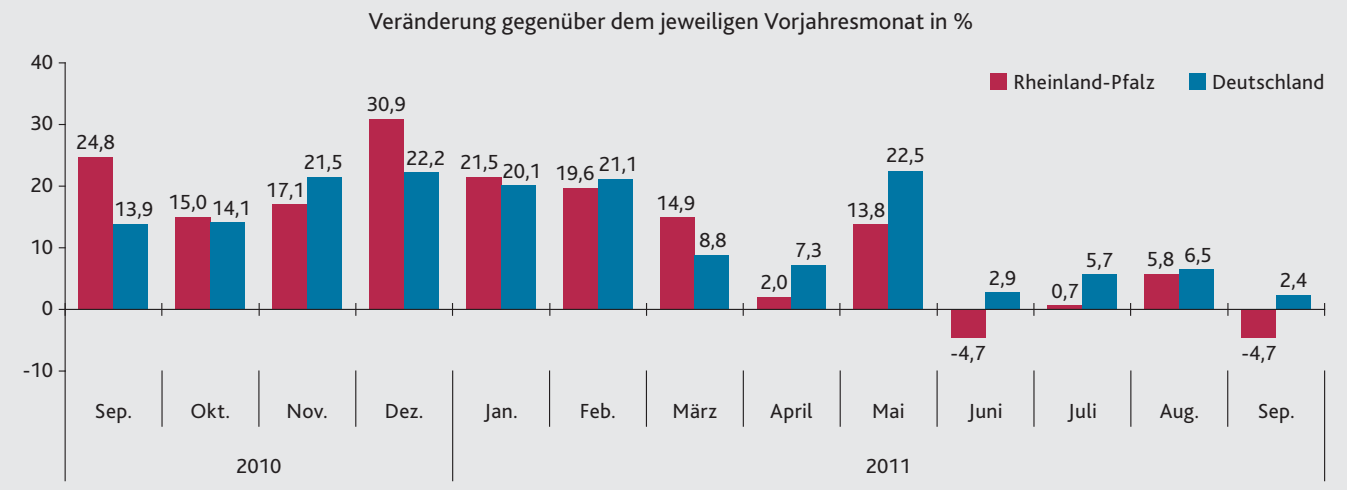
Indikator	Monatswerte September 2011 2005=100	Veränderung September 2011 zum Vorjahresmonat	Veränderung September 2011 zum Vormonat
Auftragseingänge (real)			
Industrie	96,8	-4,7% ↓	4,6% ↑
Inland	99,3	-1,1% ↘	1,4% ↗
Ausland	94,8	-7,4% ↓	7,4% ↑
Chemie	66,9	-25,2% ↓	-6,5% ↓
Fahrzeugbau	94,6	5,9% ↑	15,1% ↑
Maschinenbau	117,4	3,2% ↑	2,6% ↑
Metallerzeugnisse	105,7	0,0% →	3,4% ↑
Bauhauptgewerbe	154,5	7,6% ↑	18,2% ↑
Umsätze (real)			
Großhandel	123,1	7,6% ↑	10,8% ↑
Einzelhandel (ohne Kfz)	107,1	1,0% ↗	-2,2% ↓
Kfz-Handel	94,4	4,4% ↑	12,1% ↑
Gastgewerbe	109,5	5,7% ↑	-4,9% ↓

Gegenüber August 2011 stiegen die Auftragseingänge um 4,6 Prozent (Deutschland: +5,2 Prozent). Hierzu trugen vor allem die Auslandsbestellungen mit +7,4 Prozent bei (Deutschland: +6,2 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland stiegen um 1,4 Prozent (Deutschland: +4 Prozent). Einen überdurchschnittlichen Anstieg der Order meldeten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+17,5 Prozent). Die Basis für diese positive Entwicklung bildeten die Inlandsaufträge, die um 55 Prozent zunahmen. Teils deutlich stiegen auch die Auftragseingänge in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+15 Prozent), von Metallerzeugnissen (+3,4 Prozent) und im Maschinenbau (+2,6 Prozent). Auch im Vormonatsvergleich gab es den größten Rückgang in der chemischen Industrie (–6,5 Prozent), ursächlich bedingt durch die Inlandsbestellungen (–16 Prozent).

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App „i-nigma“. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 und 2011 nach Monaten

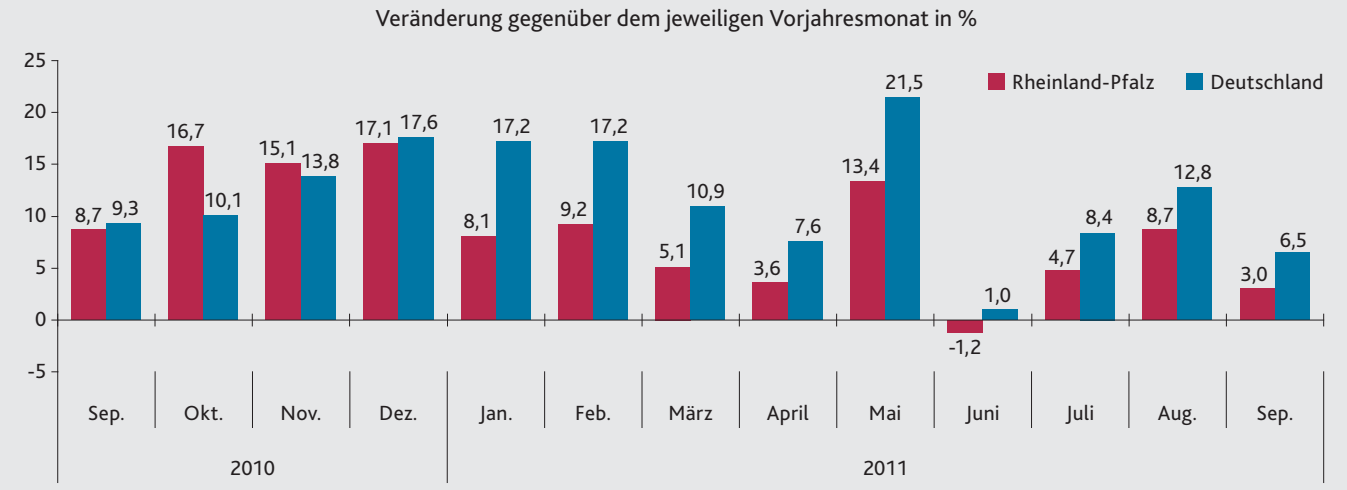


Industrieproduktion im September im Plus

Im September 2011 stellte das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz preisbereinigt drei Prozent mehr Güter her als ein Jahr zuvor (Deutschland: +6,5 Prozent). Dabei kam der wesentliche Schub aus dem Investitionsgütersektor, der einen Produktionszuwachs von 6,2 Prozent verzeichnete (Deutschland: +8,9 Prozent). Der Ausstoß des Vorleistungsgütersektors sank im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht um 0,6 Prozent (Deutschland: +6,5 Prozent).

Die positive Entwicklung der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion gegenüber September 2010 beeinflusst vor allem die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen: Diese beiden Branchen weiteten ihr Produktionsvolumen deutlich aus (+35 bzw. +11 Prozent). Einen höheren Güterausstoß als im Vorjahresmonat meldeten auch der Maschinenbau (+6,6 Prozent), die Hersteller von Metallerzeugnissen (+5 Prozent) sowie von Nahrungs- und Futtermitteln (+3,4 Prozent). Die

Index der Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010 und 2011 nach Monaten



übrigen größeren Branchen fuhren ihre Produktion teils merklich zurück; den stärksten Rückgang meldete die Metallerzeugung und -bearbeitung mit –4,2 Prozent.

Das Produktionsniveau der rheinland-pfälzischen Industrie lag im September 2011 preisbereinigt um drei Prozent über dem Stand des Vormonats August (Deutschland: +10 Prozent). Der Zuwachs wurde wesentlich durch den erhöhten Produktionsausstoß im Investitionsgütersektor beeinflusst (+10 Prozent; Deutschland: +16 Prozent). Dagegen büßte der Vorleistungsgütersektor merklich an Produktionskraft ein (–3,2 Prozent; Deutschland: +5 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat nahm der Output der Industrieproduktion in einigen Wirtschaftszweigen teils überdurchschnittlich zu, wobei der Maschinenbau den höchsten Zuwachs verzeichnete (+19 Prozent). Ebenfalls robuste Produktionswerte lieferten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+12 Prozent) sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+11,5 Prozent), gefolgt von den Herstellern von Metallerzeugnissen (+5,5 Prozent) und von pharmazeutischen Erzeugnissen (+3,4 Prozent). Rückgänge um 9,8 Prozent meldete dagegen die chemische Industrie. Weniger hergestellt als im Vormonat haben auch die Wirtschaftszweige „Metallerzeugung und -bearbeitung" (–3,4 Prozent) sowie „Herstellung von Glas, Glaswaren und Keramik" (–1,2 Prozent).

Umsätze von Januar bis September 2011 und Beschäftigte im September 2011 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Industrieumsätze deutlich im Plus

Beschäftigtenzuwächse stabil

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe meldeten in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 Umsätze in Höhe von 62,4 Milliarden Euro. Dies waren 13,8 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +13,5 Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen merklich um 15 Prozent (Deutschland: +14 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag damit erneut bei 52,7 Prozent (Deutschland: 46,1 Prozent). Die Inlandserlöse zogen mit einem Plus von zwölf Prozent ebenfalls spürbar an (Deutschland: +13 Prozent).

Im September 2011 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 247 610 Beschäftigte, das waren rund 7 100 bzw. drei Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +3,4 Prozent). Die Zahl der Arbeitsstunden lag in den ersten neun Monaten des Jahres um 5,1 Prozent über dem Vorjahreswert (Deutschland: +5 Prozent).

Die zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen erwirtschafteten in den ersten neun Monaten teils beachtliche Zuwächse. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und im Maschinenbau stiegen die Erlöse um 28 bzw. 26 Prozent. Die Zunahme resultierte in diesen beiden Wirtschaftszweigen vor allem aus dem Auslandsgeschäft (+43 bzw. 31 Prozent), während die Steigerung der Inlandsumsätze moderater ausfielen (+10 bzw. +18 Prozent). Ein dynamisches Umsatzwachstum verbuchte auch die Metallerzeugung und -bearbeitung (+20 Prozent), wobei die positive Entwicklung vor allem von den Inlandsgeschäften beeinflusst wurde (+25 Prozent, Ausland: +16 Prozent). Im zweistelligen Bereich bewegten sich auch die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+15,5 Prozent). Zuwächse von jeweils 14 Prozent verzeichneten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie die Nahrungs- und Futtermittelindustrie, die Hersteller von Metallerzeugnissen setzten zehn Prozent mehr um. Die übrigen Branchen meldeten Steigerungsraten zwischen 6,6 Prozent (Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus) und 9,5 Prozent (chemische Industrie).

Die bedeutenden rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige wiesen – von zwei Ausnahmen abgesehen – gegenüber dem Vorjahresmonat teils deutliche Beschäftigungszuwächse auf. Diese fielen im Maschinenbau am höchsten aus (+6,6 Prozent). Dahinter folgten die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie die Pharmaindustrie mit einer Steigerungsrate von jeweils 3,9 Prozent, die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+3,6 Prozent) sowie die chemische Industrie (+3,4 Prozent). Die Metallerzeugung und -bearbeitung verbesserte die Personalsituation um 2,9 Prozent. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie von Papier, Pappe und Waren daraus reduzierten ihren Beschäftigtenstand leicht um jeweils 0,1 Prozent.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deutlich gestiegen

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im September 2011 im Vorjahresvergleich um 7,6 Prozent gestiegen. Damit kam es nach dem leichten Zuwachs um 0,7 Prozent im August wieder zu einer deutlichen Verbesserung der Auftragslage. Während im Hochbau die Nachfrage um 33,5 Prozent kräftig anzog, blieb der Tiefbau um zwölf Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es erneut deutliche Unterschiede. Getragen wurde die positive Entwicklung im Hochbau ausschließlich vom gewerblichen Hochbau (+151 Prozent). Dagegen gaben vor allem die Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau (–32 Pro-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte September 2011 2005=100	Veränderung September 2011 zum Vorjahresmonat	Veränderung September 2011 zum Vormonat
Auftragseingang	154,5	7,6 % ↑	18,2 % ↑
Hochbau insgesamt	172,0	33,5 % ↑	54,4 % ↑
Wohnungsbau	101,1	-2,8 % ↓	-14,4 % ↓
gewerblicher Hochbau	232,3	150,5 % ↑	112,9 % ↑
öffentlicher Hochbau	142,5	-31,9 % ↓	30,7 % ↑
Tiefbau insgesamt	138,3	-11,8 % ↓	-6,7 % ↓
gewerblicher Tiefbau	186,3	17,8 % ↑	12,3 % ↑
öffentlicher Tiefbau	118,3	-9,0 % ↓	11,0 % ↑
Straßenbau	136,0	-21,2 % ↓	-18,9 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	145,3	0,5 % ↗	2,7 % ↑
Hochbau insgesamt	136,0	2,3 % ↑	-0,6 % ↘
Wohnungsbau	149,1	38,4 % ↑	-0,5 % ↘
gewerblicher Hochbau	141,1	14,3 % ↑	-2,1 % ↓
öffentlicher Hochbau	116,9	-30,9 % ↓	2,0 % ↑
Tiefbau insgesamt	154,4	-1,1 % ↘	5,8 % ↑
gewerblicher Tiefbau	153,2	-10,9 % ↓	-9,8 % ↓
öffentlicher Tiefbau	114,6	-0,2 % ↘	4,0 % ↑
Straßenbau	179,9	1,8 % ↗	12,2 % ↑

zent) sowie im Wohnungsbau (–2,8 Prozent) nach. Im Tiefbau reichte das Auftragsplus von 18 Prozent im gewerblichen Tiefbau nicht aus, um die Rückgänge im Straßenbau (–21 Prozent) sowie im öffentlichen Tiefbau (–9 Prozent) auszugleichen. Bei der Einschätzung der Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Im Vergleich zum August 2011 verbesserte sich die Nachfrage nach Bauleistungen sogar noch stärker (+18 Prozent). Auch im Vormonatsvergleich stiegen die Auftragseingänge im Hochbau deutlich (+54 Prozent), während im Tiefbau eine Verschlechterung zu verzeichnen war (–6,7 Prozent). Besonders starke Zuwächse meldeten der gewerbliche Hochbau (+113 Prozent) sowie der öffentliche Hochbau (+31 Prozent). Dagegen kam es im Straßenbau (–19 Prozent) sowie im Wohnungsbau (–14 Prozent) zu rückläufigen Auftragseingängen.

Der baugewerbliche Umsatz stieg im Vergleich zum September 2010 leicht um 0,5 Prozent auf rund 275 Millionen Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze um 2,3 Prozent auf mehr als 127 Millionen Euro. Dagegen verzeichnete der Tiefbau einen Rückgang um 1,1 Prozent auf rund 147 Millionen Euro. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es vor allem im Wohnungsbau (+38 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (+14 Prozent) kräftige Zuwächse. Erhebliche Umsatzeinbußen verzeichnete dagegen der öffentliche Hochbau (–31 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau belief sich das Minus auf elf Prozent.

Gegenüber dem Vormonat stieg der Umsatz um 2,7 Prozent. Während es im Hochbau im September 2011 zu einem leichten Rückgang um 0,6 Prozent kam, verzeichnete der Tiefbau ein Plus von 5,8 Prozent. Überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen gab es im Straßenbau (+12 Prozent) sowie im öffentlichen Tiefbau (+4 Prozent). Den stärksten Einbruch hatte der gewerbliche Tiefbau (–9,8 Prozent) zu verkraften.

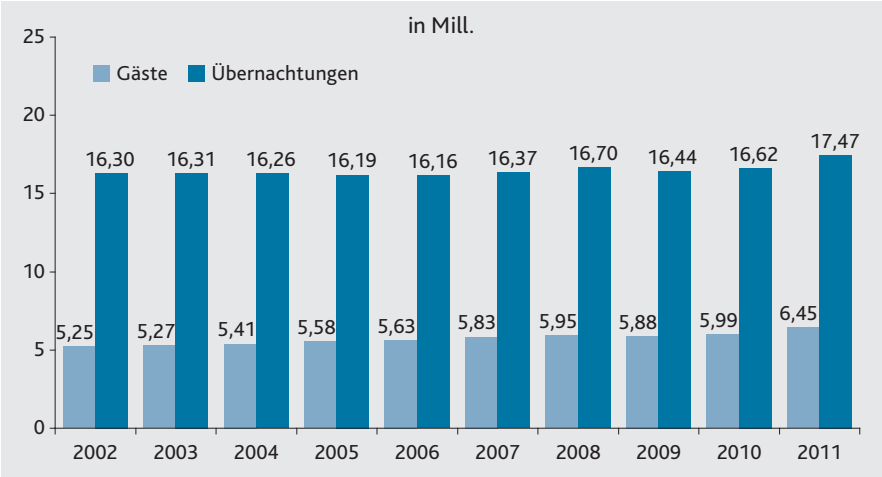
Tourismus mit Gäste- und Übernachtungsrekord

Der rheinland-pfälzische Tourismus bleibt auf Wachstumskurs. Die Zahl der Gästeankünfte lag in den ersten neun Monaten 2011 mit 6,5 Millionen um 7,7 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Die Anzahl der Übernachtungen erhöhte sich um 5,1 Prozent auf 17,5 Millionen. Damit war sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen ein neues Spitzenergebnis zu verzeichnen, das auch die ersten neun Monate des bisherigen Rekordjahres 2000 übertraf.

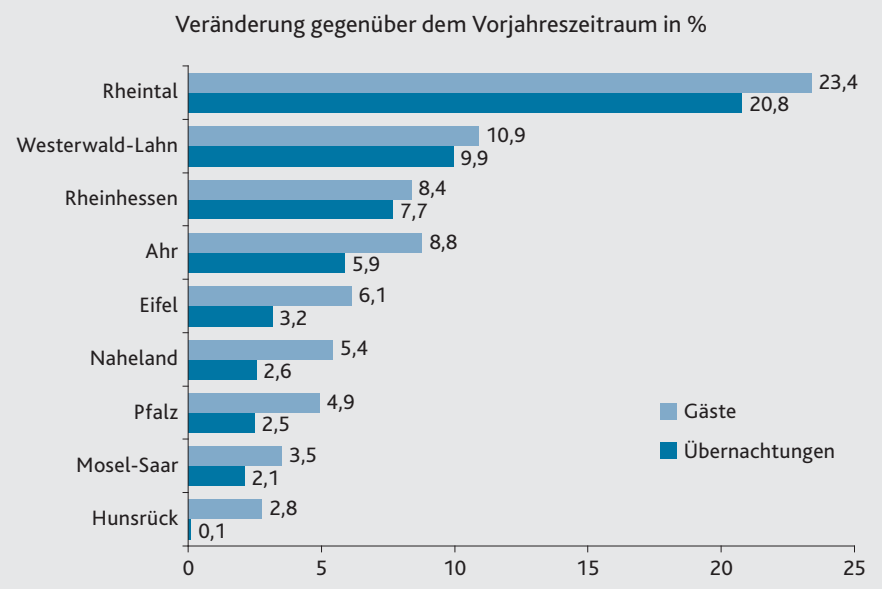
Im milden und sonnenreichen Spätsommermonat September besuchten etwas mehr als eine Million Übernachtungsgäste Rheinland-Pfalz, sieben Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Übernachtungen übertraf mit gut 2,7 Millionen den Vorjahreswert um 4,3 Prozent.

Etwas mehr als fünf Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz in der Zeit von Januar bis September 2011, das waren 9,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste um 6,5 Prozent auf fast 13,5 Millionen. Zu der positiven Entwicklung des rheinland-

Gäste und Übernachtungen von Januar bis September 2002–2011



Gäste und Übernachtungen von Januar bis September 2011 nach Tourismusregionen



pfälzischen Tourismus in den ersten neun Monaten trugen auch die Auslandsgäste bei, wenngleich mit unterdurchschnittlichen Zuwachsraten. Hier stieg die Zahl der Gästeankünfte um 2,5 Prozent auf über 1,4 Millionen, die Übernachtungszahl erhöhte sich leicht um 0,5 Prozent auf gut vier Millionen.

Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländerinnen und Niederländer mit Abstand die größte Gruppe, gefolgt von Gästen aus Belgien und den USA. Von diesen drei Gästegruppen verzeichneten lediglich die Belgierinnen und Belgier eine Zunahme der Übernachtungszahlen um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Während die Übernachtungen der Gäste aus den Niederlanden, den USA und aus Großbritannien zurückgingen, waren bei den Gästegruppen aus Frankreich, der Schweiz, aus Österreich und auch aus Italien deutliche Zuwächse zu verzeichnen.

Das mit Abstand stärkste Gäste- und Übernachtungsplus meldeten die Beherbergungsbetriebe im Rheintal (Gästeankünfte: +23 Prozent, Übernachtungen: +21 Prozent). Dies dürfte in erster Linie auf die Bundesgartenschau in Koblenz zurückzuführen sein, die von April bis Oktober zahlreiche Gäste in die Region lockte. Aber auch in den übrigen Tourismusregionen waren die Gäste- und Übernachtungszahlen höher als im Vorjahreszeitraum; sehr hohe Zuwächse erzielten die Regionen Westerwald-Lahn, Rheinhessen und die Ahr.

Am stärksten profitierten die Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Jugendherbergen von der positiven Tourismusentwicklung. Auch die meisten übrigen Betriebsarten, wie Privatquartiere und Ferienzentren, verbuchten mehr Übernachtungen. Im Vergleich zum Zeitraum Januar bis September 2010 verzeichneten lediglich Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Ferienwohnungen und Ferienhäuser niedrigere Übernachtungszahlen.

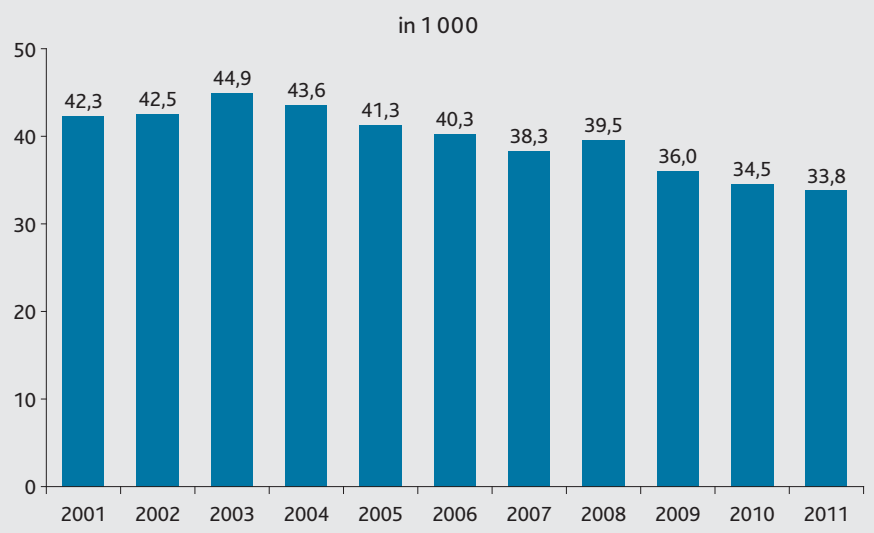
Nur noch rund 33 800 Einschulungen zum Schuljahr 2011/12

Zu Beginn des laufenden Schuljahres 2011/12 wurden in Rheinland-Pfalz nach vorläufigen Berechnungen 33 831 Kinder eingeschult. Dies waren 710 Einschulungen beziehungsweise 2,1 Prozent weniger als im Vorjahr.

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend rückläufiger Einschulungszahlen setzt sich damit fort. Im Vergleich zum Jahr 2001 verringerte sich die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger um ein Fünftel (–20 Prozent). Dieser deutliche Rückgang ist vorwiegend demografisch bedingt; auch die Bevölkerung im Grundschulalter nimmt seit Jahren ab. Gab es im Jahr 2001 noch 174 300 Kinder im Alter von sechs bis unter zehn Jahren, so waren es zum Ende des Jahres 2010 nur noch 141 541 (–19 Prozent).

Die meisten Kinder begannen im Schuljahr 2011/12 ihre Schullaufbahn an Grundschulen (97 Prozent). Weitere 2,8 Prozent wurden an Förderschulen und 0,5 Prozent an Freien Waldorfschulen eingeschult. Von allen Schulanfängerinnen und -anfängern des Schuljahres 2011/12 waren 52 Prozent Jungen. Bei Einschulungen an Förderschulen lag ihr Anteil mit 68 Prozent deutlich höher.

Einschulungen 2001–2011[1]



1 Einschließlich wiederholt Eingeschulte; 2011 vorläufig.

Mehr als 24 000 Studienanfängerinnen und -anfänger

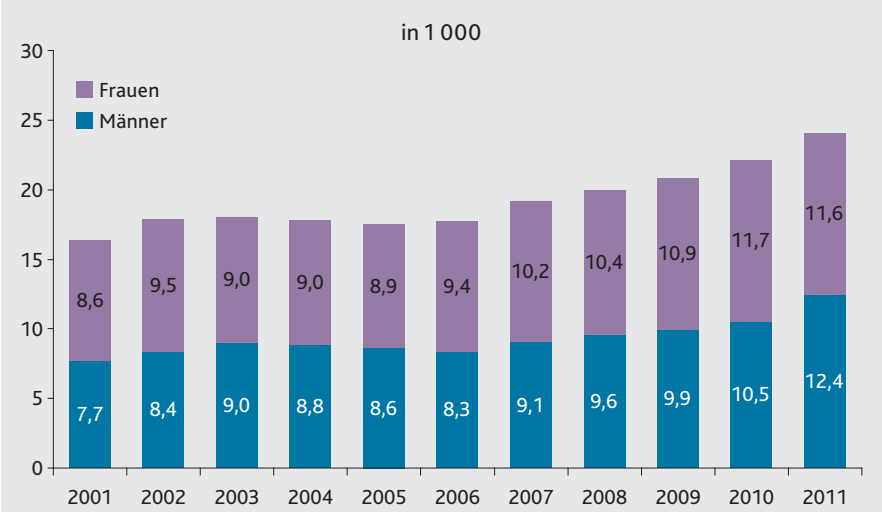
Im Jahr 2011 gab es in Rheinland-Pfalz so viele Studienanfängerinnen und -anfänger wie nie zuvor. Nach vorläufigen Berechnungen nahmen zum Sommersemester 2011 und zum laufenden Wintersemester 2011/12 insgesamt 24 031 Erstsemester ein Studium an einer rheinland-pfälzischen Hochschule auf. Das waren 8,4 Prozent mehr als im Jahr 2010.

Dieser neue Höchststand geht auf die starken Zuwächse bei den männlichen Studienanfängern zurück. Ihre Zahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 19 Prozent (+1 955). Demgegenüber war bei den Studienanfängerinnen sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen (–0,7 Prozent). In der Folge sank der Frauenanteil unter den Erstimmatrikulierten auf 48 Prozent. Hintergrund für diese Entwicklung ist insbesondere die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011. Deutlich mehr Studienanfängerinnen und -anfänger als im Vorjahr nahmen die Technische Universität Kaiserslautern (+575), die Fachhochschule Trier (+326) und die Universität Trier (+283) auf. Merklich weniger Erstimmatrikulierte als im Vorjahr gab es an der Universität Mainz (–205).

Mehr als ein Drittel der Studierenden im ersten Hochschulsemester wählte Studiengänge der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (36 Prozent). Je ein knappes Fünftel war in sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächern (20 Prozent) sowie in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern immatrikuliert (19 Prozent). Ein Studium im Bereich Ingenieurwissenschaften begannen 18 Prozent, sonstige Fächer wählten 7,3 Prozent der Erstimmatrikulierten.

Die Zahl der Studierenden insgesamt stieg im Wintersemester 2011/12 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent auf 117 021 an. Die weitaus meisten studieren an Universitäten (77 528). An Fach- und Verwaltungs-

Studienanfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen in den Studienjahren 2001 bis 2011[1] nach Geschlecht



1 Vorläufige Werte.

fachhochschulen sind 37 840 und an sonstigen wissenschaftlichen und theologischen Hochschulen 1 653 Studierende eingeschrieben.

Mehr als die Hälfte der Studierenden stammt nicht aus Rheinland-Pfalz

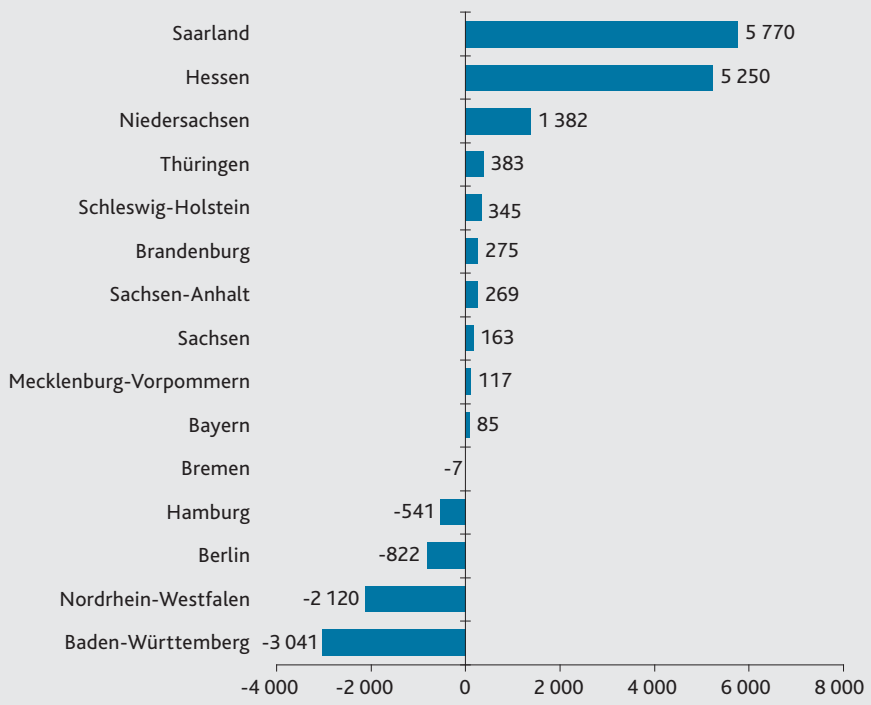
Rheinland-pfälzische Hochschulen sind auch bei den Studienberechtigten anderer Bundesländer beliebt. Im Wintersemester 2010/11 besuchten insgesamt 113 069 Studierende eine Hochschule in Rheinland-Pfalz. Von diesen hatten 61 742 und damit mehr als die Hälfte (55 Prozent) ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Bundesland oder im Ausland erlangt. Die Meisten kamen aus Hessen (14 625), Nordrhein-Westfalen (10 158) und Baden-Württemberg (9 667). Im Ausland haben 8 210 Studierende ihre Hochschulzugangsberechtigung erlangt. Der Anteil dieser sogenannten Bildungsausländer lag im Wintersemester 2010/11 bei 7,3 Prozent.

Bundesweit waren 97 351 Studierende immatrikuliert, die ihre Studienberechtigung in Rheinland-Pfalz erlangt hatten. Ihr Anteil an allen Studierenden in Deutschland betrug 4,4 Prozent. Fast 53 Prozent wählten einen Studienort in Rheinland-Pfalz (51 327), weitere 38 Prozent waren in Hochschulen der angrenzenden Bundesländer Baden-Württemberg (12 708), Nordrhein-Westfalen (12 278), Hessen (9 375) und Saarland (2 496) eingeschrieben.

Hinweis

Ausführliche Informationen zu den Hochschulen finden Sie im Beitrag „Hochschulen 2010/11“ ab Seite 1087 in diesem Heft.

Studierenden-Wanderungssaldo[1] im Wintersemester 2010/11 nach Ländern



1 Differenz zwischen Studienberechtigten aus anderen Bundesländern, die in Rheinland-Pfalz studieren und rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die in anderen Bundesländern studieren.

Die größten innerdeutschen Wanderungsüberschüsse erzielte Rheinland-Pfalz im Wintersemester 2010/11 gegenüber dem Saarland (+5 770) und Hessen (+5 250). Die größten Wanderungsdefizite wurden gegenüber Baden-Württemberg (–3 041) und Nordrhein-Westfalen (–2 120) verzeichnet. Insgesamt hatte Rheinland-Pfalz hinsichtlich der „Studierendenwanderung“ zwischen den Bundesländern ein Überschuss von 7 508 Studierenden, das waren 406 weniger als im Vorjahr (–5,1 Prozent).

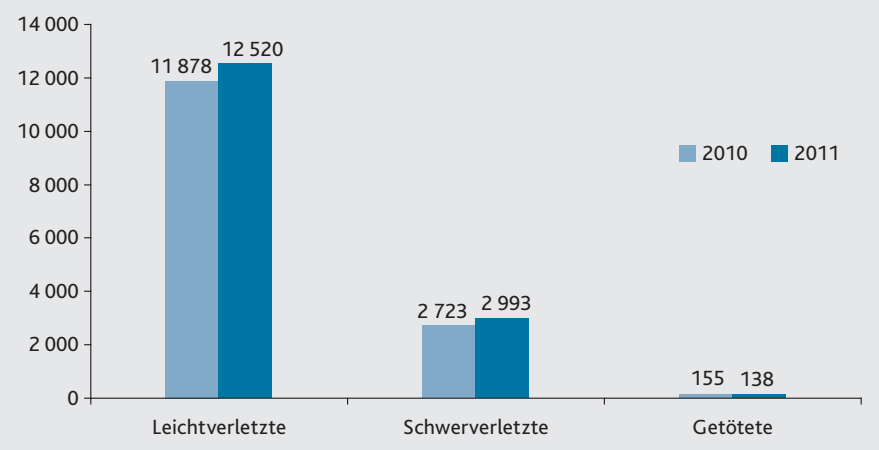
Verwendung klimawirksamer Stoffe auf Vorjahresniveau

Rund 370 rheinland-pfälzische Unternehmen setzten im Jahr 2010 etwa 479 Tonnen klimawirksame Stoffe ein. Das waren 3,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Der wichtigste Einsatzstoff war Tetrafluorethan, das unter dem Handelsnamen R134a bekannt ist. Auf diesen Fluorkohlenwasserstoff entfielen rund 80 Prozent der insgesamt verwendeten Menge. Ein wichtiger Einsatzschwerpunkt ist die Nutzung als Treibmittel bei der Herstellung von Aerosolen, zum Beispiel für medizinische Sprays. Außerdem wird R134a häufig als Kühlmittel in Klimaanlagen genutzt, z. B. in Pkw.

Klimawirksame Stoffe haben eine potenzielle Wirkung auf die Erderwärmung. Solange sie sich in geschlossenen Anlagen befinden, sind sie klimaunschädlich. Bei einem Austreten sind sie allerdings deutlich gefährlicher als z. B. Kohlendioxid. Aus diesem Grunde unterliegen sie besonderen Berichtspflichten.

Um die Schädlichkeit der unterschiedlichen Stoffe vergleichen zu können, erfolgt eine Umrechnung auf das (relative) Treibhauspotenzial (Global Warming Potential, GWP). Dieses beträgt z. B. für eine Tonne Tetrafluorethan rund 1 300 GWP. Somit ist R134a rund 1 300 mal schädlicher als Kohlendioxid, das mit einem GWP von eins die Bezugsgröße bildet. Insgesamt betrug das Treibhauspotenzial der in rheinland-pfälzischen Unternehmen eingesetzten klimawirksamen Stoffe 722 000 Tonnen.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis September 2010 und 2011



Straßenverkehrsunfälle fordern weniger Todesopfer

In den ersten neun Monaten dieses Jahres gab es auf rheinland-pfälzischen Straßen deutlich weniger Unfälle mit Todesopfern. Nach vorläufigen Angaben verloren 138 Menschen von Januar bis September 2011 ihr Leben bei Verkehrsunfällen, das waren 17 weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten stieg dagegen um 9,9 Prozent auf 2 993 an. Leicht verletzt wurden 12 520 Unfallbeteiligte, was einem Anstieg um 5,4 Prozent entspricht.

Insgesamt registrierte die Polizei bis Ende September 97 347 Verkehrsunfälle, das waren 2,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

QR-Codes – Das umständliche Eintippen von langen Web-Adressen gehört der Vergangenheit an

Sind Ihnen schon die – in diesem Heft erstmals platzierten – QR-Codes aufgefallen? QR steht für „quick response“ also „schnelle Antwort“ und bietet allen Besitzerinnen und Besitzern von Smartphones oder Tablet-PCs noch mehr Nutzen. Mit einer kostenlosen App (z. B. I-nigma) können Sie den Code einscannen und gelangen direkt zu weiteren Informationen. Außerdem können Sie unsere Veröffentlichungen direkt speichern oder weiterverarbeiten. So führt Sie etwa der Code auf Seite 1055 direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten. Sie müssen also nicht länger warten, sondern können jederzeit den Code einscannen und bekommen die neuesten Meldungen zur Konjunktur. Mit dem QR-Code auf der Rückseite unseres Heftes gelangen Sie direkt zu unserem Archiv der Monatsheftbeiträge und können so alle Beiträge ab dem Jahr 2001 einsehen und abspeichern.

Zensus 2011 aktuell

Gebäude- und Wohnungszählung
Rund 38 000 neu ermittelte Eigentümer bekommen Fragebogen

Rund 38 000 Eigentümer von Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz bekommen Post vom Statistischen Landesamt. Sie werden im Rahmen des Zensus 2011 erstmals zu ihren Immobilien um Auskunft gebeten. Dabei werden Fragebogen zu insgesamt gut 46 000 Objekten versendet. „Es handelt sich bei den Adressaten überwiegend um Eigentümer, deren Anschriften wir durch Auswertung der bisher eingegangenen Fragebogen erhalten haben", erklärt Jörg Berres, Präsident des Statistischen Landesamtes in Bad Ems. Zum Zensus-Stichtag 9. Mai 2011 waren landesweit rund 1,1 Millionen potenzielle Eigentümer von zusammen gut 1,4 Millionen Wohngebäuden angeschrieben worden. Die Adressen stammten aus den Registern beispielsweise der Grundsteuerstellen. „Dort sind jedoch noch nicht alle Eigentümerwechsel verzeichnet gewesen", erklärt Berres. Wer für seine frühere Immobilie angeschrieben wurde, vermerkte den Eigentümerwechsel im Fragebogen und ermöglichte so dem Statistischen Landesamt, den richtigen Adressaten anzuschreiben.

Die Gebäude- und Wohnungszählung ist ein wichtiger Bestandteil des Zensus 2011. Bei dieser neuen Form der Volkszählung werden, wo immer es möglich ist, Daten aus bestehenden Registern genutzt, um die Bevölkerung so wenig wie möglich zu belasten. Für Wohngebäude gibt es solche Register jedoch nicht. Daher müssen alle Eigentümer befragt werden. Das Ausfüllen eines Fragebogens dauert rund eine Viertelstunde. Zum Gebäude sind lediglich sechs und zu jeder Wohnung neun Fragen zu beantworten. Diese beziehen sich unter anderem auf die Art des Gebäudes, die Zahl der Wohnungen, deren Ausstattung und Fläche. Die Eigentümer oder Verwalter der Immobilien können die Fragen auch über das Internet beantworten. Aus der Gebäude- und Wohnungszählung lassen sich in Verbindung mit den übrigen Zensusdaten wichtige Erkenntnisse über die derzeitige Nutzung von Wohnraum gewinnen. Sie sind damit eine wichtige Planungsgrundlage für die städtebauliche Entwicklung und den Wohnungsbedarf in der Zukunft.

Über 90 Prozent der im Frühjahr angeschriebenen Eigentümer und Verwalter haben den Fragebogen ausgefüllt bzw. die Daten online gemeldet. An rund 51 000 Adressaten mit zusammen etwa 58 000 Objekten wurden Mitte Oktober sogenannte Heranziehungsbescheide versendet.

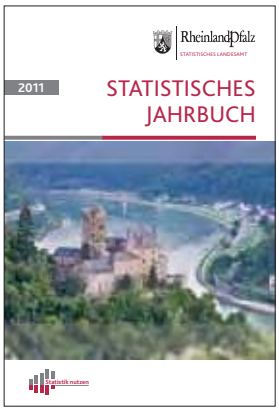
Für Fragen hat das Statistische Landesamt einen Zensus-Auskunftsdienst eingerichtet. Er ist von montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr unter der Rufnummer 02603 71-4000 zu erreichen. Fragen können auch per E-Mail an zensus@statistik.rlp.de gestellt werden.

Befragung zur Klärung des Wohnsitzes startet
Rund 6 000 Haushalte erhalten kurzen Fragebogen

Die Befragung zur Klärung des Wohnsitzes im Rahmen des Zensus 2011 ist gestartet. Dafür werden rund 6 000 Haushalte in Rheinland-Pfalz angeschrieben. „Diese auch Mehrfachfallprüfung genannte Befragung dient der korrekten Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen", erklärt Jörg Berres, Präsident des Statistischen Landesamtes in Bad Ems. Dabei werden all diejenigen Personen um Klärung gebeten, deren Melderegisterdaten unplausible Angaben enthalten. Dies ist dann der Fall, wenn jemand bundesweit mit mehreren Hauptwohnsitzen oder ausschließlich mit Nebenwohnsitz gemeldet ist. Damit auch diese Personen beim Zensus der richtigen Gemeinde zugeordnet werden können, erhalten sie einen Fragebogen per Post. Auf diesem müssen sie neben Merkmalen wie Alter und Familienstand angeben, ob es sich an dieser Anschrift, bezogen auf den 9. Mai 2011, um ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz handelt und ob sie an weiteren Anschriften gemeldet sind.
Die Befragung dient allein der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen. Wie beim Zensus 2011 insgesamt, werden keinerlei Informationen an die Einwohnermeldeämter oder andere Behörden weitergegeben.

Aus der amtlichen Statistik

Statistisches Jahrbuch 2011 erschienen
Karten erweitern das grafische Spektrum



Soeben ist das Statistische Jahrbuch 2011 erschienen. Bereits seit dem Jahr 1958 liefert diese Veröffentlichungsreihe ein Gesamtbild des Landes in Zahlen. Im Laufe der Jahre wurde das Statistische Jahrbuch ständig an die Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung angepasst. Neu hinzugekommen ist in diesem Jahr die kartografische Darstellung. Diese ermöglicht Ihnen einen guten und schnellen Überblick über die Verteilungen und Veränderungen bestimmter Merkmale im Land.

Das Statistische Jahrbuch kann zum Preis von 18 Euro einschließlich Versandkosten bestellt werden. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de. Sowohl die aktuelle Ausgabe als auch ältere Publikationen stehen als PDF zum kostenlosen Download unter www.statistik.rlp.de zur Verfügung.

Vielfältige regionale und betriebliche Strukturen
Gemeinschaftsveröffentlichung zur Landwirtschaftszählung 2010

Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft weist infolge der natürlichen Standortgegebenheiten vielfältige regionale Produktionsschwerpunkte auf. Diese schlagen sich auch in der Größe der Betriebe nieder. So wirtschafteten im März 2010 im Landkreis Bernkastel-Wittlich mit 1678 Betrieben die meisten der 20564 Betriebe des Landes. Dort spielt der Weinbau eine große Rolle, ebenso wie in den Landkreisen Südliche Weinstraße und Mainz-Bingen, die mit 1584 bzw. 1520 Betrieben auf Rang zwei und drei folgen.

Die durchschnittlich größten Betriebe wirtschafteten 2010 in den Landkreisen Kusel (68 Hektar je Betrieb), Birkenfeld (63 Hektar je Betrieb) und im Donnersbergkreis (62 Hektar je Betrieb). In diesen Regionen finden vorwiegend Futter- und Ackerbau statt. Die meisten Rinder haltenden Betriebe befinden sich in der Eifel und im Westerwald. Allein im Eifelkreis Bitburg-Prüm halten fast drei Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe Rinder. Im Landkreis Vulkaneifel sind es 62 Prozent.

Der Ökolandbau gewinnt an Bedeutung. Rund vier Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe waren im Jahr 2010 nach den Ökokriterien zertifiziert. Die meisten dieser Betriebe wirtschafteten in den weinbaulich geprägten Landkreisen Alzey-Worms, Südliche Weinstraße, Bernkastel-Wittlich und Mainz-Bingen. Die größten Anteile ökologisch bewirtschafteter Flächen sind im Westerwald zu verzeichnen. Im Westerwaldkreis werden 16 Prozent und im Landkreis Altenkirchen elf Prozent der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch genutzt.

Regionalergebnisse aus der Landwirtschaftszählung 2010 finden sich in der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebenen Gemeinschaftsveröffentlichung „Agrarstrukturen in Deutschland – Einheit in Vielfalt". Die Publikation enthält Daten, Grafiken und Karten zu Größe und Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe, deren Flächenbewirtschaftung und Viehhaltung, zu den Themen Arbeitskräfte und Hofnachfolge, zu Pachtentgelten sowie zur Bewässerung als spezifischer Maßnahme der Bodenbewirtschaftung. Die Veröffentlichung kann als PDF-Datei kostenfrei unter www.statistik.rlp.de oder unter www.statistikportal.de heruntergeladen werden.

Verbraucherpreise im November 2011

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im November 2011 um 2,6 Prozent höher als im November 2010. Das war, wie im Vormonat, der höchste Wert seit gut drei Jahren.

Wiederum waren es die Preise in den Hauptgruppen Verkehr (+4,1 Prozent) sowie bei den Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen (+3,6 Prozent), die maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen haben. So legten beispielsweise Kraftstoffe um elf Prozent zu. Für Haushaltsenergie wie Strom, Gas und andere Brennstoffe stiegen die Preise um zwölf Prozent. Dies ist insbesondere auf die Preise für Heizöl zurückzuführen, die gegenüber November 2010 um 27 Prozent anstiegen.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich gegenüber November 2010 um insgesamt 2,8 Prozent. Die Preise für Fleisch und Fleischwaren erhöhten sich um fünf Prozent, für Fische und Fischwaren sogar um 5,9 Prozent. Auch Speisefette und -öle wurden deutlich teurer (+15,5 Prozent). Billiger wurden dagegen Obst (–0,7 Prozent) und Gemüse (–9,1 Prozent). So gaben die Preise für Weintrauben (–13 Prozent) und Kopf- oder Eisbergsalat (–43 Prozent) nach.

Gegenüber dem Vormonat blieb der Verbraucherpreisindex im November 2011 unverändert. Die Preise für Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen stiegen um 0,4 Prozent, Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich um 0,1 Prozent. Preisrückgänge waren dagegen saisonbedingt für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (–0,8 Prozent) sowie in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur (–1 Prozent) zu verzeichnen.

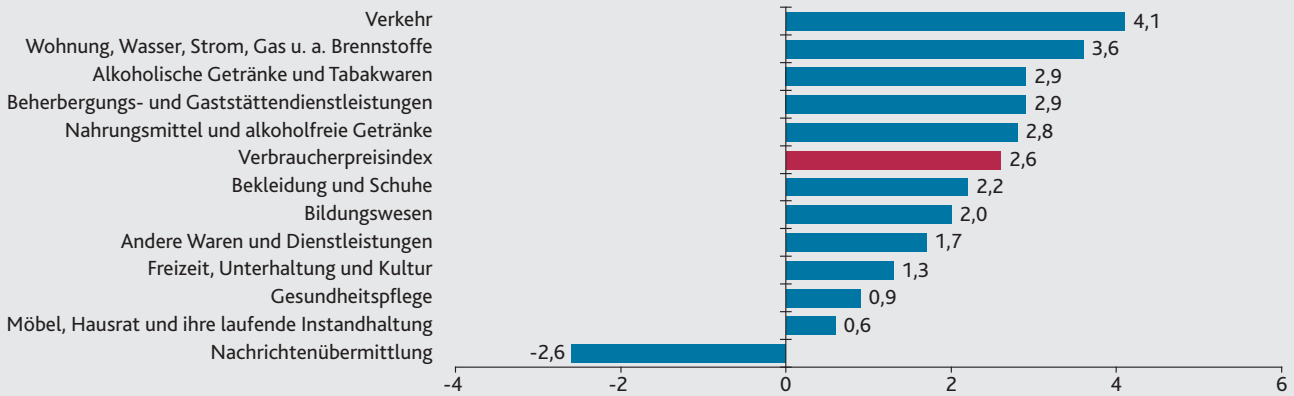
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

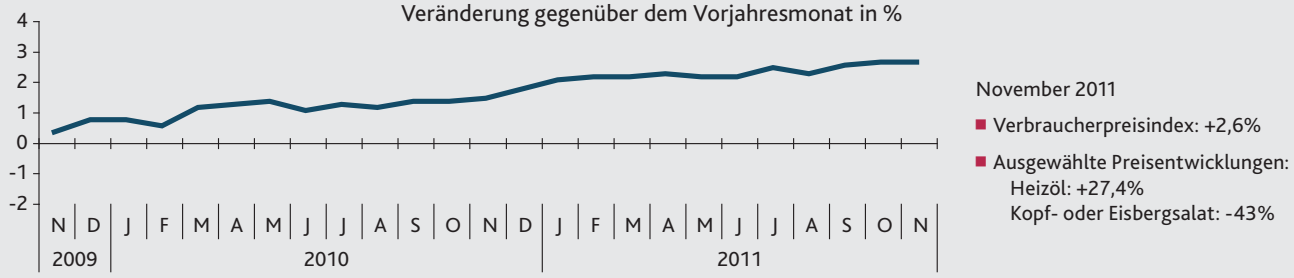
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im November 2011

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber November 2010 in %



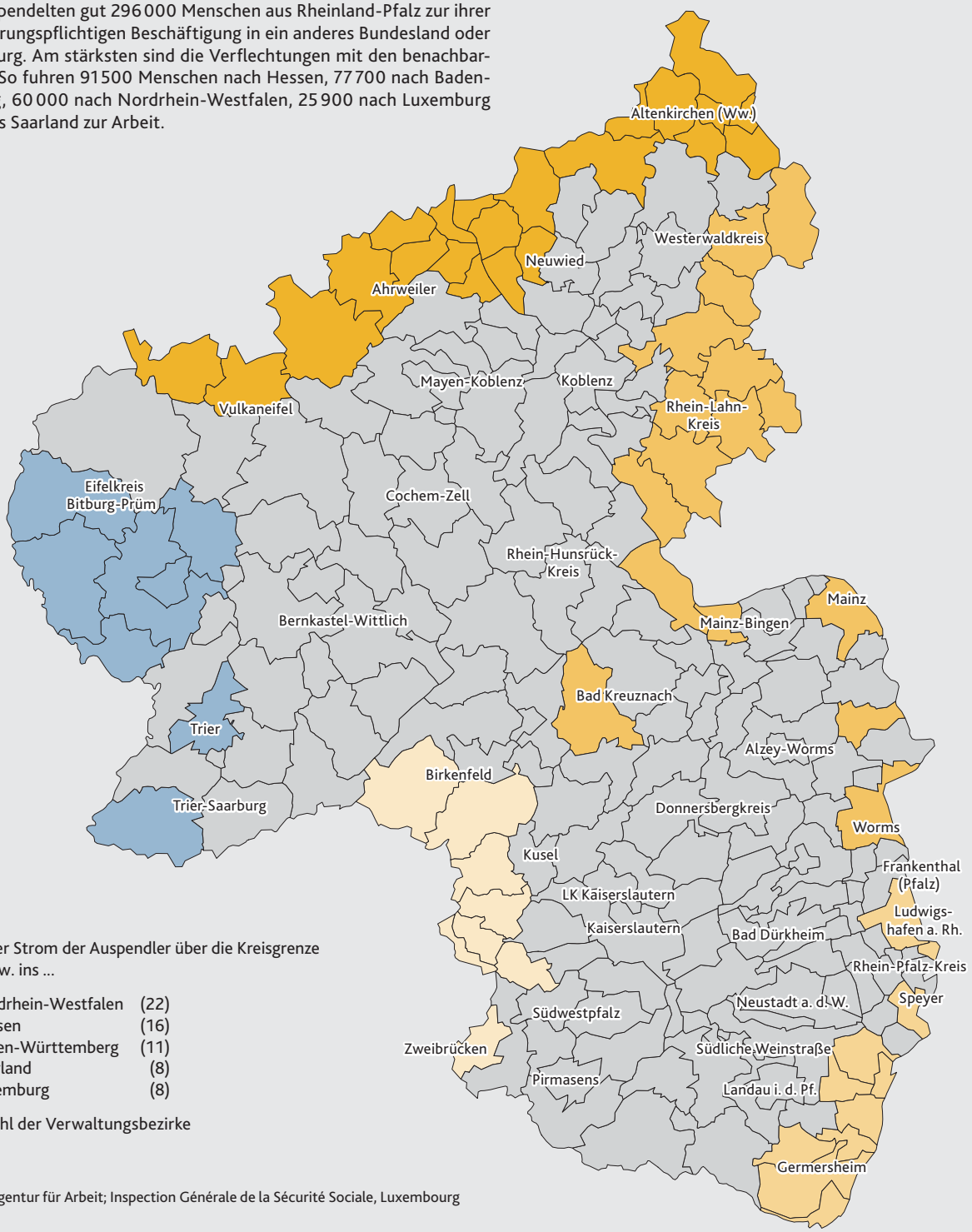
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Auspendler in andere Bundesländer bzw. nach Luxemburg am 30. Juni 2010

Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer fahren zur Arbeit über die Landesgrenze

Im Jahr 2010 pendelten gut 296 000 Menschen aus Rheinland-Pfalz zur ihrer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in ein anderes Bundesland oder nach Luxemburg. Am stärksten sind die Verflechtungen mit den benachbarten Ländern. So fuhren 91 500 Menschen nach Hessen, 77 700 nach Baden-Württemberg, 60 000 nach Nordrhein-Westfalen, 25 900 nach Luxemburg und 23 500 ins Saarland zur Arbeit.



Stärkster Strom der Auspendler über die Kreisgrenze nach bzw. ins ...

- Nordrhein-Westfalen (22)
- Hessen (16)
- Baden-Württemberg (11)
- Saarland (8)
- Luxemburg (8)

( ) Anzahl der Verwaltungsbezirke

Quellen:
Bundesagentur für Arbeit; Inspection Générale de la Sécurité Sociale, Luxembourg

Kindertagesbetreuung 2011

Anteil der betreuten unter 3-Jährigen steigt auf fast 25 Prozent

Von Gerhard Hehl und Günter Ickler

Der Anteil der Kinder, die tagsüber außerhalb ihrer Familie betreut werden, ist in Rheinland-Pfalz erneut deutlich gestiegen. Im März 2011 nahmen gut 142 000 Kinder im Land eine Betreuungseinrichtung in Anspruch, 4 200 Kinder wurden von einer Tagesmutter oder von einem Tagesvater betreut.

Insbesondere das Angebot für unter 3-Jährige wurde ausgeweitet; deren Betreuungsquote liegt jetzt bei knapp 25 Prozent. Dabei bestehen große regionale Unterschiede: In den nördlichen Landesteilen sind die Betreuungsquoten eher niedriger als in den südlichen Regionen. Im Jahr 2006 lag der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter im Landesdurchschnitt noch bei 9,4 Prozent.

145 000 Kinder in Tagesbetreuung

142 108 Kinder in Tageseinrichtungen

Im März 2011 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2 429 Tageseinrichtungen, in denen 142 108 Kinder betreut wurden. Neben Kindern in Krippen und Kindergärten sind in diesen Zahlen auch 8 904 Kinder enthalten, die eine Schule besuchen. Von den versorgten Kindern waren 67 Prozent zwischen drei und sechs Jahre, gut 15 Prozent der Kinder waren jünger als drei Jahre und knapp 18 Prozent zwischen sechs und 14 Jahre.

4 221 Kinder bei registrierter Tagesmutter oder -vater

Außerdem wurden 4 221 Kinder von einer bzw. einem bei einem Jugendamt registrierten Tagesmutter bzw. Tagesvater betreut. Zusätzlich besuchten 1 333 dieser Kinder auch eine Tageseinrichtung oder eine Ganztagsschule. Damit hatten insgesamt 144 996 Kinder tagsüber eine Betreuung außerhalb des Elternhauses.

T 1 Kinder in Tagesbetreuung 2011

	Betreute Kinder insgesamt[1]	**144 996**
Tageseinrichtungen	In Einrichtungen betreute Kinder	**142 108**
	unter 3-Jährige	21 731
	3- bis unter 6-Jährige	95 346
	6- bis unter 14-Jährige	25 031
	Zahl der Einrichtungen	2 429
	Öffentliche Träger	1 064
	Caritasverband	721
	Diakonisches Werk	421
	Sonstige Träger	223
Tagespflege	In Tagespflege betreute Kinder	4 221
	unter 3-Jährige	1 986
	3- bis unter 6-Jährige	889
	6- bis unter 14-Jährige	1 346
	Zahl der Tagesmütter und -väter	**1 866**

1 Sowohl in Tagespflege als auch in einer Tageseinrichtung wurden 1 333 Kinder betreut.

In der Statistik wird nur die öffentlich geförderte Kindertagespflege betrachtet, die zumindest eine Vermittlung oder Beratung umfasst. Ausschließlich privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht einbezogen.

29 449 Beschäftigte

In den Einrichtungen waren 29 449 Personen beschäftigt. Davon waren über 5 700 als hauswirtschaftliches oder technisches Personal tätig.

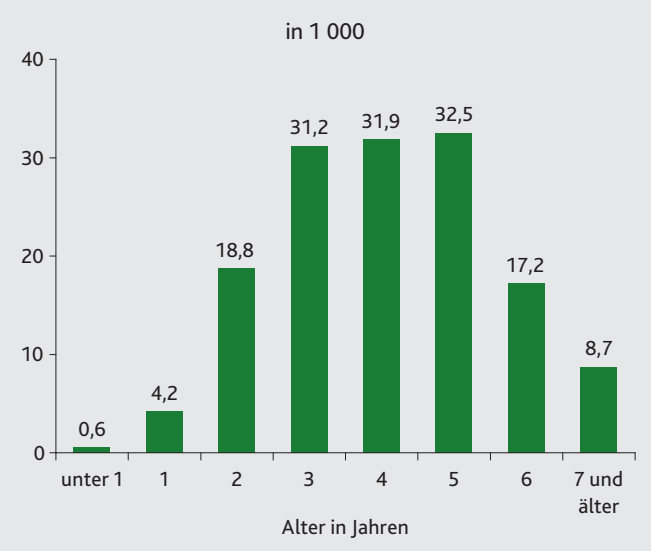
Knapp 44 Prozent der Einrichtungen befinden sich in öffentlicher Trägerschaft von Städten und Gemeinden. Fast 30 Prozent der Tageseinrichtungen werden von der Caritas oder einem anderen katholischen Träger und 17 Prozent von der Diakonie bzw. einem anderen evangelischen Träger geführt. Die restlichen neun Prozent verteilen sich auf verschiedene Träger, darunter auch Elterninitiativen.

Die Zahlen stammen aus der Erhebung über die Kindertagesbetreuung, die seit dem Jahr 2006 jährlich zum Stichtag 15. März und seit 2009 zum Stichtag 1. März bei allen Kindertageseinrichtungen und den Jugendämtern des Landes durchgeführt wird.

Die früher übliche Unterscheidung der Einrichtung nach Kindergärten, Krippen und Horten liegt dem Erhebungskonzept seit 2006 nicht mehr zugrunde, zumal die Kindertageseinrichtungen zunehmend über altersgemischte Gruppen verfügen. Für eine differenziertere Betrachtung wird im Folgenden eine Unterteilung nach den drei klassischen Altersgruppen (unter 3-Jährige, 3- bis unter 6-Jährige sowie 6- bis unter 14-Jährige) vorgenommen.

1 Als Bezugsgröße wird die Bevölkerung zum 31.12. des vorangegangenen Jahres verwendet.

G 1 Kinder in Tagesbetreuung 2011 nach dem Alter



Von den 3- bis unter 6-Jährigen besuchen fast 97 Prozent den Kindergarten

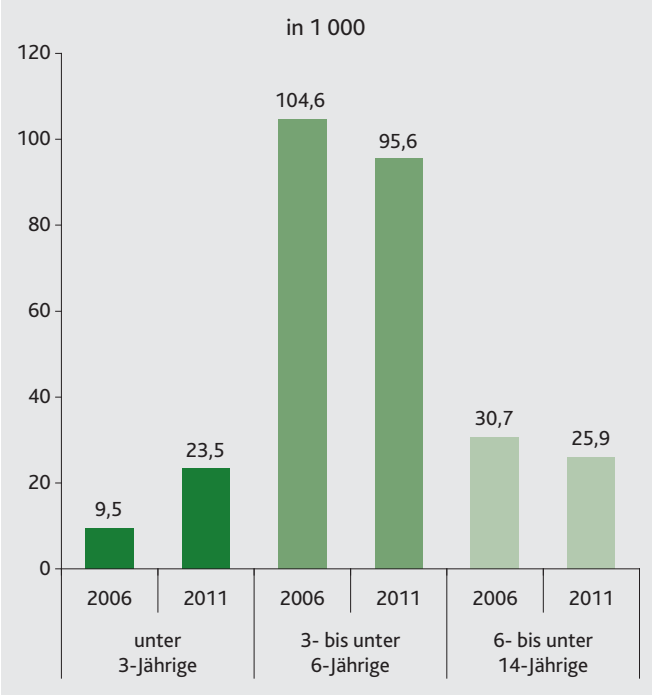
Kinder im üblichen Kindergartenalter werden besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Insgesamt 95 346 Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren besuchten zum Stichtag der Erhebung im März dieses Jahres eine Kindertageseinrichtung. Bezogen auf alle Kinder des entsprechenden Alters errechnet sich eine Besuchsquote von 96,9 Prozent.[1]

Besuchs- und Betreuungsquote in Kindertagesbetreuung

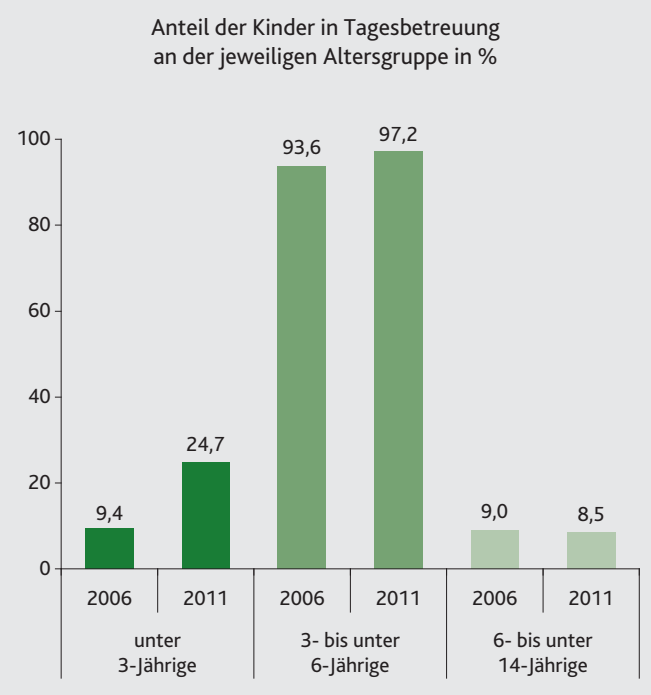
Unter der **Besuchsquote** wird bei getrennter Betrachtung der Betreuung in einer Tageseinrichtung und der Inanspruchnahme von Tagespflege jeweils der Anteil der versorgten Kinder an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe verstanden.

Bezogen auf die Inanspruchnahme von Angeboten in Tageseinrichtungen und in Tagespflege zusammen wird dieser Wert als **Betreuungsquote** bezeichnet.

G 2 Kinder in Tagesbetreuung 2006 und 2011 nach Altersgruppen



G 3 Betreuungsquote 2006 und 2011 nach Altersgruppen



Fast 900 der 3- bis 6-Jährigen erhalten Tagesbetreuung

Durch eine Tagespflegeperson wurden 889 Kinder betreut, davon waren 672 auch in einer Tageseinrichtung oder befanden sich zusätzlich in einer Ganztagsschule. Damit hatten 95 563 der 3- bis 6-Jährigen eine Tagesbetreuung (97,2 Prozent).

Weniger betreute Kinder ...

Eine Betrachtung im Zeitablauf seit der Umstellung des Erhebungskonzepts im Jahr 2006 zeigt, dass immer weniger Kinder im klassischen Kindergartenalter eine Tageseinrichtung aufsuchen. Dies ist eine Folge des demografischen Wandels, denn die Bevölkerung entsprechenden Alters nimmt aufgrund der rückläufigen Geburtenzahlen seit Jahren ab.

... aber steigende Betreuungsquote

Der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter hat im Betrachtungszeitraum hingegen leicht zugenommen: Die Betreuungsquote beträgt derzeit gut 97 Prozent, während sie im Jahr 2006 noch bei knapp 94 Prozent lag. Dies kann zum einen Ausdruck dafür sein, dass vor dem Hintergrund der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein größerer Teil der Eltern ihre Kinder außerhalb der Familie betreut sehen wollen. Zum anderen können aber auch die durch die Einrichtungen vorgehaltenen Plätze bei sinkender absoluter Nachfrage verstärkt in Anspruch genommen werden.

Starker Anstieg der Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen

In der Altersgruppe der unter 3-Jährigen zeigen sich bei insgesamt wesentlich niedrigerer Betreuungsquote weitaus größere Veränderungen im Zeitablauf.

22,8 Prozent der unter 3-Jährigen besuchen Tageseinrichtungen...

Zum Stichtag 1. März 2011 gingen insgesamt 21 731 Mädchen und Jungen unter drei Jahren in eine Kindertageseinrichtung, das waren knapp 23 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe. Bei der Erhebung im März 2006 waren es lediglich 8 949 Kinder (8,8 Prozent).

Rund 1990 Kinder unter drei Jahren wurden in öffentlich geförderter Kindertagespflege von Tagesmüttern und Tagesvätern betreut. Das waren mehr als dreimal so viele wie 2006.

...2,1 Prozent von Tagesmutter oder Tagesvater betreut

Die entsprechende Quote stieg hier innerhalb von fünf Jahren von 0,6 auf 2,1 Prozent.

Fast 170 Kinder wurden sowohl in einer Tageseinrichtung als auch von einer Tagesmutter betreut. Damit hatten im März 2011 insgesamt 23 549 unter 3-Jährige – das sind nahezu 25 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe – eine Tagesbetreuung; im Jahr 2006 waren es erst 9,4 Prozent.

Betreuungsangebot für ein Drittel aller Kinder vorgesehen

Die Zahl der unter 3-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder von einer Tagesmutter bzw. Tagesvater betreut werden, wird auch in Zukunft weiter steigen. Nach dem im September 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kinderförderungsgesetz sollen bis zum Jahr 2013 für ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Schulkinder seltener in Tagesbetreuung

Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 31. August das sechste Lebensjahr vollendet haben, mit dem folgenden Schuljahr.[2]

8,5 Prozent der Schulkinder in Betreuung

Zahlreiche Schulkinder befinden sich darüber hinaus in der Obhut einer Tagesbetreuung. So wurden zum Stichtag im März 2011 von den 304 400 Kindern zwischen sechs und 14 Jahren insgesamt knapp 26 000 in einer Tageseinrichtung (25 031 Kinder) bzw. in Tagespflege (1346 Kinder) betreut.[3] Damit lag deren Betreuungsquote bei 8,5 Prozent.

Im Zeitverlauf hat diese Quote, die 2006 noch bei 9 Prozent lag, leicht abgenommen. Auch die absolute Zahl ist – der demografischen Entwicklung folgend – gesunken (2006: 30 700, 2011: 25 900).

Große regionale Unterschiede

Die Tagesbetreuung unterscheidet sich in den kreisfreien Städten und Landkreisen deutlich. Die Bandbreite der Betreuungsquoten erstreckt sich bei den

- unter 3-Jährigen von 15 Prozent in der kreisfreien Stadt Worms bis 34 Prozent im Landkreis Mainz-Bingen,
- 3- bis 6-Jährigen von 94 Prozent im Landkreis Altenkirchen (Ww.) und der Stadt Pirmasens bis 109 Prozent im Landkreis Kaiserslautern,
- 6- bis 14-Jährigen von 5,4 Prozent im Landkreis Birkenfeld bis 16 Prozent in Speyer.

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass die Betreuungseinrichtungen auch von Kindern aus benachbarten kreisfreien Städten und Landkreisen aufgesucht werden können. Die Berechnung der Quoten bezieht sich aber auf die Bevölkerung des jeweiligen Gebietes. Daher können sich Quoten von mehr als 100 Prozent ergeben.

Betreuungssituation der unter 3-Jährigen hat besonders hohen Stellenwert

Im Rahmen der Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt der Betreuungssituation der unter 3-Jährigen eine besondere Bedeutung zu. Während bereits die überwiegende Mehrheit der Kinder im klassischen Kindergartenalter eine Tagesbetreuung außerhalb des Elternhauses hat, strebt die Politik den weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die unter 3-Jährigen an. Damit sollen insbesondere Frauen mit kleinen Kindern die Möglichkeit erhalten, einer Berufstätigkeit nachzugehen, wovon letztlich eine Erhöhung der Geburtenrate erhofft wird.

2 Diese Regelung gilt in Rheinland-Pfalz seit dem Schuljahr 2008/09. Bis dahin galt der 30. Juni als Stichtag.

3 Hierzu zählen auch (überwiegend 6-jährige) Kinder, die noch nicht zur Schule gehen. 493 Kinder wurden sowohl in einer Tageseinrichtung als auch von einer Tagesmutter betreut.

T 2 Kinder in Tagesbetreuung nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken sowie Tageseinrichtungen und Tagespflegepersonen 2011 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis	Insgesamt	Davon im Alter von … bis unter … Jahren						Tageseinrichtungen	Tagespflegepersonen
		0–3		3–6		6–14			
		zusammen	Betreuungsquote[1]	zusammen	Betreuungsquote[1]	zusammen	Betreuungsquote[1]		
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
Frankenthal (Pfalz), St.	1 508	182	16,0	1 077	96,5	249	7,4	21	23
Kaiserslautern, St.	3 556	589	25,1	2 204	98,2	763	12,3	58	41
Koblenz, St.	3 864	581	21,1	2 443	95,8	840	12,1	63	41
Landau i. d. Pfalz, St.	1 750	311	29,0	1 113	103,2	326	10,5	31	36
Ludwigshafen a. Rh., St.	6 744	812	17,5	4 259	93,9	1 673	13,9	88	101
Mainz, St.	7 335	1 104	20,9	4 670	94,9	1 561	12,4	110	56
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 893	311	24,7	1 279	99,4	303	8,1	35	31
Pirmasens, St.	1 315	151	16,5	845	93,5	319	11,7	29	19
Speyer, St.	2 192	370	28,0	1 220	95,0	602	16,2	26	64
Trier, St.	4 199	771	29,2	2 398	98,4	1 030	15,9	76	118
Worms, St.	2 966	315	14,7	2 149	98,4	502	8,3	50	41
Zweibrücken, St.	1 204	158	21,2	737	96,6	309	12,4	29	21
Ahrweiler	3 988	658	24,7	2 744	97,3	586	6,1	66	19
Altenkirchen (Ww.)	4 331	565	18,4	3 143	93,5	623	6,0	78	67
Alzey-Worms	4 693	852	28,6	3 088	96,8	753	7,1	83	65
Bad Dürkheim	4 820	896	31,2	2 944	98,0	980	9,8	95	25
Bad Kreuznach	5 462	942	24,8	3 647	97,6	873	7,3	97	37
Bernkastel-Wittlich	3 808	572	22,1	2 651	99,7	585	6,7	79	40
Birkenfeld	2 580	386	20,8	1 865	97,8	329	5,4	51	43
Cochem-Zell	2 096	319	23,0	1 434	98,0	343	6,9	46	62
Donnersbergkreis	2 669	427	24,1	1 896	97,3	346	5,5	50	26
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 463	552	24,0	2 400	99,2	511	6,8	58	78
Germersheim	5 303	816	26,0	3 272	96,7	1 215	12,2	75	32
Kaiserslautern	4 106	767	31,1	2 784	108,9	555	6,5	67	69
Kusel	2 357	384	24,3	1 647	97,2	326	6,2	47	32
Mainz-Bingen	8 525	1 750	34,3	5 281	95,2	1 494	8,9	128	80
Mayen-Koblenz	7 666	1 310	26,3	4 964	96,4	1 392	8,5	124	78
Neuwied	6 236	886	20,9	4 307	94,4	1 043	7,0	88	67
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 342	494	21,3	2 342	95,3	506	6,2	55	38
Rhein-Lahn-Kreis	4 258	701	25,4	2 855	98,9	702	7,5	76	23
Rhein-Pfalz-Kreis	5 264	1 013	30,7	3 367	98,0	884	7,9	81	53
Südliche Weinstraße	3 727	721	30,2	2 484	99,0	522	6,3	73	65
Südwestpfalz	3 566	634	33,9	2 068	100,2	864	12,3	71	53
Trier-Saarburg	5 272	1 025	28,4	3 580	98,4	667	5,9	77	95
Vulkaneifel	2 052	286	21,4	1 425	96,2	341	6,9	29	97
Westerwaldkreis	6 886	938	19,2	4 981	96,2	967	5,8	119	30
Rheinland-Pfalz	144 996	23 549	24,7	95 563	97,2	25 884	8,5	2 429	1 866
Kreisfreie Städte	38 526	5 655	21,5	24 394	96,4	8 477	12,2	616	592
Landkreise	106 470	17 894	25,8	71 169	97,4	17 407	7,4	1 813	1 274

1 Kinder in Kindertageseinrichtungen oder öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1. März 2011 bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters am 31. Dezember 2010.

Betreuungsquote für unter 3-Jährige ist rasant gestiegen

Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen ist in allen kreisfreien Städten und Landkreisen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Die höchsten Werte unter den kreisfreien Städten verzeichnete in dem sechsjährigen Betrachtungszeitraum die Stadt Trier mit zuletzt über 29 Prozent (2006: 16 Prozent). Bei den Kreisen wies der Landkreis Mainz-Bingen im März 2011 mit gut 34 Prozent (2006: neun Prozent) die höchste Quote auf.

Hohe Quote im Landkreis Mainz-Bingen

Niedrige Quote in Worms und im Landkreis Altenkirchen

Die niedrigsten Betreuungsquoten unter den kreisfreien Städten weist in allen sechs Jahren Worms aus (2011: 15 Prozent, 2006: 5,7 Prozent). Werte unter 20 Prozent waren auch in Frankenthal, Pirmasens und Ludwigshafen festzustellen. Unter den Kreisen bildete der Landkreis Altenkirchen (Ww.) im Jahr 2011 mit gut 18 Prozent das Schlusslicht, obwohl die Quote seit der letztjährigen Erhebung um fast fünf Prozentpunkte gesteigert werden konnte. Eine niedrige Quote gab es aber auch im Westerwaldkreis (19 Prozent). Mit Ausnahme der Stadt Frankenthal, die einen leichten Rückgang zu verzeichnen hatte, ist die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen gegenüber März 2010 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen gestiegen.

Mehr Tagesmütter in den Städten

Der Anteil der Kinder, die bei Tagesmüttern oder Tagesvätern betreut werden, lag in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen. In den Städten wurden 2,9 Prozent der unter 3-Jährigen in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut, in den Landkreisen waren es nur 1,5 Prozent.

Deutliches Süd-Nord-Gefälle

Bei der Betreuung der unter 3-Jährigen ist ein deutliches Süd-Nord-Gefälle zu erkennen. Die 16 kreisfreien Städte und Landkreise mit überdurchschnittlichen Betreuungsquoten liegen überwiegend im südlichen bzw. südöstlichen Teil des Landes. Außerdem weisen die Stadt Trier und der Landkreis Trier-Saarburg deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Betreuungsquoten auf.

Fast 30 Prozent der betreuten Kinder haben Migrationshintergrund

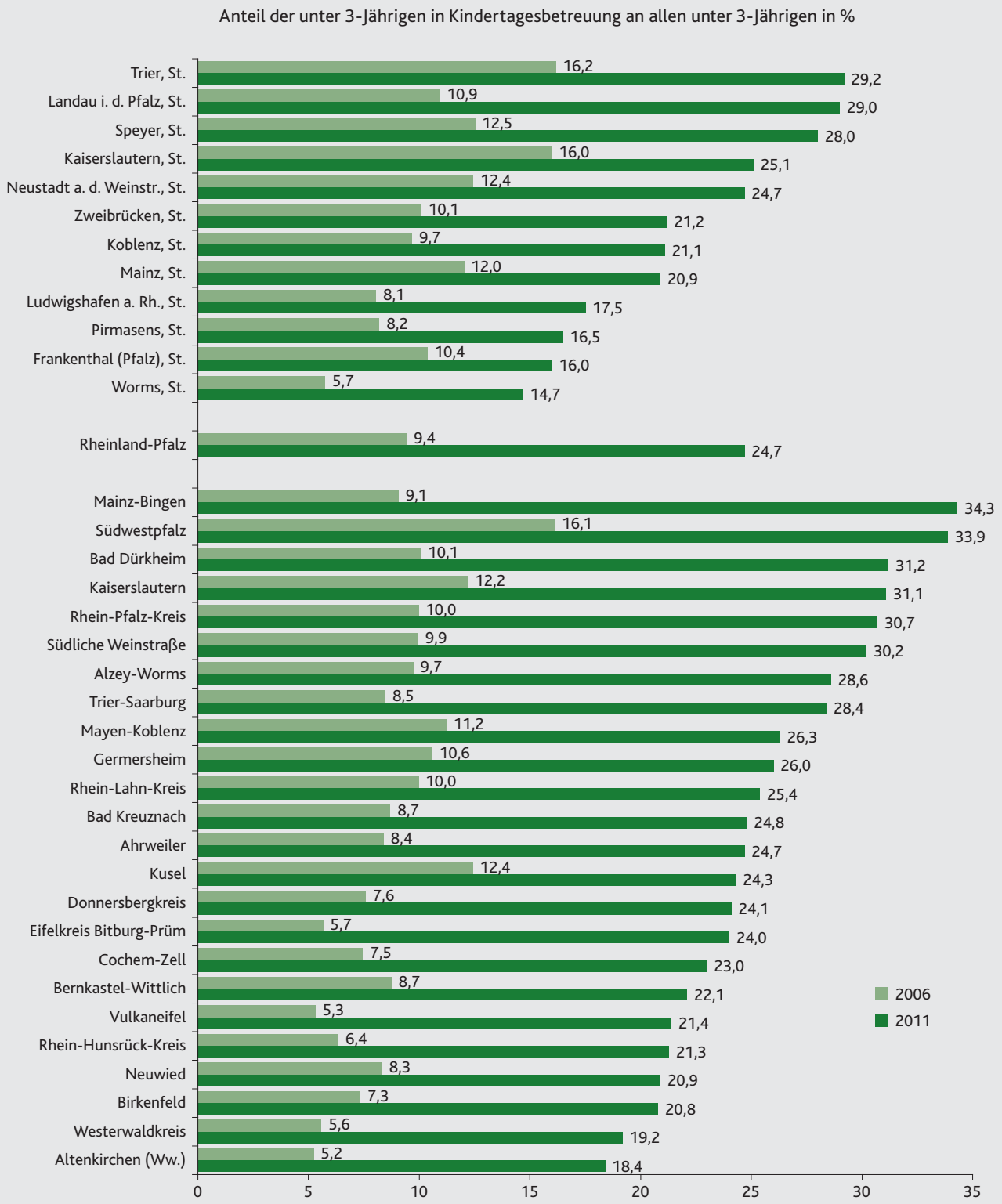
Die Statistik zur Kindertagesbetreuung bietet auch Informationen zum Migrationshintergrund: Von den in Tageseinrichtungen und Tagespflege betreuten Kindern hatten fast 30 Prozent mindestens einen Elternteil mit ausländischer Herkunft. Dieser Anteil, der im Jahr 2006 noch bei gut 25 Prozent lag, ist im Zeitablauf kontinuierlich gestiegen. Bei den Kindern unter drei Jahren ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund mit zuletzt nahezu 24 Prozent (2006: 21 Prozent) geringer als bei den Kindern der älteren Jahrgänge.

T 3 Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege 2006–2011 nach Migrationsstatus[1] und Altersgruppen

Alter in Jahren	2006	2011
Kinder in Tagesbetreuung insgesamt		
0–3	9 527	23 549
3–6	104 633	95 563
6–14	30 739	25 884
Insgesamt	144 899	144 996
Kinder in Tagesbetreuung ohne Migrationshintergrund		
0–3	7 524	17 968
3–6	78 006	65 787
6–14	22 649	18 059
Zusammen	108 179	101 814
Kinder in Tagesbetreuung mit Migrationshintergrund		
0–3	2 003	5 581
3–6	26 627	29 776
6–14	8 090	7 825
Zusammen	36 720	43 182
Anteil der Kinder in Tagesbetreuung mit Migrationshintergrund in %		
0–3	21,0	23,7
3–6	25,4	31,2
6–14	26,3	30,2
Zusammen	25,3	29,8

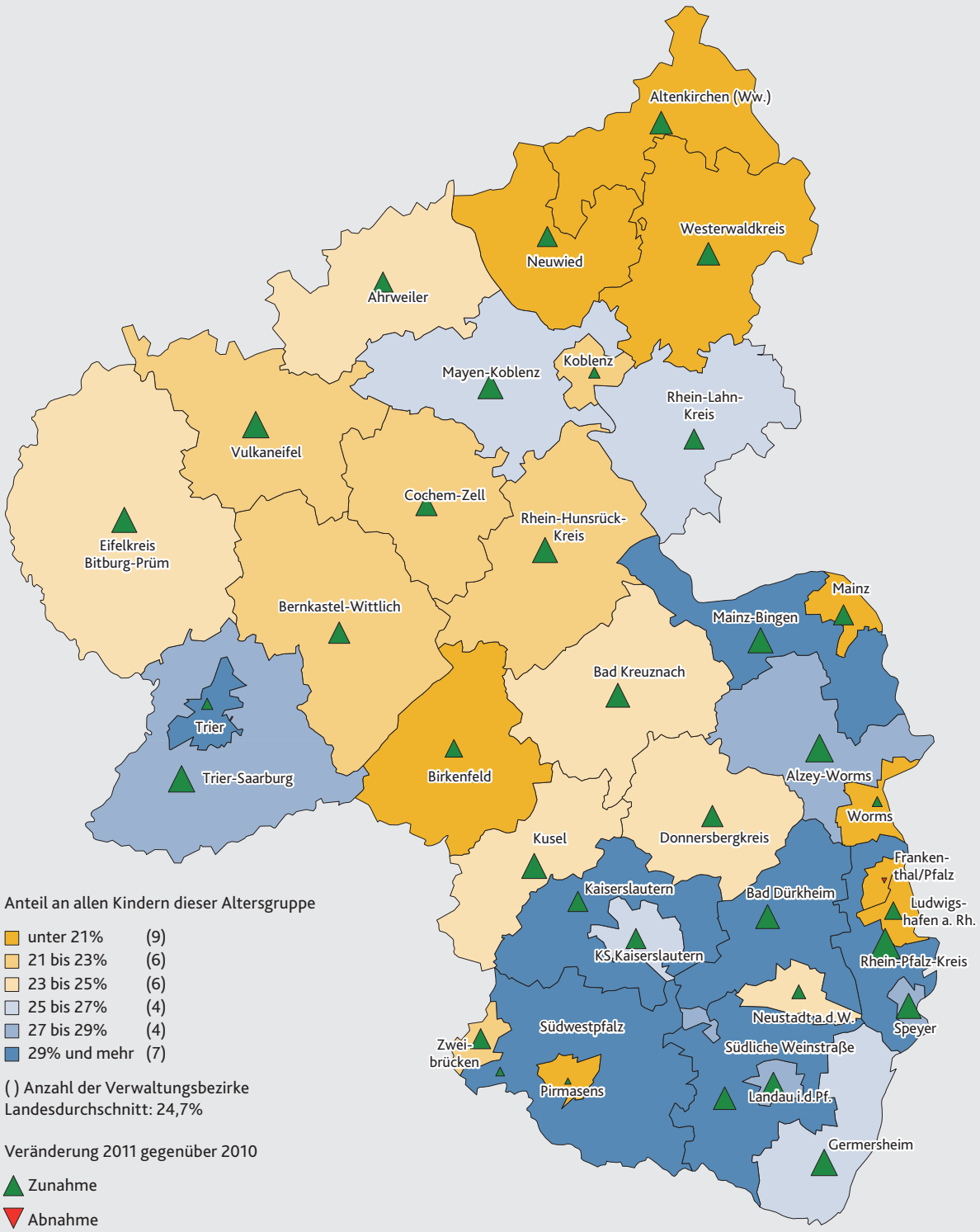
1 Migrationshintergrund: mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft.

G 4 Betreuungsquote[1] unter 3-Jähriger 2006 und 2011 nach Verwaltungsbezirken



1 Kinder in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege.

K 1 Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2011 nach Verwaltungsbezirken



Anteil an allen Kindern dieser Altersgruppe

- unter 21% (9)
- 21 bis 23% (6)
- 23 bis 25% (6)
- 25 bis 27% (4)
- 27 bis 29% (4)
- 29% und mehr (7)

( ) Anzahl der Verwaltungsbezirke
Landesdurchschnitt: 24,7%

Veränderung 2011 gegenüber 2010

▲ Zunahme

▼ Abnahme

Die Höhe der Veränderung beeinflusst die Symbolgröße
Spannweite: -0,4 Prozentpunkte bis +7,8 Prozentpunkte

Ausblick

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel, der sich durch eine stetig zunehmende Zahl älterer Menschen und zugleich geringere Zahl an Kindern auszeichnet, hat bereits Auswirkungen auf die Kindertageseinrichtungen, die in einer rückläufigen Zahl der betreuten 3- bis 6-Jährigen zum Ausdruck kommen. Da sich der Umfang entsprechender Elternjahrgänge in den nächsten Jahren erheblich reduzieren wird, sind deutlich rückläufige Geburtenzahlen vorhersehbar.

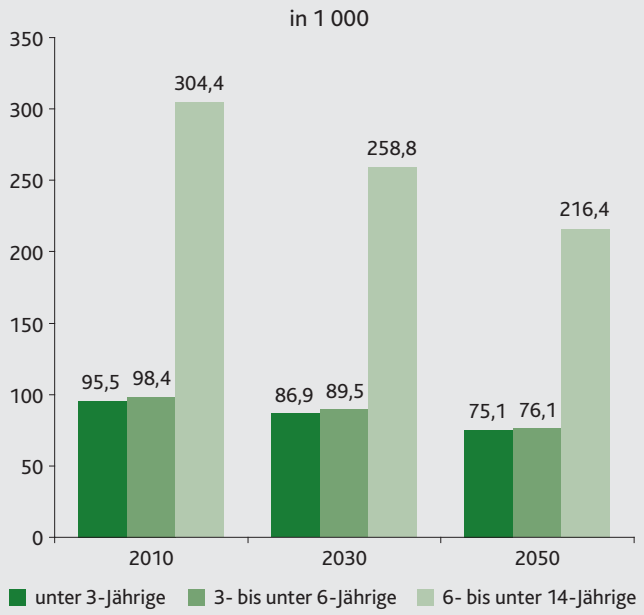
Bis 2050 ein Viertel weniger unter 6-Jährige

Nach Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes ist davon auszugehen, dass bis 2050 die Zahl der unter 3-Jährigen und die der 3- bis 6-Jährigen um rund ein Viertel zurückgehen wird. Die Zahl der 6- bis 14-Jährigen wird danach noch stärker abnehmen.[4] Diese Entwicklung wird auch Auswirkungen auf die Nachfrage nach Tagesbetreuung für die Kinder haben.

Nach den obigen Ausführungen ist aber eine weiterhin steigende Betreuungsquote für die unter 3-Jährigen zu erwarten. Das bedeutet, dass die Zahl der benötigten Plätze langfristig nicht in einem der demografischen Entwicklung entsprechenden Ausmaß zurückgehen, sondern eher noch steigen wird.

Dagegen stellt sich die Situation für die 3- bis unter 6-jährigen Kinder anders dar. Bei den bereits sehr hohen Ausgangswerten ist hier in Zukunft mit keinen nennenswert höheren Betreuungsquoten zu rechnen; damit werden die rückläufigen Bevölkerungszahlen in dieser Altersgruppe auch einen sinkenden absoluten Bedarf der Tagesbetreuung nach sich ziehen.

G 5 Bevölkerung unter 14 Jahren 2010–2050 nach Altersgruppen[1]



1 2010: Bevölkerungsfortschreibung, 2030, 2050: Bevölkerungsvorausberechnung, Basisjahr 2006 – mittlere Variante.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege". Gerhard Hehl, Verwaltungsfachwirt, leitet in diesem Referat das Sachgebiet „Soziale Leistungen".

4 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Analyse N° 7 „Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)". Bad Ems 2007.

Trockenheit führte zu deutlichen Ernteeinbußen

Getreideernte ein Zehntel unter dem langjährigen Durchschnitt

Von Jörg Breitenfeld

Der frühe und anfangs sehr schneereiche Winter sowie die langanhaltende Trockenheit im Frühjahr prägten das Erntejahr 2011. Hinzu kamen Wechselfröste im Winter und Spätfröste im Frühjahr. Der durchschnittliche Getreideertrag beläuft sich auf 5,4 Tonnen je Hektar und liegt damit deutlich unter dem langjährigen Mittel (6,1 Tonnen je Hektar). Winterraps verfehlte mit 2,4 Tonnen je Hektar den langjährigen Hektarertrag um mehr als ein Drittel. Dagegen überschritt die Kartoffelernte mit 41,5 Tonnen je Hektar den langjährigen Vergleichswert um 16 Prozent. Obwohl Spätfröste und Hagelschauer den Reben zusetzten, wird eine Weinmosternte von knapp 6,4 Millionen Hektolitern erwartet. Sie liegt damit 5,3 Prozent über dem langjährigen Mittel. Im erwerbsmäßigen Obstbau wuchs hingegen eine unterdurchschnittliche Obstmenge (64 400 Tonnen) heran. Der langjährige Durchschnitt wurde um 8,4 Prozent verfehlt.

Ernteeinbußen durch anhaltende Trockenheit im Frühjahr

Die Getreideernte des Jahres 2010 konnte aufgrund der Witterungsbedingungen teilweise erst spät abgeschlossen werden. Für die Aussaat von Winterraps für das Erntejahr 2011 stand vielen Betrieben nur ein kleines Zeitfenster zur Verfügung. Hinzu kamen feuchte Bodenbedingungen, die die Aussaat erschwerten. Dies traf teilweise auch auf die Aussaat von Wintergetreide, wie Wintergerste und Winterweizen, zu.

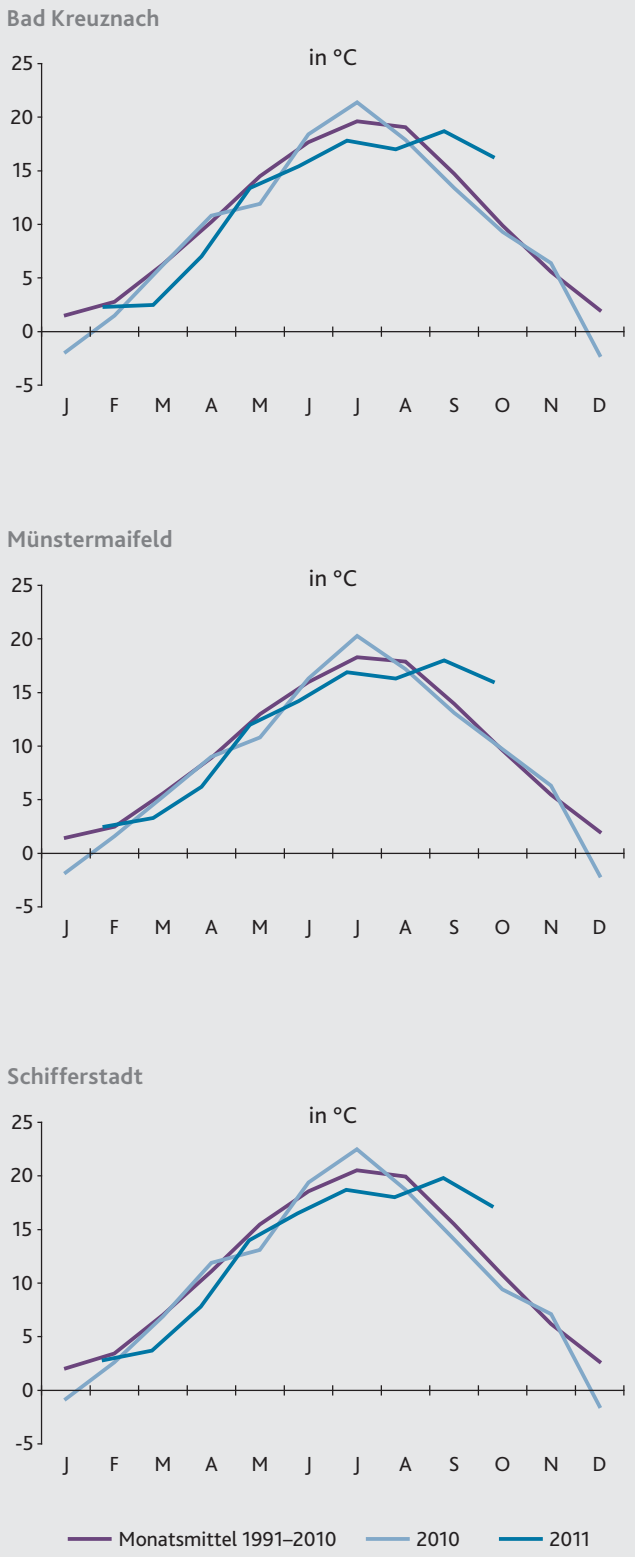
Der Winter setzte Ende November 2010 ein und hielt Deutschland mit ergiebigen Schneemengen für längere Zeit fest im Griff. Erst Anfang Januar wurde es milder. Die nun unbeständige Witterung setzte sich im Februar fort. Im März war es sonnig, warm und trocken. Die Frühjahrsbestellung sowie die sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten konnten ohne Probleme erledigt werden. Aufgrund des Witterungsverlaufs mussten etwas mehr Winterungen umgebrochen und neu bestellt werden als in den vergangenen Jahren. Besonders betroffen von den Witterungsbedingungen war der Winterraps.

Wieder schneereicher Winter

Auch im April und Mai blieb es trocken und warm. Das Frühjahr 2011 gilt nach den Aufzeichnungen des Deutschen Wetterdienstes

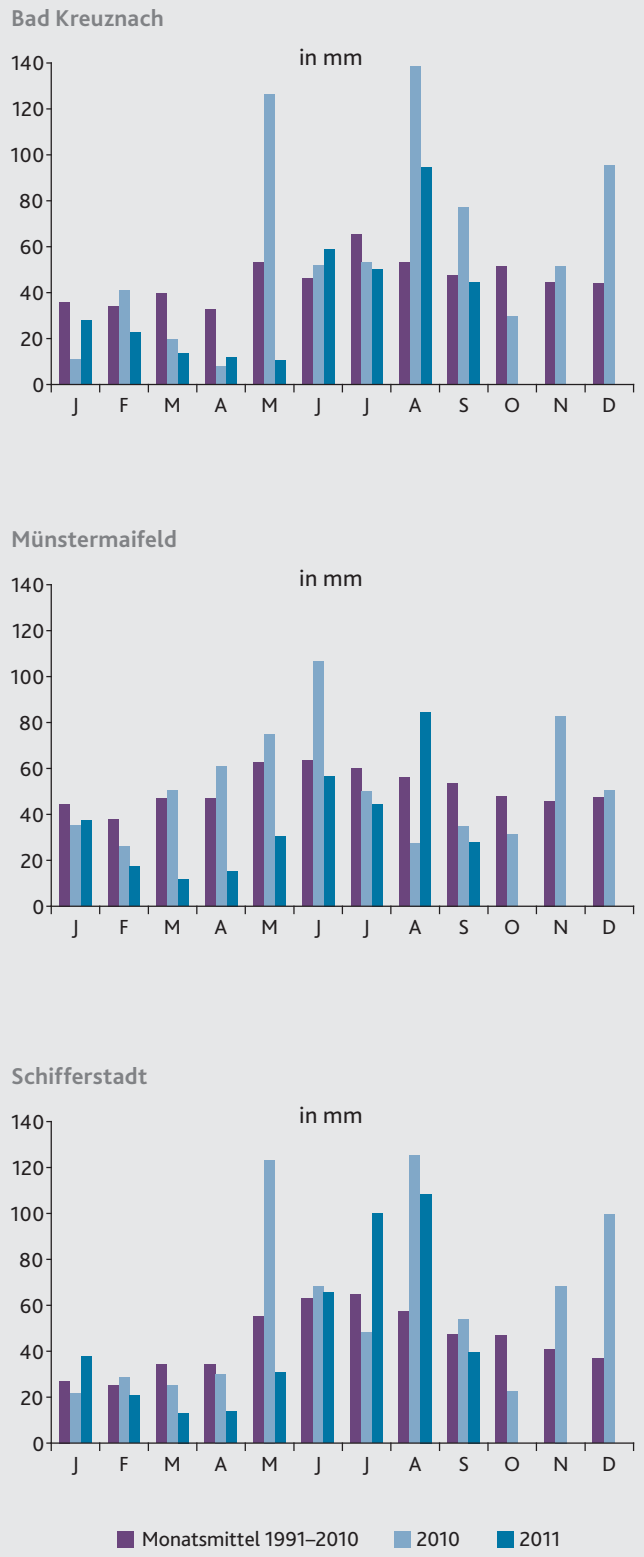
Vier Monate Trockenheit

G 1 Durchschnittliche Monatstemperaturen 1991–2011 an ausgewählten Wetterstationen

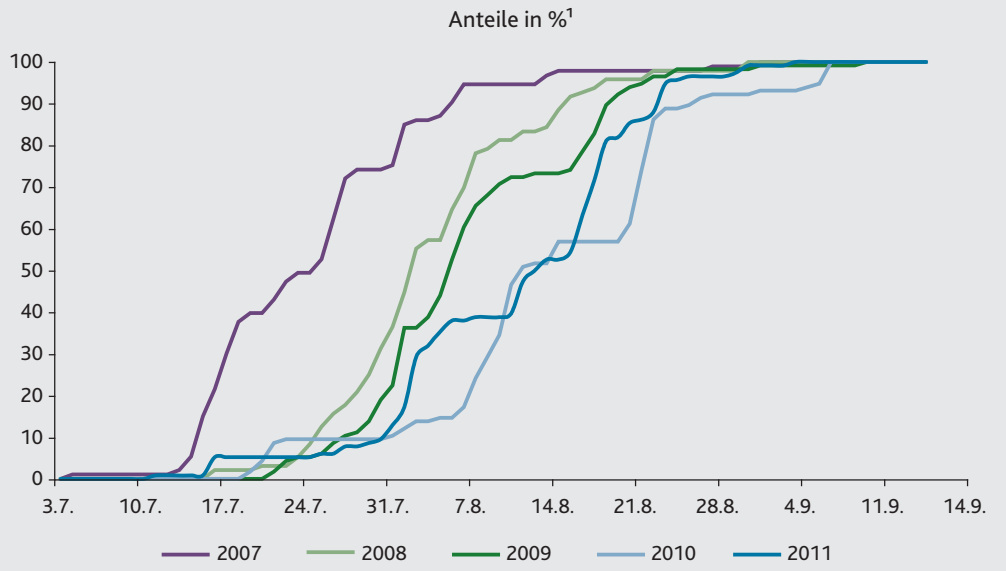


Quelle: Agrarmeteorologie Rheinland-Pfalz

G 2 Monatliche Niederschlagsmengen 1991–2011 an ausgewählten Wetterstationen



G 3 Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2007–2011 nach Druschterminen



1 Anteil der bis zum jeweiligen Datum geernteten Proben.

als das regenärmste seit 1893.[1] Die langanhaltende Trockenheit schädigte die Sommer- und Winterkulturen. So konnte z. B. Getreide nur wenige Halme und Körner anlegen. Hinzu kamen Spätfröste, die regional zu weiteren Schäden führten.

Ernteschäden durch Trockenheit und Hitze

Besonders betroffen waren Rebflächen im Süden des Landes, wo es zu Totalausfällen kam. Nach vier Monaten Trockenheit mit nur geringen Niederschlägen entspannte sich im Juni die Situation wieder. Von den nun verzeichneten Niederschlägen profitierten allerdings nur späte Weizenarten, Zuckerrüben und Mais sowie das Grünland. Die wechselhafte Witterung hielt im Juli und im August an. Den Landwirten standen nur wenige und kurze Schönwetterperioden für die Ernte zur Verfügung. Unter diesen Witterungsbedingungen litt auch die Getreidequalität.

1 Deutscher Wetterdienst, „Der außergewöhnlich trockene Frühling 2011", abrufbar unter www.dwd.de

2 Ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix sowie anderes Getreide (z. B. Hirse, Sorghum Kanariensaat).

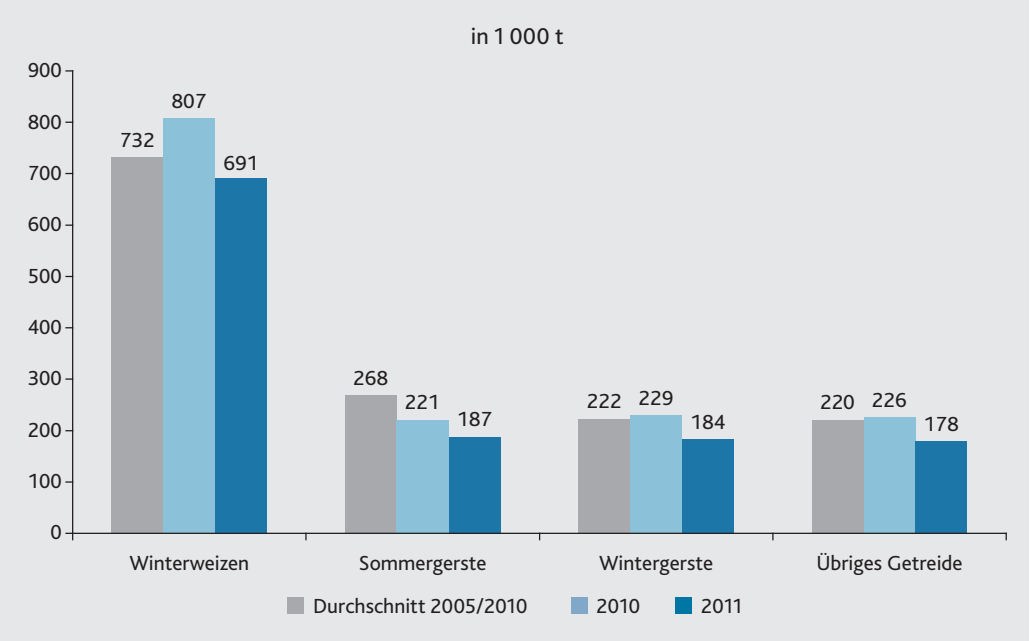
Gut ein Zehntel geringere Getreideerträge

Unterdurchschnittliche Getreideerträge

Im Jahr 2011 wurden nach dem Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung auf rund 230 300 Hektar Getreide zur Körnergewinnung[2] angebaut (–0,8 Prozent). Der durchschnittliche Getreideertrag erreichte nach dem endgültigen Ergebnis der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE) lediglich 5,4 Tonnen je Hektar. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Minus von fast 16 Prozent. Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2010 lag der Ertrag damit um zwölf Prozent unter dem Sechs-Jahres-Mittel. Aufgrund der geringeren Erträge und der kleineren Anbaufläche wurde 2011 mit 1,24 Millionen Tonnen eine Getreideernte eingebracht, die den Wert des Vorjahres um fast 17 Prozent unterschritt.

Bundesweit erfolgte der Anbau von Getreide zur Körnergewinnung auf einer Fläche von gut sechs Millionen Hektar. Der durchschnittliche Hektarertrag belief sich

G 4 Getreideernte 2010 und 2011



deutschlandweit auf 6,1 Tonnen. Das sind 6,4 Prozent weniger im Vergleich mit dem Sechs-Jahres-Mittel.[3]

Winterweizenerträge mit deutlichen Schwankungen

Die mit Abstand wichtigste Getreideart bleibt Winterweizen (113 900 Hektar, –1,4 Prozent). Seine Anbaufläche entspricht einem Anteil am Ackerland von 28 Prozent. Im Durchschnitt wurde ein Ertrag von knapp 6,1 Tonnen je Hektar erreicht. Das waren 0,9 Tonnen bzw. 13 Prozent weniger als im letzten Jahr. Die Erntemenge betrug 691 400 Tonnen. Damit entfällt über die Hälfte der Getreideernte auf Winterweizen.

Fast jede zweite Probe lag zwischen fünf und sieben Tonnen je Hektar

Das niedrigere Ertragsniveau zeigt sich auch in der Verteilung der Hektarerträge auf Ertragsklassen. Lag in den Vorjahren der Modalwert für die Erträge der Proben der BEE in der Ertragsklasse von sieben bis acht Tonnen je Hektar, ist dieses Jahr die Ertragsklasse von sechs bis sieben Tonnen je Hektar mit einem Anteilswert von 27 Prozent am stärksten besetzt. Es folgt dann die Ertragsklasse von fünf bis sechs Tonnen je Hektar mit 22 Prozent. In den Vorjahren war die zweitstärkste Ertragsklasse die zwischen acht und neun Tonnen je Hektar. Zugenommen hat auch der Anteilswert der Proben mit Erträgen von weniger als fünf Tonnen. Im Jahr 2011 liegt der Wert bei 23 Prozent. Im Vorjahr waren es 16 Prozent. Dies belegt, dass auch in Rheinland-Pfalz die Erträge regional unter den Wetterextremen gelitten haben.

Fast jede vierte Probe unter fünf Tonnen je Hektar

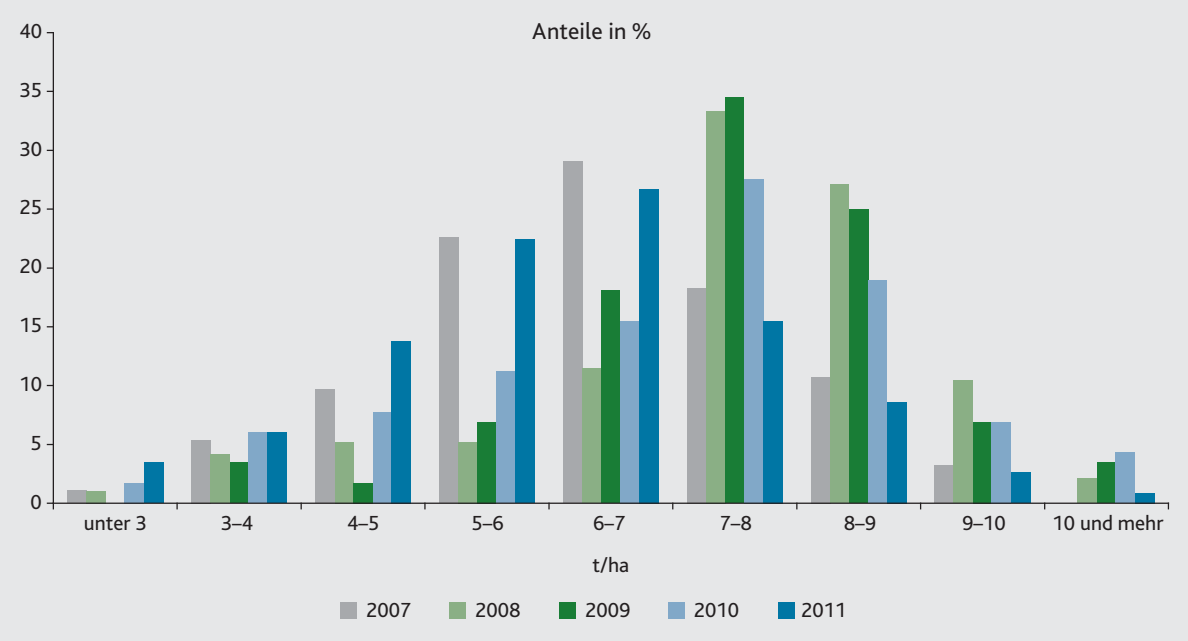
Qualität von Winterweizen häufig ungenügend

Spät gedroschener Weizen mit geringen Fallzahlen

Da Weizen für die menschliche Ernährung eine große Bedeutung hat, werden im Rahmen der BEE auch technologische Qualitätsparameter ermittelt. Eine bekannte und häufig verwendete Kennziffer ist die Fallzahl. Im Jahr 2011 wiesen 85 Prozent der unter-

3 Für Deutschland: vorläufige Ergebnisse.

G 5 Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2007–2011 nach Ertragsklassen



suchten Proben Fallzahlen von über 220 Sekunden auf. Im letzten Jahr lag der Wert mit 78 Prozent auf einem vergleichbaren Niveau. Insbesondere spät gedroschene Winterweizenpartien können aufgrund ihrer Fallzahlen nicht mehr als Qualitätsgetreide vermarktet werden. In Deutschland überschritt nur jede zweite Weizenpartie den Grenzwert von 220 Sekunden.

Cubus weiterhin wichtigste Weizensorte

Ein weiteres Qualitätskennzeichen ist der Proteingehalt. Mit 14 Prozent liegt er um fast einen Prozentpunkt über dem Vorjahreswert. Mit der ausgewählten Sorte nimmt der Landwirt Einfluss auf die Verwendung des Erntegutes. Das Sortenspektrum beim Winterweizen bestimmen die beiden A-Weizensorten Cubus (16 Prozent), JB Asano (15 Prozent) und die B-Weizensorte Dekan (13 Prozent). Während A-Weizensorten im Hinblick auf die Vermarktung als Brotgetreide angebaut werden, finden B-Weizensorten eher als Futtermittel Verwendung.

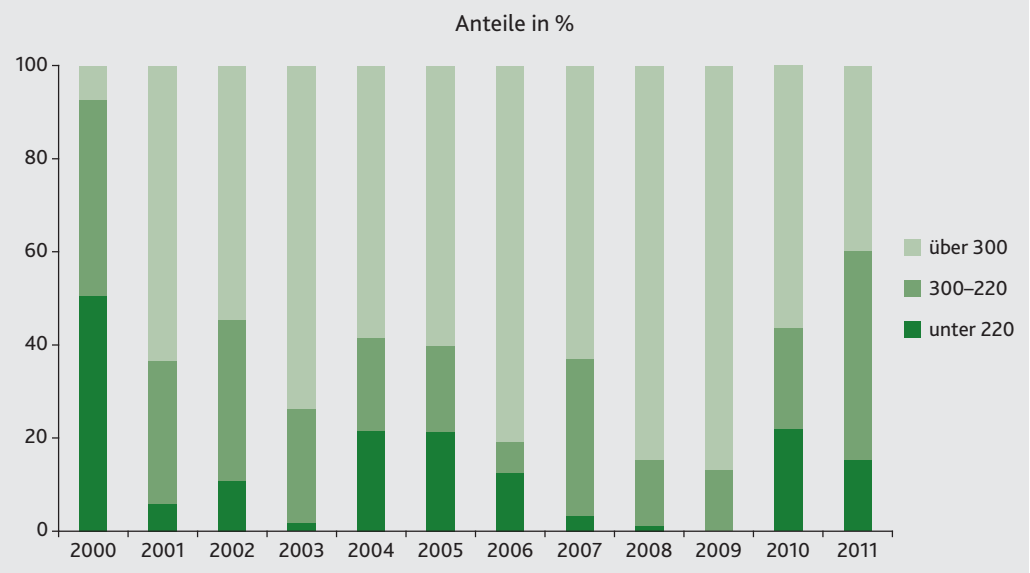
Info

Qualitätsgruppen bei Weizen

Das Bundessortenamt ist in Deutschland für die Zulassung und den Sortenschutz von Pflanzensorten zuständig. Es prüft, ob die Voraussetzungen für die Erteilung des Sortenschutzes oder für die Sortenzulassung erfüllt sind. Wichtige Eigenschaften der verschiedenen Pflanzenarten werden in der sogenannten Beschreibenden Sortenliste zusammenfassend dargestellt. In ihr ist bei Weizen auch die Qualitätsgruppe vermerkt, die vor allem die Backeigenschaften beschreibt. Die Einteilung des deutschen Bundessortenamtes umfasst die Stufen:

- E-Weizen (Eliteweizen)
- A-Weizen (Qualitätsweizen, auch Aufmischweizen genannt)
- B-Weizen (Brotweizen)
- C-Weizen (sonstiger Weizen).

G 6 Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2000–2011 nach Fallzahlklassen



Sommergerste legt im Anbau zu

Nach dem deutlichen Einbruch im letzten Jahr legte Sommergerste flächenmäßig wieder zu. Zur Ernte standen dieses Jahr 44 400 Hektar, das waren 8,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit einem Hektarertrag von 4,2 Tonnen wurde jedoch der Vorjahresertrag um mehr als ein Fünftel und das langjährige Mittel um fast 15 Prozent verfehlt. Geerntet wurden 186 900 Tonnen. Da die Flächenzunahme den geringeren Ertrag nicht ausgleichen konnte, liegt die Erntemenge fast 15 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Knapp ein Zehntel der deutschen Sommergerste aus Rheinland-Pfalz

Bundesweit wurde für Sommergerste eine Anbaufläche von 421 500 Hektar ermittelt (+22 Prozent). Die Erntemenge lag bei über zwei Millionen Tonnen (+21 Prozent). Der rheinland-pfälzische Anteil an der deutschen Erntemenge erreichte damit nur einen Anteilswert von 9,1 Prozent. Im Vorjahr hatte er noch 13 Prozent betragen.

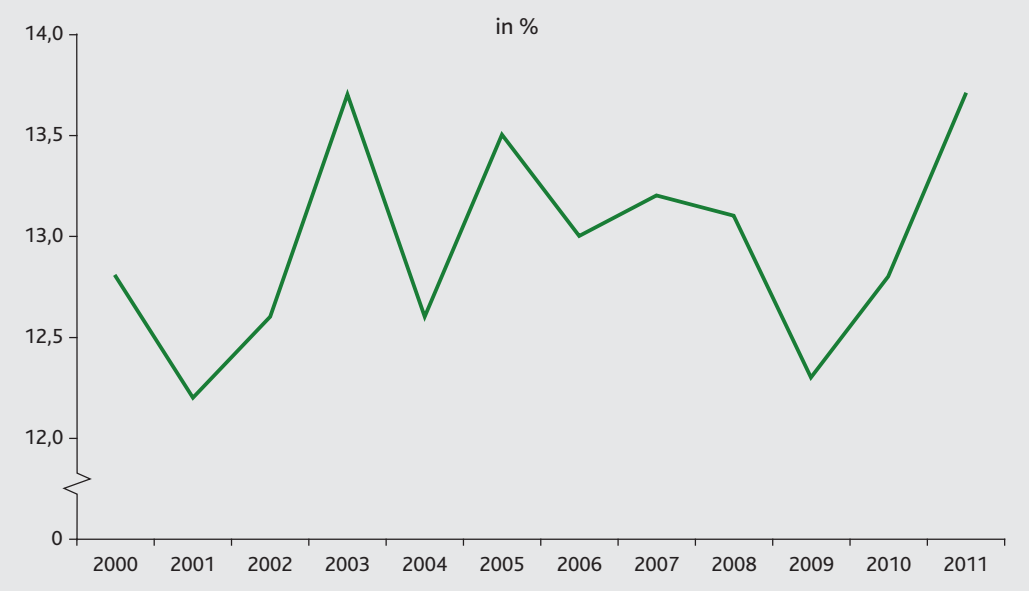
Sommergerste wird vielfach als Braugerste vermarktet. Hierbei muss sie allerdings bestimmten Qualitätsansprüchen genügen. Wichtige Anforderungen der Mälzereien sind ein Eiweißgehalt von höchstens 11,5 Prozent und ein Vollkornanteil von mindestens 90 Prozent. Die arithmetischen Mittelwerte des Eiweißgehalts und des Vollkornanteils betrugen in diesem Jahr 13 bzw. 95,5 Prozent. Im Vorjahr errechneten sich ein Eiweißgehalt von elf Prozent und ein Vollkornanteil von knapp 91 Prozent.

Braemer und Marthe wachsen auf über 80 Prozent der Fläche

Die Abnehmer von Braugerste erwarten große, sortenreine Partien, sodass im Sommergerstenanbau nur wenige Sorten angebaut werden. Wie in den Vorjahren sind Braemer (42 Prozent) und Marthe (39 Prozent) die Leitsorten.

Neben dem Winterweizen und der Sommergerste kommt noch den Getreidearten Wintergerste (35 100 Hektar; –1,4 Prozent), Triticale (16 200 Hektar; –5,6%) und Roggen einschließlich Wintermenggetreide (10 900 Hektar; –3,3 Prozent) eine größere Bedeutung zu.

G 7 Proteingehalt der Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2000–2011



Deutlich weniger Wintergerste geerntet

Die Wintergerste litt im Vergleich zu den anderen Wintergetreidearten stärker unter dem trockenen Frühjahr. Da sie als erste Getreideart gedroschen wird, profitierte sie kaum noch von den Niederschlägen, die ab Juni fielen. Mit 5,2 Tonnen je Hektar war ein Ertrag zu verzeichnen, der 14 Prozent bzw. 0,9 Tonnen unter dem langjährigen Mittel lag. Roggen einschließlich Wintermenggetreide (5,3 Tonnen je Hektar) und Triticale (5,1 Tonnen je Hektar) erzielten um zwölf bzw. 14 Prozent niedrigere Durchschnittserträge. Die Erntemengen beliefen sich auf 183 700 Tonnen für Wintergerste (–18 Prozent), 57 000 Tonnen für Roggen einschließlich Wintermenggetreide (–23 Prozent) und 82 600 Tonnen für Triticale (–10 Prozent).

Winterraps litt deutlich unter den Witterungsbedingungen

Über ein Drittel weniger Winterraps

Winterraps wurde 2011 auf 43 900 Hektar (–4 Prozent) geerntet. Die Anbaufläche war damit wieder geringer als die der Sommergerste. Da Winterraps temperaturempfindlicher als Getreide ist und auch stärker als Getreide unter der Trockenheit des Frühjahres litt, konnten durchschnittlich nur 2,4 Tonnen je Hektar geerntet werden. Das sind rund 1,4 Tonnen bzw. 36 Prozent weniger als im langjährigen Durchschnitt. Die Erntemenge verfehlt mit 107 100 Tonnen das Vorjahresergebnis um 39 Prozent. Der Winterrapsanbau erfolgte deutschlandweit auf 1,3 Millionen Hektar. Geerntet wurden im Durchschnitt 2,9 Tonnen je Hektar.

Niedriger Ölgehalt

Der Ölgehalt der untersuchten Proben beträgt durchschnittlich 42 Prozent. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Minus von drei Prozentpunkten. Die dominierende Winterrapssorte war Visby mit fast 33 Prozent der Probenfläche. Sie konnte damit 14 Prozentpunkte zulegen. Adriana erreichte einen Anteilswert von 16 Prozent. Die Sorte NK-Flair wuchs auf 15 Prozent der Probeflächen.

Andere Ölfrüchte wie Körnersonnenblumen oder Hülsenfrüchte (z. B. Erbsen, Ackerbohnen) sind nach wie vor statistisch bedeutungslos.

Silomais mit gutem Ertrag

Neben Mähdruschfrüchten wie Getreide und Raps werden auf 60 000 Hektar bzw. 15 Prozent des Ackerlandes Pflanzen zur Grünernte angebaut. Die wichtigsten Pflanzen zur Grünernte, Silomais und Feldgras, wachsen auf 30 700 bzw. 15 300 Hektar. Silomais, der erst ab Mitte September geerntet wird, konnte die Witterungsverhältnisse in hohe Erträge umsetzen. Die Erträge wurden im August auf 46,6 Tonnen je Hektar (+8,4 Prozent) geschätzt. Auch bei Zuckerrüben (19 600 Hektar) werden sehr gute Erträge erwartet.

Niederschläge im Sommer führen zu hohen Kartoffelerträgen

Gute Kartoffelernte

Für die Kartoffelerzeugung wurden 2011 insgesamt rund 7 900 Hektar (+3,8 Prozent) genutzt. Rund 41 Prozent dieser Fläche dient dem Frühkartoffelanbau. Für 2011 wurde ein Ertrag von 41,5 Tonnen je Hektar ermittelt. Er liegt damit um 8,4 Prozent über dem Vorjahresergebnis. Die geerntete Menge beläuft sich insgesamt auf rund 326 400 Tonnen. Der große Ertragszuwachs ist auf die häufigen Niederschläge des Sommers zurückzuführen. Der Kartoffelanbau in Deutschland erfolgte auf einer Fläche von 259 400 Hektar. Der rheinland-pfälzische Anteil beträgt drei Prozent.

Großfallende Kartoffeln

Bei Spätkartoffeln wurde ein Ertrag von 42,1 Tonnen je Hektar ermittelt. Da Frühkartoffeln (40,6 Tonnen je Hektar) eine kürzere Vegetationsphase als Spätkartoffeln haben, erreichen sie auch nicht deren Ertragsniveau. Im Vergleich zum Vorjahr betrugen die Abweichungen +3,4 bzw. +17 Prozent. Die Erntemenge für mittelfrühe und späte Kartoffeln belief sich auf 194 800 Tonnen und die für Frühkartoffeln auf 131 600 Tonnen. Die bundesweite Kartoffelernte betrug 11,9 Millionen Tonnen, wobei knapp die Hälfte (45 Prozent) in Niedersachsen produziert wurde. Damit lag die Erntemenge deutschlandweit fast 18 Prozent über der des Vorjahres. Die Kartoffeln fallen allerdings oft sehr groß aus und lassen sich damit nur schwierig vermarkten. Aufgrund der hohen Temperaturen und der anhaltenden Trockenheit im Frühjahr entwickelten die Kartoffeln nur einen geringeren Knollenansatz je Staude. Die ab Juni verzeichneten Niederschläge führten dann zu einem guten Knollenansatz.

Qualitativ gute Weinmosternte

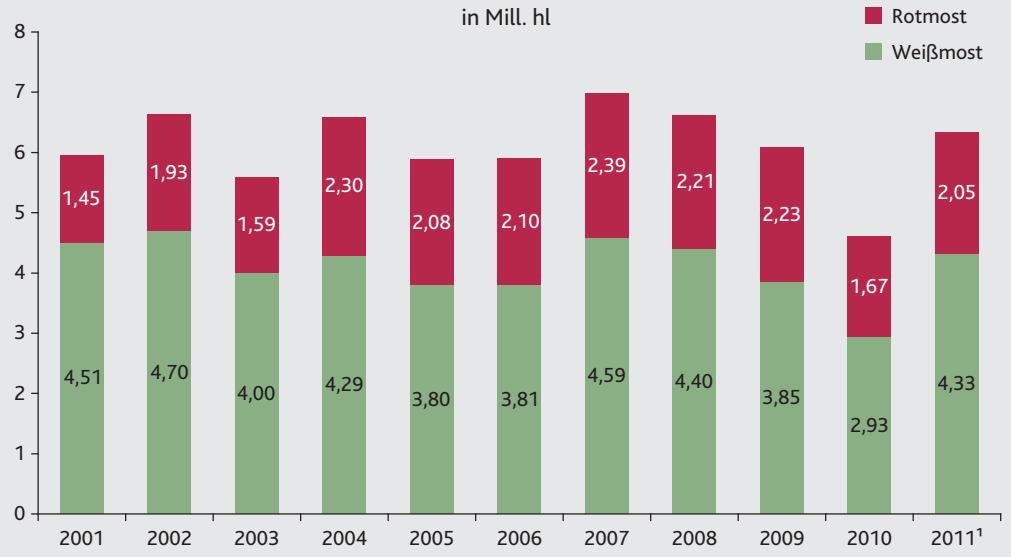
Wieder durchschnittliche Weinmosternte eingebracht

Nachdem im Vorjahr mit 4,6 Millionen Hektolitern die kleinste Erntemenge seit 25 Jahren eingebracht wurde, schätzten die Ernteberichterstatter Ende November die diesjährige Weinmosternte auf knapp 6,4 Millionen Hektoliter. Damit dürfte die diesjährige Erntemenge 5,3 Prozent über dem langjährigen Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2010 liegen. Allgemein brachten die Winzer einen qualitativ guten Jahrgang ein.

Gegenüber dem Vorjahr brachte der diesjährige Witterungsverlauf einen deutlichen Vegetationsvorsprung, sodass die Lese früh begann. Allerdings mussten aufgrund der Unbilden des Wetters regional deutliche Schäden in den Weinbergen hingenommen werden. Besonders gravierend wirkten sich vor allem die Spätfröste Anfang Mai aus. Aber auch regionale Hagelunwetter zogen die Reben in Mitleidenschaft. Die Meldungen der Berichterstatter zeigten deshalb große Unterschiede bezüglich der zu erwartenden Erträge auf.

Besonders betroffen war die Pfalz. Für dieses Weinanbaugebiet wird mit knapp 2,3 Millionen Hektolitern eine Erntemenge geschätzt, die geringfügig unter dem langjährigen Mit-

G 8 Weinmosternte 2001–2011



1 Vorläufiges Ergebnis.

Anbaugebiet Pfalz mit Abweichung zum langjährigen Mittel

telwert liegt. In Rheinhessen (2,7 Millionen Hektoliter) wird eine um 7,1 Prozent über dem Durchschnitt liegende Ernte produziert. An der Mosel erwarten die Winzer mit einer Erntemenge von 971 000 Hektolitern einen im Vergleich zum langjährigen Mittel um elf Prozent höheren Ertrag. Die Nahe weist mit 369 000 Hektolitern ein geschätztes Plus von 8,7 Prozent gegenüber dem langjährigen Mittel auf. Die an der Ahr und am Mittelrhein erwarteten Erntemengen wurden auf 47 000 bzw. 38 000 Hektoliter beziffert.

Apfelernte fällt durch Fröste im Frühjahr gering aus

Im Jahr 2011 wuchs eine unterdurchschnittliche Obsternte im Marktobstbau heran. Sie lag mit 64 400 Tonnen zwar über der Erntemenge des Vorjahres, im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2010 fehlen aber 8,4 Prozent. Ursächlich für den gesunkenen Obstertrag ist die geringe Apfelernte, die mit 32 600 Tonnen um rund 16 Prozent unter dem langjährigen Mittel liegt. Gegenüber dem Vorjahr waren das 3,6 Prozent weniger. Verantwortlich für die geringe Apfelernte sind die späten Fröste des Frühjahres. Da auf Äpfel etwa die Hälfte der Erntemenge entfällt, geht von ihnen ein großer Einfluss auf die gesamte Obsternte aus. Neben Äpfeln wurden auch noch für Pflaumen und Zwetschen geringere Mengen gegenüber dem langjährigen Mittel registriert (–2,6 Prozent). Die vorläufige Erntemenge beträgt 13 800 Tonnen.

16 Prozent weniger Äpfel geerntet

Bei den übrigen Obstarten wurden dagegen größere Mengen verzeichnet. Sauerkirschen erbrachten mit 7 900 Tonnen eine geringfügig größere Erntemenge. Mit 3 100 Tonnen übertrifft die Süßkirschenernte das langjährige Ergebnis um fast 13 Prozent. Die Birnenernte betrug 4 500 Tonnen. Gegenüber dem langjährigen Mittel bedeutet dies eine Zunahme von 4,3 Prozent. Bei Mirabellen und Renekloden war mit 2 500 Tonnen ebenfalls eine überdurchschnittliche Ernte-

menge gegeben. Im Vergleich zum langjährigen Mittelwert stellt dies eine Steigerung von zwölf Prozent dar.

Gemüseanbaufläche trotz EHEC-Krise ausgeweitet

Die Anbaufläche für die erwerbsmäßige Erzeugung von Freilandgemüse hat trotz der Absatzeinbrüche, die im Frühjahr infolge der EHEC-Krise zu verzeichnen waren, um knapp zwei Prozent zugelegt. Derzeit wird in Rheinland-Pfalz auf 18 500 Hektar Gemüse im Freiland angebaut. Hierin sind auch die Flächen enthalten, die zwar mit Gemüse bestellt aber nicht abgeerntet werden.

Sieben Gemüsearten mit jeweils mehr als 1 000 Hektar Anbaufläche

Im Land werden über 40 verschiedene Gemüsearten angebaut. Die Erzeugung wird allerdings von nur sieben Gemüsearten dominiert. Radieschen (2 700 Hektar), Möhren und Karotten (1 600 Hektar), Bundzwiebeln (1 500 Hektar), Blumenkohl (1 200 Hektar), Speisezwiebeln (1 200 Hektar) Feldsalat (1 200 Hektar) und Spargel (1 100 Hektar) beanspruchen insgesamt mehr als die Hälfte der Freilandflächen.

Die endgültigen Ertragsschätzungen zeigen bei den meisten der genannten Gemüsearten im Vergleich zu den Vorjahreswerten keine größeren Abweichungen. Dies gilt für Radieschen (27,7 Tonnen je Hektar), Möhren und Karotten (48,8 Tonnen je Hektar), Blumenkohl (30,6 Tonnen je Hektar) und Speisezwiebeln (50,7 Tonnen je Hektar). Bundzwiebeln (42,2 Tonnen je Hektar) und Feldsalat (7,5 Tonnen je Hektar) weisen demgegenüber Zuwächse von 20 bzw. 7,9 Prozent auf. Auch Spargel (6,3 Tonnen je Hektar) konnte durch die lange Saison ertraglich deutlich zu legen. Das Plus beträgt 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Bei Erdbeeren (455 Hektar) wurde der Flächenertrag im Durchschnitt auf gut 8,1 Tonnen je Hektar geschätzt. Er lag witterungsbedingt um über 15 Prozent unter dem langjährigen Mittel. Die Erntemenge verfehlte mit 3 700 Tonnen den langjährigen Durchschnitt um 20 Prozent.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft und Umwelt.

Hochschulen 2010/11

Frauen bei Studienanfängern, Studierenden und Absolventen in der Mehrzahl

Von Bettina Link

Die Hochschulen sehen sich zurzeit tief greifenden Veränderungen gegenüber. Sie verzeichnen einen kräftigen Anstieg der Studierendenzahlen, der auch in den nächsten Jahren anhalten wird und einen umfangreichen Ausbau der Studienkapazitäten erfordert. Darüber hinaus erfolgt gegenwärtig die Umstellung der meisten Studiengänge auf ein mehrstufiges Bachelor- und Mastersystem. Die größere Unabhängigkeit der Hochschulen, die neue Wettbewerbssituation, aber auch die knapper werdenden Mittel der öffentlichen Hand sorgen dafür, dass sich das Augenmerk verstärkt auf die von den Hochschulen erzielten Ergebnisse in Forschung und Lehre richtet. Hierdurch gewinnen die Daten und Kennzahlen der amtlichen Statistik eine zunehmende Bedeutung.

Zahl der Studierenden seit 2005 um gut elf Prozent gestiegen

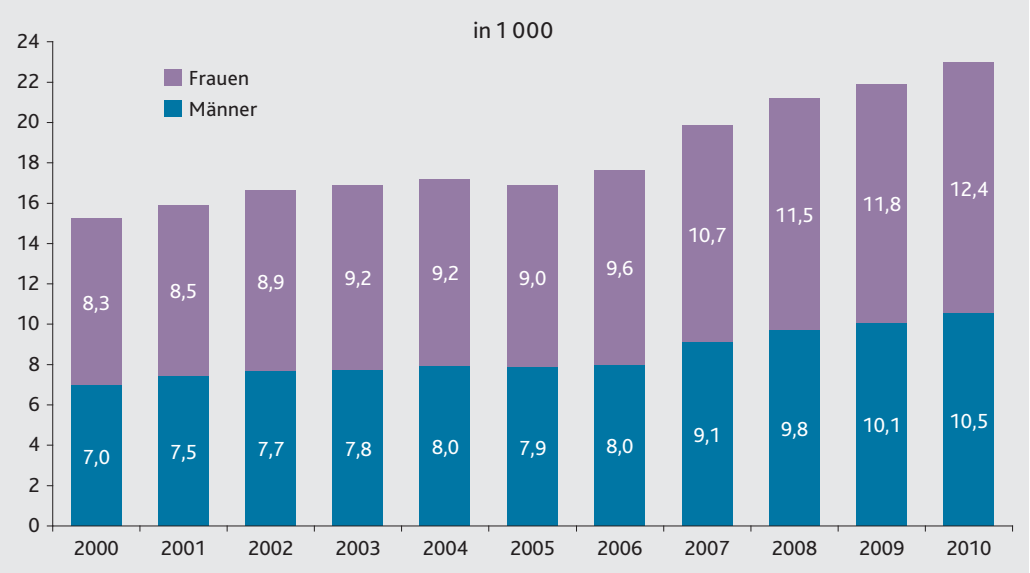
Im Wintersemester 2010/11 erreichte die Zahl der Studierenden in Rheinland-Pfalz einen neuen Höchststand. Mehr als 113 000 Personen absolvierten ein Studium an einer der 19 Hochschulen im Land. Das waren gut elf Prozent mehr als fünf Jahre zuvor.

In den nächsten Jahren ist mit einer weiteren Zunahme der Studierendenzahlen zu rechnen. Das liegt zum einen an der demografischen Entwicklung. So verlassen derzeit die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre die weiterführenden Schulen. Zum anderen zeigen sich die Effekte eines geänderten Bildungsverhaltens. Immer mehr Schülerinnen und Schüler eines Altersjahrgangs erreichen einen Schulabschluss, der zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigt. Im Jahr 2010 verließen 22 967 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden und die berufsbildenden Schulen mit der Studienberechtigung. Das waren 36 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor.

Immer mehr Schülerinnen und Schüler erreichen die Hochschulreife

Die Studienberechtigtenquote, also der Anteil der Schulentlassenen mit Hochschulzugangsberechtigung an der Bevölkerung im entsprechenden Alter, stieg im selben Zeitraum um zehn Prozentpunkte auf nunmehr 47 Prozent.

G 1 Studienberechtigte 2000–2010 nach Geschlecht



26 Prozent mehr Studienanfängerinnen und -anfänger als 2005

Infolge der höheren Studienberechtigtenzahlen stieg auch die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger. So begannen im Jahr 2010 insgesamt 22 161 Personen ein Hochschulstudium in Rheinland-Pfalz. Das waren gut 26 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor.

Für die Hochschulen bedeuten die zusätzlichen Studierenden zunächst eine Herausforderung. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und der absehbar wachsenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften stellen die zukünftigen Akademikerinnen und Akademiker auch eine wichtige Grundlage zur Absicherung des gesellschaftlichen Wohlstandes und der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme dar. Die Akteure der Bildungspolitik sind sich daher einig, dass unter Berücksichtigung der Anforderungen einer hochentwickelten Industrie- und Technknation die Zahl der Studienberechtigten und der Hochschulabsolventinnen und -absolventen weiter erhöht werden soll. Der Wissenschaftsrat empfiehlt eine Studienberechtigtenquote von 50 Prozent. Für die Studienanfängerquote wurden 40 Prozent und für die Absolventenquote 35 Prozent angeraten.[1]

Bund und Länder vereinbarten Hochschulpakt

Um die Hochschulen für den erwarteten Studierendenzuwachs zu rüsten, vereinbarten Bund und Länder im Jahr 2007 den Hochschulpakt 2020. In diesem verpflichtete sich das Land Rheinland-Pfalz bis 2010 – ausgehend vom Vergleichsjahr 2005 – kumulativ 5 796 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger aufzunehmen. Für den Ausbau der Hochschulen investiert das Land bis zum Jahr 2010 rund 28 Millionen Euro aus Bundesmitteln und ebenso viel aus eigenen Mitteln.

In diesem Jahr startete die zweite Phase des Hochschulpaktes. Sie zielt darauf ab, in den Jahren 2011 bis 2015 rund 20 000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen aufzunehmen. Auch hier gilt das Bezugsjahr 2005.

1 Wissenschaftsrat: Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems, Berlin 2006.

T 1 Studienberechtigte und Studienberechtigtenquote 2000–2010 nach Geschlecht

Jahr	Studienberechtigte			Studienberechtigtenquote (neu): Berechnung nach dem Quotensummenverfahren			Studienberechtigtenquote (alt): Studienberechtige im Verhältnis zum Durchschnitt der 18- bis unter 21-Jährigen		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%			%		
2000	15 267	8 259	7 008	.	.	.	34,7	38,3	31,2
2001	15 918	8 451	7 467	.	.	.	35,3	38,3	32,4
2002	16 628	8 936	7 692	.	.	.	36,8	40,6	33,2
2003	16 912	9 162	7 750	.	.	.	37,6	41,6	33,7
2004	17 194	9 231	7 963	.	.	.	38,6	42,4	35,0
2005	16 861	8 985	7 876	.	.	.	37,2	40,5	34,0
2006	17 631	9 635	7 996	37,4	41,7	33,4	38,0	42,4	33,8
2007	19 859	10 728	9 131	40,9	44,9	37,1	41,3	45,4	37,3
2008	21 202	11 451	9 751	43,4	47,8	39,3	43,8	48,1	39,5
2009	21 896	11 800	10 096	44,8	49,5	40,4	44,9	49,6	40,4
2010	22 967	12 420	10 547	47,4	52,7	42,3	47,7	53,1	42,7

T 2 Eckdaten zu Studierenden und Studienanfängern 2000–2010 nach Geschlecht

Jahr[1]	Hochschulstandort Rheinland-Pfalz						Studienanfängerquote					
	Studierende			Studienanfänger			am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz			der rheinland-pfälzischen Studierenden in Deutschland		
	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer
	Anzahl						%					
2000	82 008	39 595	42 413	14 652	7 596	7 056	33,5	35,3	31,7	27,1	26,2	28,0
2001	85 881	42 284	43 597	16 355	8 623	7 732	36,6	39,1	34,4	29,1	28,5	29,7
2002	91 123	45 522	45 601	17 841	9 484	8 357	39,2	42,4	36,3	31,0	31,7	30,5
2003	96 139	47 821	48 318	18 030	9 033	8 997	39,4	40,2	38,7	31,8	30,5	33,1
2004	99 138	49 431	49 707	17 807	8 979	8 828	39,0	40,0	38,1	30,6	29,6	31,6
2005	101 845	50 770	51 075	17 535	8 931	8 604	38,4	39,8	37,1	30,5	29,8	31,2
2006	103 156	51 723	51 433	17 725	9 404	8 321	38,4	41,3	35,7	30,0	30,7	29,3
2007	105 630	53 396	52 234	19 222	10 158	9 064	40,7	43,4	38,1	31,4	31,8	31,1
2008	107 116	54 181	52 935	20 004	10 427	9 577	41,7	43,9	39,7	34,4	34,1	34,7
2009	109 478	55 438	54 040	20 842	10 926	9 916	43,3	46,1	40,7	35,4	35,7	35,2
2010	113 069	57 405	55 664	22 161	11 667	10 494	45,9	49,3	42,8	37,9	38,0	37,9

1 Studienanfänger: Jahr; Studierende: Wintersemester

Hierbei soll der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an Fachhochschulen und in naturwissenschaftlich-technischen Fächern erhöht werden. Zudem wird mit der zweiten Phase des Hochschulpaktes eine qualitative Weiterentwicklung in den Hochschulen angestrebt. Dies betrifft unter anderem die Sicherung und Entwicklung der Qualität von Studium und Lehre sowie die Förderung von Frauen und der sozialen Vielfalt und Attraktivität der Hochschulen. Für die zweite Hälfte des Hochschulpaktes stehen voraussichtlich insgesamt 200 Millionen Euro aus Bundes- und ebenso viel aus Landesmitteln zur Verfügung.[2]

2 Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur: „Hochschulpakt sichert gute Studienbedingungen – Bologna-Prozess erfolgreich weiterentwickelt", Pressemitteilung vom 28.10.2010.

Erläuterungen

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Abgängerinnen und Abgänger allgemeinbildender und berufsbildender Schulen mit Hochschulreife an der Bevölkerung im entsprechenden Alter an. Bis zum Berichtsjahr 2005 wurde dieser Wert mit Bezug auf die 18- bis unter 21-Jährigen ermittelt. Ab dem Berichtsjahr 2006 erfolgt die Berechnung – wie auch bei der Studienanfänger- und der Absolventenquote – nach dem sogenannten Quotensummenverfahren. Das neue Verfahren führt zu belastbareren Ergebnissen, die nicht von Ausreißern in der Bevölkerungsentwicklung beeinflusst werden.

Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Als regionale Bezugsgröße kann entweder das Land, in dem die Studienberechtigung erworben wurde, oder das Land des Studienortes gewählt werden. Die Berechnung erfolgt nach dem Quotensummenverfahren.

Absolventenquote

Die Absolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Die Berechnung erfolgt nach dem Quotensummenverfahren.

Erfolgsquote

Die Erfolgsquote gibt den Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die ihr Studium erfolgreich abgeschlossen haben, an den Studienanfängerinnen und -anfängern eines Studienjahres an. Bei der Berechnung werden sowohl Studienfach- und Prüfungsgruppenwechsel als auch die Abschlusswahrscheinlichkeit der im Berichtsjahr noch Studierenden berücksichtigt.

Fach- und Gesamtstudiendauer

Die Fachstudiendauer gibt die durchschnittliche Zahl der Ausbildungssemester an, die in einem bestimmten Studiengang bis zum Abschluss benötigt werden. Die Gesamtstudiendauer bezieht sich auf die Zahl der Semester, die insgesamt im Hochschulsystem verbracht werden.

Bologna-Reform

In der sogenannten Bologna-Erklärung aus dem Jahr 1999 brachten 29 europäische Staaten ihren Willen zum Ausdruck, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Zu den Zielen gehörte die Etablierung eines einheitlichen Systems gestufter Studiengänge, dessen erste Stufe der berufsqualifizierende Bachelorabschluss ist, an den sich ein Masterstudium anschließen kann.

Wanderungssaldo

Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben.

Vollzeitäquivalente

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

Betreuungsrelation

Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlich/künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittelfinanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Laufende Grundmittel

In die Berechnung der laufenden Grundmittel werden diejenigen Mittel einbezogen, die der Hochschulträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Diese werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke die Verwaltungs- und Drittmitteleinnahmen abgezogen werden.

Weitere Informationen und Erläuterungen zum Bereich der Hochschulstatistik finden Sie in den statistischen Berichten zu:

- Studienanfängerinnen und -anfängern,
- Studierenden, Gasthörerinnen und Gasthörern,
- Abschlussprüfungen,
- Personal- und Personalstellen sowie Habilitationen und
- Hochschulfinanzen

auf den Seiten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz unter www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/bildung/.

T 3 Eckdaten zu Absolventen 2000–2010 nach Geschlecht

Jahr[1]	Absolventen[2]			Absolventenquote[2]			Durchschnittsalter bei Erstabschluss			Mittlere Fachstudiendauer[2] (Median)		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%			Jahre			Fachsemester		
2000	8 824	4 321	4 503	18,0	18,5	17,4	28,1	27,5	28,6	10,1	9,8	10,4
2001	8 531	4 199	4 332	18,2	18,7	17,6	28,0	27,3	28,7	9,8	9,6	10,1
2002	7 909	4 072	3 837	17,2	18,3	16,2	28,0	27,4	28,6	9,9	9,9	10,1
2003	8 374	4 464	3 910	18,3	19,9	16,7	28,1	27,5	28,7	9,8	9,7	9,9
2004	8 893	4 813	4 080	19,6	21,3	17,8	27,7	27,2	28,3	9,5	9,3	9,8
2005	10 008	5 391	4 617	21,9	23,7	20,2	27,6	27,1	28,1	9,5	9,4	9,6
2006	9 937	5 500	4 437	21,5	23,8	19,3	27,6	27,2	28,0	9,5	9,4	9,7
2007	11 198	6 183	5 015	24,0	26,5	21,6	27,5	27,2	27,9	9,4	9,3	9,5
2008	12 077	6 669	5 408	25,9	28,6	23,2	27,5	27,2	27,9	9,5	9,5	9,6
2009	12 898	6 877	6 021	27,9	29,9	26,0	27,2	26,9	27,6	9,4	9,3	9,4
2010	12 992	7 178	5 814	28,2	31,3	25,1	27,1	26,7	27,4	9,1	9,0	9,3

1 Prüfungsjahr. – 2 Erstabsolventen.

Studienanfängerquote steigt auf 46 Prozent

Die Studienanfängerquote, also der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger in Rheinland-Pfalz an der gleichaltrigen Bevölkerung des Landes, lag im Jahr 2010 bei 46 Prozent und damit 7,5 Prozentpunkte höher als im Jahr 2005. Der Wert liegt somit über der von der Bundesregierung angestrebten Quote von 40 Prozent.

Dieser im Bundesvergleich überdurchschnittliche Wert geht allerdings zu einem wesentlichen Teil auf die Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer zurück, die zum Studium ins studiengebührenfreie Rheinland-Pfalz kommen. Von den Personen, die ihre Studienberechtigung in Rheinland-Pfalz erlangten, begannen im Jahr 2010 lediglich 38 Prozent ein Studium an einer deutschen Hochschule.

Die Differenz zwischen den beiden Quoten ist einerseits ein Indiz für die überregionale Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen. Sie offenbart aber auch ein Potenzial, die Studierneigung der eigenen „Landeskinder" zu erhöhen.

Umsetzung der Bologna-Reform schreitet voran

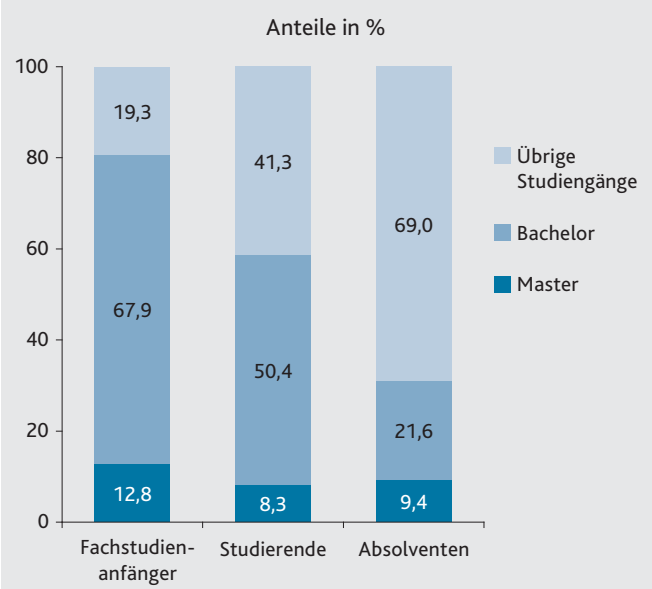
Großteil der Studiengänge auf Bachelor- und Mastersystem umgestellt

Die infolge der Bologna-Erklärung begonnene Umstellung der Studiengänge auf ein zweistufiges System aus Bachelor- und Master-Studiengängen schreitet voran und führt zu einem anhaltenden Anstieg des Anteils dieser neuen Studiengänge. Im Wintersemester 2010/11 waren nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz 93 Prozent aller Studiengänge in Rheinland-Pfalz auf das neue Bachelor- und Mastersystem umgestellt (Deutschland: 82 Prozent).[3]

Im Jahr 2010 begannen etwa acht von zehn Studierenden im ersten Fachsemester

3 Hochschulrektorenkonferenz: Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Wintersemester 2010/11, Bonn 2010.

G 2 Fachstudienanfängerinnen und -anfänger, Studierende sowie Absolventinnen und Absolventen 2010 nach angestrebtem Abschluss



ein auf die Erlangung des Bachelor- oder Masterabschlusses ausgerichtetes Studium (81 Prozent). Unter den Absolventinnen und Absolventen lag der Anteil der Bachelor- und Masterabschlüsse im Prüfungsjahr 2010 bei 31 Prozent. Deutliche Unterschiede bezüglich der Umstellung gab es zwischen den verschiedenen Hochschularten. An den Fachhochschulen war die Umstellung am weitesten vorangeschritten. Hier befanden sich im Jahr 2010 bereits 93 Prozent aller Studierenden im ersten Fachsemester in einem Bachelor- oder Masterstudiengang. An wissenschaftlichen Hochschulen betrug dieser Anteil 74 Prozent.

Absolventinnen und Absolventen werden jünger

12 992 Studierende schließen Erststudium erfolgreich ab

Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen der rheinland-pfälzischen Hochschulen ist in den vergangenen Jahren ebenfalls merklich gestiegen. Im Prüfungsjahr 2010 – also im Wintersemester 2009/10 und im Sommersemester 2010 – schlossen 12 992 Studierende ein erstes Studium erfolgreich ab. Gegenüber 2005 ist das ein Zuwachs um 30 Prozent. Die Absolventenquote erhöhte sich seit dem Jahr 2005 um 6,3 Prozentpunkte auf 28 Prozent im Jahr 2010.

Wie effektiv die Hochschulen ihre Studierenden zum Hochschulabschluss führen, zeigt sich an der sogenannten Erfolgsquote. Die Erfolgsquote beschreibt den Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger eines bestimmten Studienjahres, die ihr Studium bis zum Berichtsjahr abgeschlossen haben (bzw. noch abschließen werden), an allen Studienanfängerinnen und -anfängern dieses Studienjahres. Da die Studierenden- und die Prüfungsstatistik keine Merkmale zum Studienverlauf enthalten, sind die Aussagen zum Studienerfolg allerdings nicht direkt aus den Daten ablesbar. Das Statistische Bundesamt hat daher ein Berechnungsverfahren zur Ermittlung der Erfolgsquote entwickelt. Diese Berechnung basiert auf einer Verknüpfung der Datensätze der Prüfungsstatistik und jenen der Studierendenstatistik. Berücksichtigt wird auch die Abschlusswahrscheinlichkeit der Studierenden, die bis zum Berichtsjahr noch keinen Abschluss erlangt haben.[4] Für den Studienanfängerjahrgang 2001 hat das Statistische Bundesamt bundesweit eine Erfolgsquote von 74 Prozent ermittelt. Das heißt, dass etwa drei von vier Studienanfängerinnen und -anfängern des Jahres 2001 ihr Studium auch beendet haben bzw. voraussichtlich noch beenden werden. Für Studierende in Rheinland-Pfalz lag die Erfolgsquote mit 77 Prozent höher. Deutliche Unterschiede gab es zwischen den einzelnen Fächergruppen, den Hochschularten sowie zwischen Frauen und Männern. Ergebnisse nach diesen Untergliederungen

4 Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur, Erfolgsquoten 2009, Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 1997 bis 2001, Wiesbaden 2011.

liegen leider nur auf Bundesebene vor. In Deutschland lag die Erfolgsquote des Jahres 2001 am höchsten in den Fächergruppen Veterinärmedizin (97 Prozent) und Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (96 Prozent). Deutlich geringer war sie dagegen in den Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften (65 Prozent) sowie in den Sprach- und Kulturwissenschaften (67 Prozent). Zudem waren Frauen mit einer Quote von 76 Prozent etwas erfolgreicher als Männer (72 Prozent). Fachhochschulen führten 83 Prozent der Studienanfängerinnen und -anfänger zum Abschluss, an Universitäten lag dieser Wert bei 69 Prozent.

Ein wichtiges Thema in der hochschulpolitischen Diskussion ist neben den Absolventenzahlen und den Erfolgsquoten die Studiendauer, da von ihr unter anderem auch der finanzielle Aufwand für ein Studium abhängt.

Absolventinnen und Absolventen im Durchschnitt 27,1 Jahre alt

Für den erfolgreichen Berufseinstieg der Absolventinnen und Absolventen spielt zudem das Alter bei Erreichen des Studienabschlusses eine wichtige Rolle. Die Absolventinnen und Absolventen des Jahrganges 2010 erreichten ihren Erstabschluss nach einer mittleren Fachstudiendauer von 9,1 Semestern im Alter von 27,1 Jahren und damit etwas früher als in der Vergangenheit.

Mit der zunehmenden Etablierung der neuen Bachelorabschlüsse ist mit einer weiteren Verringerung der mittleren Studiendauer und des Alters der Erstabsolventen zu rechnen. Das Bachelorstudium führt üblicherweise bereits nach einer Regelstudienzeit von sechs bis sieben Semestern zu einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss. Bei den klassischen Magister- und Diplomstudiengängen beträgt die Regelstudienzeit demgegenüber sieben bis zwölf Semester.

MINT-Fächer – noch immer Männerdomäne

In der bildungspolitischen Diskussion nehmen die sogenannten MINT-Fächer, also die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik eine besondere Stellung ein. Absolventinnen und Absolventen dieser Fachrichtungen gelten als besonders wichtig für die Sicherung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften.

T 4 Eckdaten zu MINT-Fächern[1] 2000–2010

Jahr[2]	Studienanfänger			Studierende			Absolventen		
	insgesamt	Frauen		insgesamt	Frauen		insgesamt	Frauen	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
2000	4 799	1 652	34,4	24 920	8 019	32,2	3 184	985	30,9
2001	5 186	1 704	32,9	25 764	8 367	32,5	2 960	949	32,1
2002	5 621	2 013	35,8	27 227	9 105	33,4	2 727	917	33,6
2003	6 259	2 122	33,9	29 350	9 937	33,9	2 728	891	32,7
2004	5 989	2 029	33,9	30 622	10 438	34,1	2 940	1 057	36,0
2005	6 197	2 092	33,8	31 870	10 814	33,9	3 351	1 176	35,1
2006	6 195	2 211	35,7	32 314	10 997	34,0	3 354	1 229	36,6
2007	7 074	2 583	36,5	33 919	11 613	34,2	3 674	1 370	37,3
2008	7 141	2 452	34,3	34 751	11 822	34,0	4 020	1 511	37,6
2009	7 581	2 686	35,4	36 781	12 462	33,9	4 608	1 578	34,2
2010	7 812	2 717	34,8	37 842	12 913	34,1	5 040	1 783	35,4

1 Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. – 2 Studienanfänger: Jahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen: Prüfungsjahr.

Ein Drittel aller Studierenden belegt MINT-Fächer

In der amtlichen Statistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften. Im Wintersemester 2010/11 absolvierten in Rheinland-Pfalz 37 842 Personen und damit etwa ein Drittel aller Studierenden ein Studium in einem der MINT-Fächer.

Zu den beliebtesten naturwissenschaftlich-technischen Studienbereichen zählten Informatik, Maschinebau/Verfahrenstechnik und Mathematik.

Studentinnen im MINT-Bereich unterrepräsentiert

Frauen entschieden sich relativ selten für ein MINT-Fach. Lediglich 22,5 Prozent der Studentinnen des Wintersemesters 2010/11 waren in einem entsprechenden Studiengang eingeschrieben. Bei den Männern lag dieser Anteil mit 45 Prozent doppelt so hoch. Insgesamt stellten die Frauen in den MINT-Fächern etwa ein Drittel der Studierendenschaft (34 Prozent). Ihr Anteil variierte in den verschiedenen MINT-Studienbereichen allerdings erheblich. Relativ hoch war er in den klassischen Lehramtsfächern Biologie, Mathematik und Geografie, in den Fächern Architektur/Innenarchitektur und Raumplanung sowie im pharmazeutischen Bereich. In den eher technischen Fächern Elektrotechnik, Maschinenbau oder Informatik waren die Männer dagegen weitgehend unter sich.

Mit zahlreichen Initiativen versuchen deshalb Akteure in Politik und Wirtschaft den Anteil der Studierenden in MINT-Fächern zu erhöhen und insbesondere mehr Frauen für ein Studium in diesem Bereich zu gewinnen. Ein Beispiel hierfür ist der 2008 im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung verabschiedete „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen". Ziel dieses Paktes zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ist es, eine Veränderung des

T 5 Studierende in MINT-Fächern im Wintersemester 2010/11 nach Studienbereichen und Geschlecht

Studienbereich	Insgesamt	Frauen		Männer	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Informatik	6 162	1 000	16,2	5 162	83,8
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	5 424	823	15,2	4 601	84,8
Mathematik	3 934	2 044	52,0	1 890	48,0
Biologie	3 435	2 183	63,6	1 252	36,4
Geografie	2 517	1 291	51,3	1 226	48,7
Chemie	2 308	1 049	45,5	1 259	54,5
Architektur, Innenarchitektur	2 245	1 397	62,2	848	37,8
Elektrotechnik	2 079	161	7,7	1 918	92,3
Bauingenieurwesen	1 919	398	20,7	1 521	79,3
Ingenieurwesen allgemein	1 744	349	20,0	1 395	80,0
Physik, Astronomie	1 563	344	22,0	1 219	78,0
Raumplanung	1 418	667	47,0	751	53,0
Wirtschaftsingenieurwesen[1]	1 040	179	17,2	861	82,8
Geowissenschaften	711	309	43,5	402	56,5
Mathematik, Naturwissenschaften allgemein	545	299	54,9	246	45,1
Pharmazie	538	382	71,0	156	29,0
Vermessungswesen	189	37	19,6	152	80,4
Verkehrstechnik, Nautik	71	1	1,4	70	98,6
Insgesamt	37 842	12 913	34,1	24 929	65,9

1 Mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt.

Bildes der MINT-Berufe in der Gesellschaft zu erreichen und hierdurch die Zahl der „MINT-Studentinnen" zu erhöhen und zudem mehr Hochschulabsolventinnen für eine Karriere in der Wirtschaft zu gewinnen.

Nur jede sechste Professur von einer Frau besetzt

53 Prozent aller Absolventinnen und Absolventen sind Frauen

Der Frauenanteil an den Hochschulen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Mittlerweile stellen die Frauen innerhalb der Studierendenschaft (51 Prozent), bei den Studienanfängerinnen und -anfängern (53 Prozent) und auch bei den Absolventinnen und Absolventen (53 Prozent) die Mehrheit.

Trotz ihrer starken Präsenz unter den Studierenden gilt für die akademische Laufbahn noch immer: Je höher die „Statusgruppe", desto geringer der Anteil der Frauen.

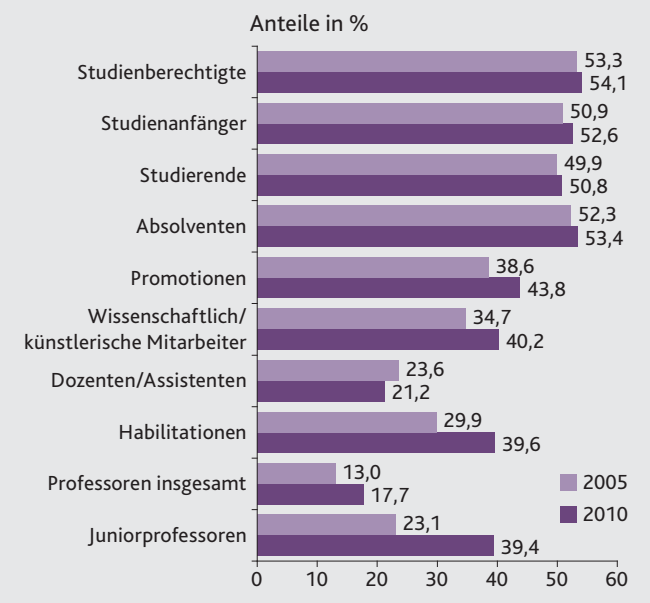
Relativ ausgeglichen ist die Geschlechterrelation bei den erfolgreich abgeschlossenen Promotionen – dem Ausgangspunkt einer Hochschulkarriere. Hier wuchs der Frauenanteil in den vergangenen fünf Jahren um 5,2 Prozentpunkte auf 44 Prozent. Insgesamt schlossen im vergangenen Prüfungsjahr 400 Frauen und 513 Männer ein Promotionsverfahren erfolgreich ab.

2010 wurden 19 von 48 Habilitationen von Frauen abgelegt

Bei den Habilitationen schwankte die Gesamtzahl wie auch der Frauenanteil in den vergangenen Jahren recht stark. Im Jahr 2010 wurden 19 der insgesamt 48 Habilitationen von Frauen abgeschlossen. Fünf Jahre zuvor waren es 20 von insgesamt 67.

Unter den wissenschaftlich/künstlerisch Beschäftigten an den Hochschulen konnten die Frauen in den vergangenen Jahren merklich aufholen. Weiterhin gering ist der Frauenanteil allerdings in der Professorenschaft. Lediglich jede sechste Professur wird derzeit von einer Frau besetzt.

G 3 Frauen an Hochschulen 2005 und 2010



Die Gründe hierfür sind vielfältig. So sind beispielsweise starre Altersfristen und die häufig zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich insbesondere für Frauen in der Familiengründungsphase wenig attraktiv. In seinen 2007 veröffentlichten „Empfehlungen zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern" verweist der Wissenschaftsrat zudem auf die informellen Rekrutierungs- und Förderpraktiken im Hochschulbetrieb, die sich für Frauen eher nachteilig auswirken.[5]

39 Prozent aller Juniorprofessuren von Frauen besetzt

Als faktisches Gleichstellungsinstrument erwies sich die 2002 eingeführte sogenannte Juniorprofessur. Diese eröffnete jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen Weg zur Professur, ohne hierfür eine Habilitation vorauszusetzen. Im Jahr 2010 waren 39 Prozent der Juniorprofessuren mit

5 Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Berlin 2007.

G 4 Beliebteste Studienfächer im Wintersemester 2010/11 nach Geschlecht

1 Mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt.

Frauen besetzt. Dieser Anteil ist mehr als doppelt so hoch, wie der in der gesamten Professorenschaft.

Zurzeit vollzieht sich an den Hochschulen ein Generationenwechsel – gut die Hälfte der Professorinnen und Professoren wird in den nächsten zehn Jahren das Ruhestandsalter erreichen. Durch diesen Generationenwechsel kann sich der Frauenanteil in wissenschaftlichen Spitzenpositionen erhöhen.

Um gleichwertige Berufschancen von Akademikerinnen und Akademikern innerhalb und außerhalb der Hochschule zu erreichen, muss jedoch früher angesetzt werden. So sollte bereits in der Schule insbesondere auch das Interesse der Schülerinnen für die naturwissenschaftlich-technischen Fächer geweckt werden. Denn deutliche Geschlechterunterschiede zeigen sich schon bei der Studienfachwahl. Während Studentinnen vorwiegend sprachwissenschaftliche und pädagogische Studiengänge belegen, wählen ihre männlichen Kommilitonen eher technische Fächer wie Maschinenbau oder Informatik. Diese Fächer bieten häufig bessere Beschäftigungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten sowie ein attraktiveres Gehalt.

Fast 55 Prozent aller Studierenden sind keine „Landeskinder"

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind auch für Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer attraktiv. Im Wintersemester 2010/11 waren 55 Prozent aller Studierenden keine „Landeskinder". Unter den „Zugewanderten" stellten neben den Studierenden aus dem Ausland (7,3 Prozent) die Studierenden, die ihre Hochschulreife in Hessen (13 Prozent), Nordrhein-Westfalen (neun Prozent) und Baden-Württemberg (8,5 Prozent) erlangt hatten, die größten Anteile.

T 6 **Studierende im Wintersemester 2010/11 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)[1] und dem Land des Studienortes**

Land	Aus Rheinland-Pfalz studieren in ...		In Rheinland-Pfalz studieren aus ...		Wanderungs-überschuss (+)/ -defizit (-)
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Innerhalb des Bundesgebietes	97 351	100	104 859	92,7	7 508
Baden-Württemberg	12 708	13,1	9 667	8,5	-3 041
Bayern	2 695	2,8	2 780	2,5	85
Berlin	1 729	1,8	907	0,8	-822
Brandenburg	310	0,3	585	0,5	275
Bremen	216	0,2	209	0,2	-7
Hamburg	1 012	1,0	471	0,4	-541
Hessen	9 375	9,6	14 625	12,9	5 250
Mecklenburg-Vorpommern	292	0,3	409	0,4	117
Niedersachsen	1 126	1,2	2 508	2,2	1 382
Nordrhein-Westfalen	12 278	12,6	10 158	9,0	-2 120
Rheinland-Pfalz	51 327	52,7	51 327	45,4	-
Saarland	2 496	2,6	8 266	7,3	5 770
Sachsen	716	0,7	879	0,8	163
Sachsen-Anhalt	290	0,3	559	0,5	269
Schleswig-Holstein	351	0,4	696	0,6	345
Thüringen	430	0,4	813	0,7	383
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben[2]	-	-	8 210	7,3	.
Insgesamt	97 351	100	113 069	100	.

1 Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 2 Angaben zu deutschen Studierenden im Ausland werden nicht erfasst.

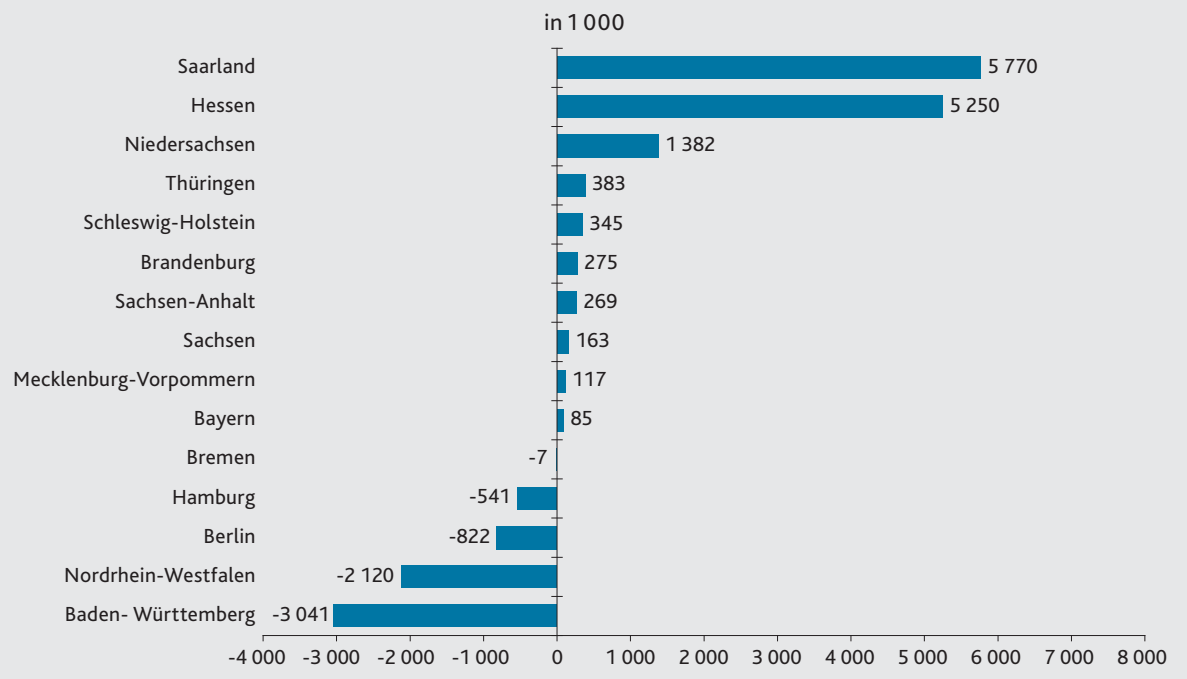
Bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die ihr Studium in einem anderen Bundesland aufnahmen, waren die Hochschulen in Baden-Württemberg am beliebtesten. Hier studierten gut 13 Prozent der Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz. Ebenfalls viele Studienberechtigte hatten sich für Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (knapp 13 Prozent) und Hessen (9,6 Prozent) entschieden. Nicht berücksichtigt sind Wanderungen ins Ausland, da diese von der Hochschulstatistik nicht erfasst werden.

Wanderungssaldo: +7 508 Studierende

Aus der Gegenüberstellung der aus dem Bundesgebiet nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Studierenden und den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die zum Studium in andere Bundesländer abgewandert sind, ergibt sich der rheinland-pfälzische Wanderungssaldo. Dieser lag im Wintersemester 2010/11 bei +7 508 Studierenden. Das heißt, dass die Zahl derer, die aus anderen Bundesländern zum Studium nach Rheinland-Pfalz kommen, deutlich höher ist, als die Zahl derjenigen, die für das Studium in ein anderes Bundesland wechseln.

Im Wintersemester 2010/11 verzeichnete Rheinland-Pfalz nach Nordrhein-Westfalen (+16 198) und Hessen (+7 523) die höchsten Zuwanderungsgewinne unter allen Flächenländern. Diese Bilanz kann als Zeichen der Attraktivität des Hochschulstandortes Rheinland-Pfalz in Deutschland interpretiert werden. Sie ist aber sicherlich durch die bundesweit unterschiedliche Praxis bei der Erhebung von Studiengebühren beeinflusst. So forderten beispielsweise die rheinland-pfälzischen Nachbarländer Baden-Württemberg

G 5 Rheinland-pfälzischer Studierenden-Wanderungssaldo mit anderen Bundesländern im Wintersemester 2010/11



und Nordrhein-Westfalen im Wintersemester 2010/11 Studiengebühren, die bis zu 500 Euro pro Semester betragen können. In Rheinland-Pfalz ist das Erststudium dagegen gebührenfrei.

Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer in Rheinland-Pfalz bei 7,6 Prozent

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erlangt und gegebenenfalls an einem deutschen Studienkolleg ergänzt haben, werden als „Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer" bezeichnet. Ihr Anteil gibt einen Hinweis auf die Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen für Studierende aus dem Ausland. Der Anteil der „Bildungsausländerinnen und -ausländer" lag im Wintersemester 2010/11 bei 7,6 Prozent und damit 1,2 Prozentpunkte unter dem Wert des Wintersemesters 2005/06. Im Gegensatz zu früheren Jahren gab es bezüglich der Anteilswerte kaum einen Unterschied zwischen Fachhochschulen und Universitäten.

Chinesinnen und Chinesen stellten größte Gruppe

Unter den „Bildungsausländerinnen und -ausländern" stellten im Wintersemester 2010/11 die Studierenden mit chinesischer Staatsangehörigkeit die größte Gruppe (801), gefolgt von Studentinnen und Studenten aus Luxemburg (797) und Kamerun (571).

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erlangt haben, werden als „Bildungsinländer" bezeichnet. Bei ihnen handelt es sich häufig um Angehörige der zweiten und dritten Generation von Zuwandererfamilien, die in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts als „Gastarbeiter" nach Deutschland kamen.

T 7 Bildungsinländer und -ausländer in den Wintersemestern 2000/01–2010/11

Winter-semester	Bildungsausländer				Bildungsinländer			
	ins-gesamt	Anteil an allen Studie-renden	Anteil an … Univer-sitäten[1]	Anteil an … Fachhoch-schulen	ins-gesamt	Anteil an allen Studie-renden	Anteil an … Univer-sitäten[1]	Anteil an … Fachhoch-schulen
	Anzahl	%			Anzahl	%		
2000/01	6 138	7,5	8,8	4,5	2 432	3,0	2,8	3,4
2001/02	6 930	8,1	9,5	4,9	2 520	2,9	2,8	3,2
2002/03	7 758	8,5	10,1	5,1	2 589	2,8	2,7	3,2
2003/04	8 454	8,8	10,2	5,8	2 671	2,8	2,6	3,1
2004/05	8 816	8,9	10,1	6,3	2 714	2,7	2,6	3,0
2005/06	8 972	8,8	9,6	7,1	2 712	2,7	2,6	2,9
2006/07	9 154	8,9	9,5	7,5	2 748	2,7	2,5	3,0
2007/08	9 373	8,9	9,1	8,5	2 837	2,7	2,5	3,1
2008/09	9 417	8,8	8,8	8,8	2 865	2,7	2,5	3,1
2009/10	8 939	8,2	8,1	8,3	3 037	2,8	2,6	3,2
2010/11	8 554	7,6	7,5	7,7	3 123	2,8	2,5	3,2

1 Einschließlich sonstiger wissenschaftlicher und theologischer Hochschulen.

Unter den „Bildungsinländern" waren im Wintersemester 2010/11 daher vor allem Personen mit türkischer (793), italienischer (295) und kroatischer (172) Staatsangehörigkeit stark vertreten.

Der Anteil der „Bildungsinländer" an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz lag im Wintersemester 2010/11 bei 2,8 Prozent und damit leicht über dem Wert des Wintersemesters 2005/06 (2,7 Prozent).

Mehr Beschäftigte an Hochschulen des Landes

Die Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz sowie die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz beschäftigten im Jahr 2010 insgesamt 23 158 Personen und damit 3 307 mehr als im Jahr 2005. Von den Beschäftigten waren 12 165 dem wissenschaftlich/künstlerischen und 10 993 dem Verwaltungspersonal zugeordnet.

Seit 2005 verzeichnen die Hochschulen einen deutlichen Zuwachs des wissenschaftlich/künstlerischen Personals (+27 Prozent). Dieser fiel allerdings in den einzelnen Personalgruppen sehr unterschiedlich aus. So wuchs die Zahl der Professorinnen und Professoren (+13 Prozent), die der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (+28 Prozent) sowie die der Lehrkräfte für besondere Aufgaben (+86 Prozent). Deutlich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Assistentinnen und Assistenten sowie Dozentinnen und Dozenten (–86 Prozent). Die generelle Zunahme der Beschäftigtenzahlen ist nicht zuletzt auf die seit Jahren wachsende Teilzeitquote zurückzuführen.

27 Prozent mehr wissenschaftlich/künstlerisches Personal

T 8 Bildungsausländer im Wintersemester 2010/11 nach Herkunftsland

Land der Staatsangehörigkeit	Anzahl
China	801
Luxemburg	797
Kamerun	571
Marokko	519
Russische Föderation	459
Ukraine	424
Polen	363
Bulgarien	346
Türkei	204
Frankreich	194
Übrige	3 876
Insgesamt	8 554

T 9 Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 2005 und 2010

Beschäftigte	2005				2010				Veränderung VZÄ[1] 2010 gegenüber 2005 in %
	insgesamt	Teilzeit		VZÄ[1]	insgesamt	Teilzeit		VZÄ[1]	
		Anzahl	%			Anzahl	%		
Hauptberufliches Personal	6 600	2 044	31,0	5 578	8 236	3 142	38,1	6 665	19,5
Professor(inn)en	1 706	69	4,0	1 672	1 921	134	7,0	1 854	10,9
Dozent(inn)en und Assistent(inn)en	229	27	11,8	216	33	11	33,3	28	-87,0
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen	4 149	1 762	42,5	3 268	5 320	2 457	46,2	4 092	25,2
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	516	186	36,0	423	962	540	56,1	692	63,6
Nebenberufliches Personal	3 009	3 009	100	602	3 929	3 929	100	786	30,6
Gastprofessor(inn)en, Emeriti	13	13	100	3	54	54	100	11	266,7
Lehrbeauftragte	2 621	2 621	100	524	2 971	2 971	100	594	13,4
wissenschaftliche Hilfskräfte (ohne studentische Hilfskräfte)	375	375	100	75	904	904	100	181	141,3
Insgesamt	9 609	5 053	52,6	6 180	12 165	7 071	58,1	7 451	20,6

1 VZÄ (Vollzeitäquivalente): Bei der Berechnung wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte Personal mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

Diese ist in den vergangenen fünf Jahren um 5,5 Prozentpunkte auf nunmehr 58 Prozent gestiegen.

Um die Personalkapazitäten der Hochschulen trotz dieser „Teilzeiteffekte" vergleichen zu können, lassen sich sogenannte Vollzeitäquivalente berechnen. Hierfür wird das Personal in fiktive Vollzeitkräfte umgerechnet.

Für das wissenschaftlich/künstlerische Personal ergibt sich nach dieser Berechnung eine Personalkapazität von 7 451 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2010. Gegenüber dem Jahr 2005 war ein Anstieg von 21 Prozent zu verzeichnen. Zudem zeigt sich, dass die Personalkapazitäten der Professorinnen und Professoren, der wissenschaftlich/künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Lehrkräfte für besondere Aufgaben aufgestockt wurden.

Der gegenüber dem Jahr 2005 deutliche Rückgang der in Vollzeitäquivalente umgerechneten Zahl an Assistentinnen und Assistenten sowie Dozentinnen und Dozenten (–87 Prozent) ist Folge des 2003 in Kraft getretenen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes. Entsprechend dieser Regelung ist die Neubegründung von Dozenten- und Assistentendienstverhältnissen nicht mehr zulässig.

Eine Lehrkraft betreut 18 Studierende

Um das Verhältnis des Lehrpersonals zur Studierendenentwicklung abzubilden, lassen sich verschiedene Betreuungsrelationen (siehe Textkasten) errechnen. Rein rechnerisch betreute im Jahr 2010 eine Lehrkraft 18 Studierende.[6] Auf eine Professorin bzw. auf einen Professor kamen im Schnitt 61 Studierende. Im Vergleich zum Jahr 2005 hat sich damit das Verhältnis von Studierenden pro Lehrkraft leicht verbessert (–1,1), die Relation von Studierenden je Professorin bzw. Professor jedoch etwas verschlechtert (+0,5). Deutliche Unterschiede finden sich zwischen den Hochschularten. So entfielen im Jahr 2010 an den wissenschaftlichen Hochschulen wesentlich mehr Studierende (74) auf eine Professorin bzw. einen Professor als an den Fachhochschulen (43). Hier spie-

6 Ohne Drittmittelfinanzierung und ohne Verwaltungsfachhochschulen.

T 10 Betreuungsrelationen 2010 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt[1]		Wissenschaftliche Hochschulen		Fachhochschulen[1]	
	Studierende[2] je					
	Lehrperson[3]	Professor	Lehrperson[3]	Professor	Lehrperson[3]	Professor
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	16,0	19,8	-	-	16,0	19,8
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	3,6	50,7	3,1	46,2	57,1	116,9
Ingenieurwissenschaften	23,3	43,9	19,4	66,0	25,3	39,0
Kunst, Kunstwissenschaft	15,2	34,7	14,7	42,9	16,0	26,3
Mathematik, Naturwissenschaften	19,4	55,7	17,9	58,6	29,8	46,4
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	28,2	66,8	29,1	95,8	27,1	48,2
Sport	37,0	147,4	37,0	147,4	-	-
Sprach- und Kulturwissenschaften	26,8	89,8	26,8	90,1	29,4	62,7
Insgesamt (einschließlich zentrale Einrichtungen)	18,0	60,6	16,0	74,2	25,4	42,6

1 Ohne Verwaltungsfachhochschulen. – 2 Studierende im Wintersemester 2010/11. – 3 Wissenschaftliches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal) nach der organisatorischen Zugehörigkeit.

gelt sich unter anderem die unterschiedliche Ausrichtung der Universitäten und der Fachhochschulen wider. Letztere beschäftigen aufgrund des geringeren Forschungsanteils üblicherweise weniger sonstiges wissenschaftlich/künstlerisches Personal. Fachhochschulprofessorinnen und -professoren unterrichten zudem etwa doppelt so viele Stunden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an wissenschaftlichen Hochschulen.

Auch zwischen den Fächergruppen gibt es große Unterschiede der Betreuungsrelationen. So gehört beispielsweise der Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit 3,6 Studierenden pro Lehrkraft zu den betreuungsintensivsten. In der Fächergruppe Sport werden dagegen durchschnittlich 37 Studierende von einer Lehrperson betreut.

Hochschulen geben rund 1,5 Milliarden Euro aus

Im Jahr 2009 gaben die rheinland-pfälzischen Hochschulen rund 1,5 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung (Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz) aus, das waren 35 Prozent mehr als im Jahr 2004. Die Ausgaben der Hochschulen werden im Wesentlichen aus drei Quellen bestritten und zwar aus Grundmitteln, aus Verwaltungseinnahmen und aus Drittmitteln.

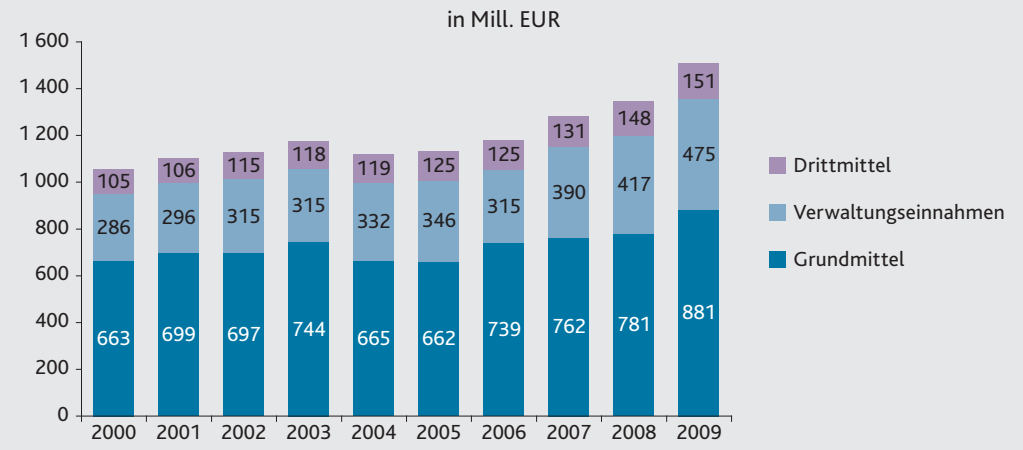
Hierbei stellen die Grundmittel, also jene Mittel, die den Hochschulen vom Hochschulträger zur Verfügung gestellt werden, im Jahr 2009 mit 58,5 Prozent den größten Anteil (881 Millionen Euro).

Die Verwaltungseinnahmen beliefen sich auf 475 Millionen Euro (Anteil 31,5 Prozent). Ein großer Teil dieser Einnahmen wurde, wie auch in den Vorjahren, an den medizinischen Einrichtungen der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz erzielt.

Deutsche Forschungsgemeinschaft wichtigster Drittmittelgeber

Zudem konnten die Hochschulen 151 Millionen Euro an Drittmitteleinnahmen einwerben (Anteil zehn Prozent). Die wichtigsten Drittmittelgeber waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft (43,4 Millionen Euro), die gewerbliche Wirtschaft (36,2 Millionen Euro) und der Bund (28,3 Millionen Euro).

G 6 Einnahmen der Hochschulen 2000–2009 nach Einnahmearten

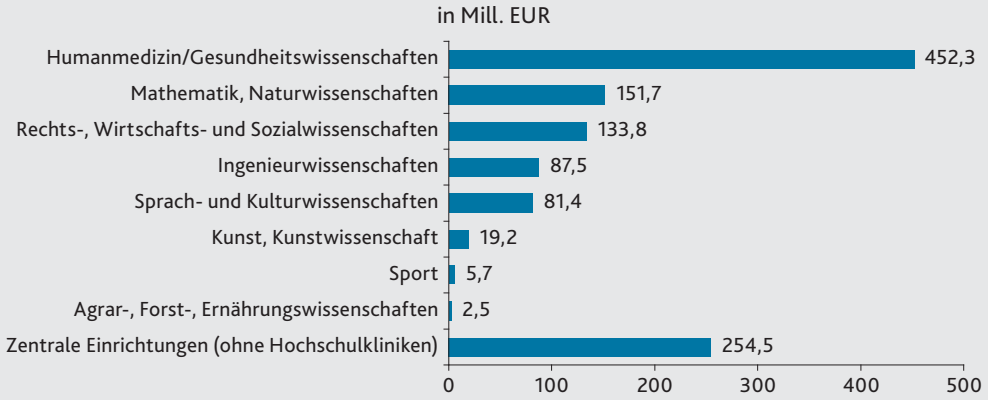


Anteil der Grundmittel rückläufig

Die Struktur der Hochschulfinanzierung hat sich in den vergangenen fünf Jahren nur leicht verändert. So sind ein Wachstum des Anteils der Verwaltungseinnahmen und ein leichter Rückgang des Grundmittelanteils zu beobachten, der Anteil der Drittmittel blieb nahezu unverändert.

Zurzeit erweitern die Exzellenzinitiative und der Hochschulpakt 2020 den finanziellen Rahmen der Hochschulen. Daneben sorgt die Einführung von Globalhaushalten für eine größere Flexibilität des Mitteleinsatzes. Die Vergabe von Forschungsmitteln im Wettbewerb ermöglicht zudem die Einwerbung zusätzlicher Gelder. Die Folge könnte in den nächsten Jahren ein Rückgang des Anteils der Grundfinanzierung sowie eine Zunahme der Drittmittelquote und des Anteils der Verwaltungseinnahmen sein. Bezüglich der eingeworbenen Drittmittel besteht in Rheinland-Pfalz durchaus noch Nachholbedarf. So wurden im Jahr 2009 von den Hochschulen 88 260 Euro je Professor (ohne Drittmittelpersonal) eingeworben. Das war der geringste Wert in Deutschland (141 870 Euro je Professor).

G 7 Laufende Ausgaben der staatlichen Hochschulen nach Fächergruppen 2009



Nachrichtlich: Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken (nur Humanmedizin): 160,6 Mill. EUR, nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben (ohne Hochschulkliniken): 42,8 Mill. EUR.

Großteil des Geldes fließt in medizinische Einrichtungen

Nach Fächergruppen differenziert floss an den staatlichen Hochschulen das meiste Geld (laufende Ausgaben) in die medizinischen Einrichtungen. Insgesamt 452,3 Millionen Euro gingen im Jahr 2009 in diesen Bereich. Mit weitem Abstand folgten die Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften (151,7 Millionen Euro) sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (133,8 Millionen Euro).

Der Mitteleinsatz je Studierendem ist im Jahr 2009 im Vergleich zu 2004 trotz der deutlichen Zunahme der Studierendenzahlen gestiegen. Die laufenden Grundmittel für Lehre und Forschung je Hochschulstudierenden an staatlichen und privaten Hochschulen lagen 2009 bei 7 210 Euro und damit um gut ein Viertel höher als fünf Jahre zuvor (+1 490 Euro). Im Bundesvergleich konnte das Land damit seine Position wesentlich verbessern.

T 11 Hochschulen 2010[1]

Hochschule	Studienanfänger 1. Hochschulsemester		Studierende		Absolventen		Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	
	Anzahl	Vorjahresvergleich in %	Anzahl	Vorjahresvergleich in %	Anzahl	Vorjahresvergleich in %	Anzahl	Vorjahresvergleich in %
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	6 268	20,6	35 596	4,0	4 295	3,4	3 111	13,7
Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz	-	-	-	-	-	-	1 748	2,1
Technische Universität Kaiserslautern	2 093	-5,0	12 415	3,6	1 544	6,0	1 528	14,7
Universität Trier	2 869	11,4	14 612	2,7	1 484	11,1	1 392	8,4
Universität Koblenz-Landau	2 268	-10,5	12 915	3,4	2 073	9,5	1 036	0,1
Theologische Fakultät Trier	73	40,4	429	2,4	7	-61,1	34	0,0
Phil.-Theol. Hochschule Vallendar	8	-11,1	218	0,5	16	-60,0	41	36,7
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer	14	100	377	14,6	37	-27,5	149	-6,9
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, Vallendar	191	2,1	648	5,7	249	33,2	216	-5,3
Fachhochschule Bingen	557	0,9	2 411	-1,2	410	26,9	141	5,2
Fachhochschule Kaiserslautern	1 169	7,1	5 545	2,6	812	0,6	446	10,1
Fachhochschule Koblenz	1 624	4,3	6 962	4,1	1 223	7,8	529	11,4
Fachhochschule Ludwigshafen	942	1,3	4 172	3,9	765	-8,1	309	2,7
Fachhochschule Mainz	967	7,8	4 211	0,0	938	-1,5	405	26,6
Fachhochschule Trier	1 539	-0,8	6 446	1,8	839	-30,9	544	15,5
Fachhochschule Worms	628	7,2	2 758	0,7	485	-3,0	194	2,6
Katholische Fachhochschule, Mainz	238	5,8	1 007	4,8	175	2,9	110	0,9
Fachhochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	106	19,1	286	21,2	63	-10,0	73	7,4
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	464	3,3	1 588	6,1	440	2,8	126	4,1
Fachhochschule für Finanzen, Edenkoben	143	-4,7	473	1,3	129	12,2	33	10,0
Sonstige deutsche Hochschule[2]	-	-	-	-	52	-43,5	-	-
Hochschule im Ausland[2]	-	-	-	-	15	-34,8	-	-
Insgesamt	22 161	6,3	113 069	3,3	16 051	1,6	12 165	8,9

1 Studienanfänger: Kalenderjahr 2010; Studierende: Wintersemester 2010/11; Absolventen: Prüfungsjahr 2010; Personal: Wintersemester 2010/11. – 2 In der Prüfungsstatistik wird die Hochschule der Letztimmatrikulation erhoben.

Waren die laufenden Grundmittel je Studierenden in Rheinland-Pfalz im Jahr 2008 noch die zweitniedrigsten in ganz Deutschland, so entsprachen sie 2009 – nur ein Jahr später – dem Bundesdurchschnitt (7 210 Euro). In neun Ländern wurden weniger Mittel je Studierenden bereitgestellt als in Rheinland-Pfalz, in sechs Ländern waren es mehr. Die Spanne reichte von 4 930 Euro im Saarland bis zu 9 810 Euro in Niedersachsen.

Durch die Verknüpfung der Angaben zu den laufenden Grundmitteln je Studierenden mit jenen zur durchschnittlichen Fachstudiendauer lassen sich die laufenden Grundmittel für ein Studium berechnen. Diese variieren in Abhängigkeit von der Hochschulart, der Fächergruppe aber auch von den Abschlussarten.

So fallen an einer Universität in Rheinland-Pfalz für ein Bachelorstudium, das durchschnittlich in 3,3 Jahren absolviert wird, laufende Grundmittel in Höhe von 26 500 Euro an. Für ein Masterstudium (2,4 Jahre) sind es 19 400 Euro und für ein klassisches Universitätsstudium (Magister oder Diplom), das durchschnittlich nach 5,9 Jahren abgeschlossen wird, 47 300 Euro.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften, leitet das Referat Bildung.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Index wieder leicht erholt

Geschäftsklima steigt nach vier Rückgängen in Folge wieder an

Die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft hat sich im November wieder etwas aufgehellt. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg nach vier Rückgängen in Folge leicht von 106,4 auf 106,6 Punkte. Diese Verbesserung war von den meisten Konjunkturexperten nicht erwartet worden, da Umfragen und weitere Indikatoren eher auf eine Fortsetzung der Abwärtsbewegung schließen ließen. Im ifo Institut wurde dagegen die Einschätzung vertreten, dass sich die Schuldenkrise noch nicht auf die Realwirtschaft auswirkt, sondern in erster Linie den Finanzsektor trifft.

Geschäftslage unverändert positiv – Erwartungen nicht mehr so schlecht wie im Vormonat

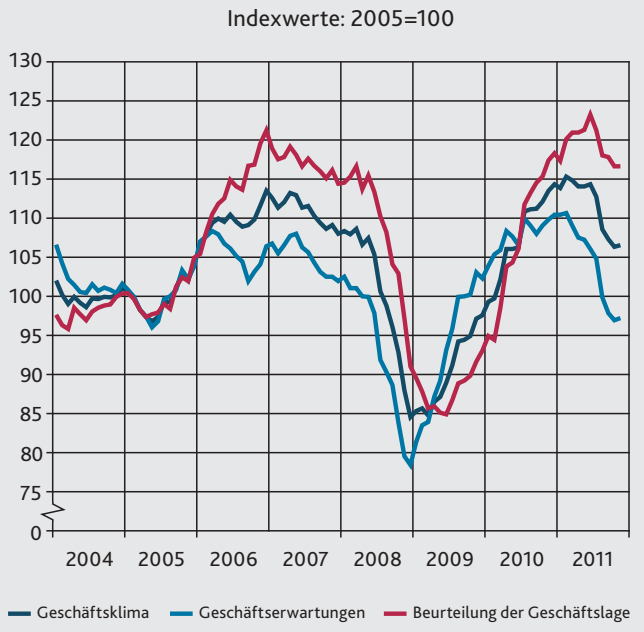
Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage fällt in den Unternehmen weiterhin positiv aus. Der Lageindex blieb gegenüber dem Vormonat unverändert bei 116,7 Punkten. Die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate wurden im November etwas weniger skeptisch gesehen als im Oktober. Der Erwartungsindex verbesserte sich leicht von 97 auf 97,3 Punkte.

Verbesserung des Geschäftsklimas im Bauhauptgewerbe und im Großhandel

In den vier Bereichen der gewerblichen Wirtschaft hat sich die Stimmungslage im November unterschiedlich entwickelt. Im verarbeitenden Gewerbe und im Einzelhandel gab das Geschäftsklima leicht nach. Dagegen kam es im Bauhauptgewerbe und im Großhandel nach den Rückgängen der vergangenen Monate wieder zu einer Klimaverbesserung. Zu dieser Einschätzung trugen insbesondere die positiveren Erwartungen an die künftige Entwicklung bei.

Stand: November 2011

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft[1]



1 Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).
Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Produktion im verarbeitenden Gewerbe zieht an

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: +5,4 Prozent

Für Rheinland-Pfalz weist der „geglättete" Produktionsindex im August 2011 für das verarbeitende Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg des Güterausstoßes um 5,4 Prozent aus.

Im Fahrzeug- und Maschinenbau zieht die Produktion kräftig an

Zwei der drei umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen hatten im August 2011 eine deutlich höhere Produktion als ein Jahr zuvor. Allerdings war in der chemischen Industrie (Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen"; Anteil am Umsatz des verarbeitenden

Gewerbes 2010: 33 Prozent) ein leichter Rückgang des Güterausstoßes um 0,7 Prozent zu verzeichnen. Dagegen verbuchte der Fahrzeugbau (Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen"; Anteil 2010: zwölf Prozent) mit einem Plus von 17 Prozent wiederum den kräftigsten Zuwachs. Auch im Maschinenbau (Umsatzanteil 2010: acht Prozent) ergab sich ein deutlicher Anstieg um 15 Prozent.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nur noch leicht im Plus

Die Entwicklung der Auftragseingänge deutet allerdings darauf hin, dass sich die rheinland-pfälzische Industriekonjunktur in den kommenden Monaten abschwächen könnte.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes steigen nur noch um 0,3 Prozent

Die Auftragseingänge haben sich im August 2011 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,3 Prozent verbessert. Bereits im Juli hatte es ebenfalls nur ein leichtes Plus von 0,4 Prozent gegeben. Im Mai und Juni hatte der Anstieg noch 3,4 bzw. drei Prozent betragen; davor lagen die Zuwachsraten seit Dezember 2009 sogar im zweistelligen Bereich. Sowohl die Bestellungen aus dem Inland (+0,4 Prozent) als auch die aus dem Ausland (+0,3 Prozent) verbesserten sich im August 2011 nur geringfügig.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie sinken um elf Prozent

In der chemischen Industrie hat sich im August die Auftragslage im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent verschlechtert. Die Nachfrage aus dem Inland (–14 Prozent) gab dabei stärker nach als das Auslandsgeschäft (–9,4 Prozent).

Der Fahrzeugbau verbuchte dagegen wiederum ein Auftragsplus von 3,4 Prozent. Trotzdem war die Steigerung im August niedriger als in den vorangegangenen 22 Monaten.

Fahrzeugbau: Zuwächse schwächen sich weiter ab

Im Juli schwächte sich das Plus bereits auf vier Prozent ab. Davor hatten die Zuwächse von Oktober 2009 bis Juni 2011 in einem Bereich von 8,4 bis 75 Prozent gelegen. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich schwächer als in den Vormonaten (+1,9 Prozent). Nachdem im Juli der Zuwachs bei den Inlandsbestellungen erstmals seit Dezember 2009 über dem der Auslandsaufträge gelegen hatte, kehrte sich die Entwicklung im August wieder um. Die Auslandsnachfrage zog um +4,7 Prozent an.

Weiterhin Auftragszuwachs im Maschinenbau

Im Maschinenbau übertrafen die Bestellungen im August den Vorjahreswert um 7,3 Prozent. Damit war der Zuwachs wieder etwas höher als im Juli, blieb aber klar hinter den starken Verbesserungen seit Dezember 2009 zurück. Die heimische Nachfrage verbesserte sich gegenüber August 2010 um 6,8 Prozent. Bei der Auslandsnachfrage wurde mit +7,6 Prozent ein etwas höherer Anstieg registriert.

Leichter Anstieg der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um 2,8 Prozent

Im Bauhauptgewerbe sind die geglätteten Auftragseingänge im August 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,8 Prozent gestiegen. Im Juli war es zu einer Verbesserung um 2,6 Prozent gekommen. Davor hatte es von Januar bis Juni Zuwächse zwischen 6,2 und 15 Prozent gegeben.

Im Tiefbau waren die Auftragseingänge von April 2010 bis April 2011 tendenziell gesunken. Nachdem es von Mai bis Juli drei Mal in Folge steigende Auftragseingänge in einem Bereich von 1,5 bis 4,9 Prozent gegeben hatte, kam es im August zu einem erneuten Rückgang um fünf Prozent. Im Hochbau

hatte es dagegen – mit Ausnahme eines Rückgangs im Dezember – bereits seit April 2010 steigende Auftragszahlen gegeben. Im August 2011 verbuchte dieser Teilbereich mit +14,1 Prozent wieder einen höheren Anstieg als zuletzt (Juli 2011: +4,1 Prozent). Von Januar bis April hatte das Plus sogar zwischen 23 und 42 Prozent betragen. Gerade im Bauhauptgewerbe ist aber zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um elf Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im August 2011 um elf Prozent gestiegen, nach einem Plus von 15 bzw. 10 Prozent im Juni und Juli. Davor war es allerdings von Dezember 2010 bis Mai 2011 zu noch deutlich stärkeren Zuwächsen gekommen (zwischen +31 und +73 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel weiter im Plus

Die geglätteten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im August 2011 einen realen Anstieg um 1,4 Prozent auf. Damit werden im Vorjahresvergleich bereits seit Juni 2010 Umsatzsteigerungen festgestellt.

Umsatzsteigerung im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel haben sich die Umsätze im August preisbereinigt um 1,5 Prozent verbessert. Im Juli war noch ein Rückgang um 2,8 Prozent festgestellt worden. Davor hatte es seit Oktober 2010 Umsatzzuwächse gegeben.

Kräftig steigende Umsätze im Großhandel

Der Großhandel verzeichnete im August 2011 einen Anstieg der realen Umsätze um 5,9 Prozent. Die Großhandelsumsätze haben sich damit seit März 2010 in einem Bereich von 1,2 bis 7,1 Prozent verbessert.

Erläuterungen

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge sowie die Handelsumsätze können von Monat zu Monat stark schwanken. Deshalb wird zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung der **gleitende Drei-Monats-Durchschnitt** herangezogen. In den gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt für **August 2011** sind die Originalwerte der Berichtsmonate Juli bis September 2011 eingeflossen.

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** des Berichtsmonats **November 2011** herangezogen.

Umsätze im Gastgewerbe deutlich verbessert

Im Gastgewerbe stiegen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im August 2011 gegenüber dem Vorjahreswert um 4,7 Prozent. Davor hatte es bereits seit Oktober 2010 Verbesserungen zwischen 0,8 und 8 Prozent gegeben.

Jahresteuerungsrate im November bei 2,6 Prozent

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex hat sich im November 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,6 Prozent erhöht. Damit blieb die Jahresteuerungsrate – wie schon im Oktober – auf dem höchsten Wert seit September 2008 und übertraf zum zehnten Mal in Folge die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Im September 2011 hatte die Erhöhung bei 2,5 Prozent gelegen. Zu der Verteuerung im November trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe bei (+27 bzw. +11 Prozent). Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel" wies dagegen nur einen Anstieg von 1,7 Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Verkehr" (+4,1 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe" (+3,6 Prozent), für „Alkoholische Getränke und Tabakwaren" sowie für „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen" (jeweils +2,9 Prozent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung" (–2,6 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit im November leicht gestiegen

Lage am Arbeitsmarkt weiterhin stabil

Die Situation am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt hat sich saisonal bedingt geringfügig verschlechtert. Im November 2011 waren etwa 101 200 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das sind rund 300 bzw. 0,3 Prozent mehr als im Vormonat. Gegenüber November 2010 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen dagegen um rund 7 000 bzw. 6,5 Prozent ab.

Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland blieb die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen weiter lebhaft. Außerdem bewege sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach wie vor auf ihrem bisherigen Wachstumspfad. Der leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit sei zum Ende der Fremdenverkehrssaison ausschließlich auf jahreszeitliche Einflüsse zurückzuführen.

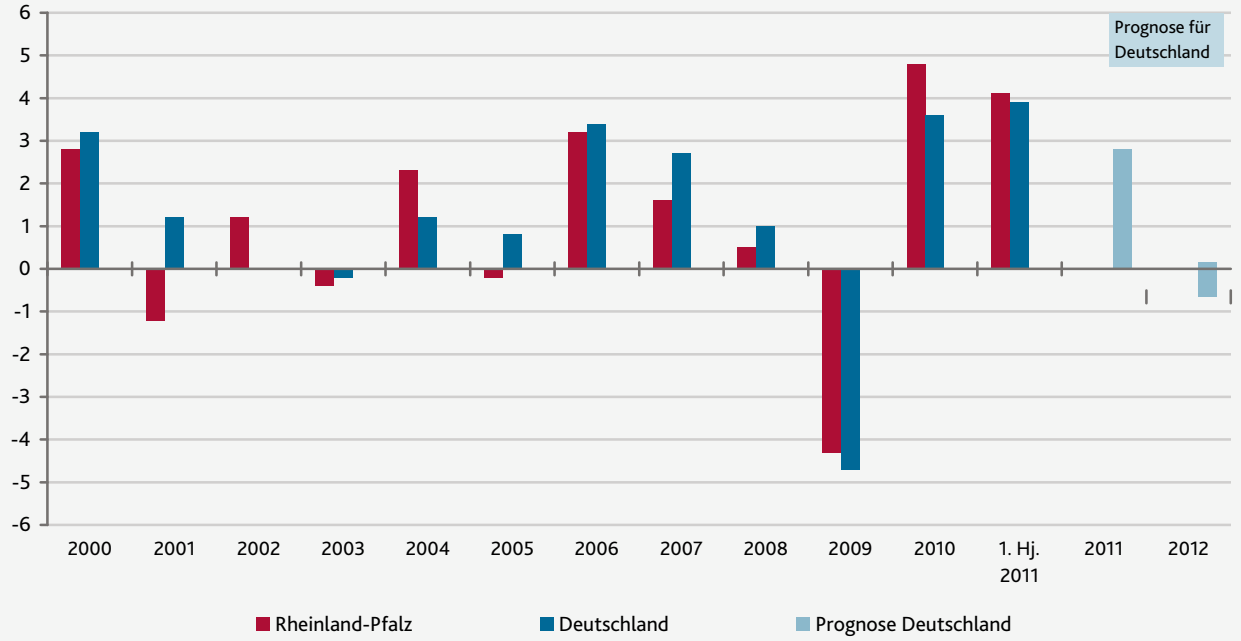
Arbeitslosenquote weiter bei 4,8 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, blieb im November 2011 unverändert bei 4,8 Prozent. Im Vergleich zum November 2010 ergab sich ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Europa; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland[1]

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

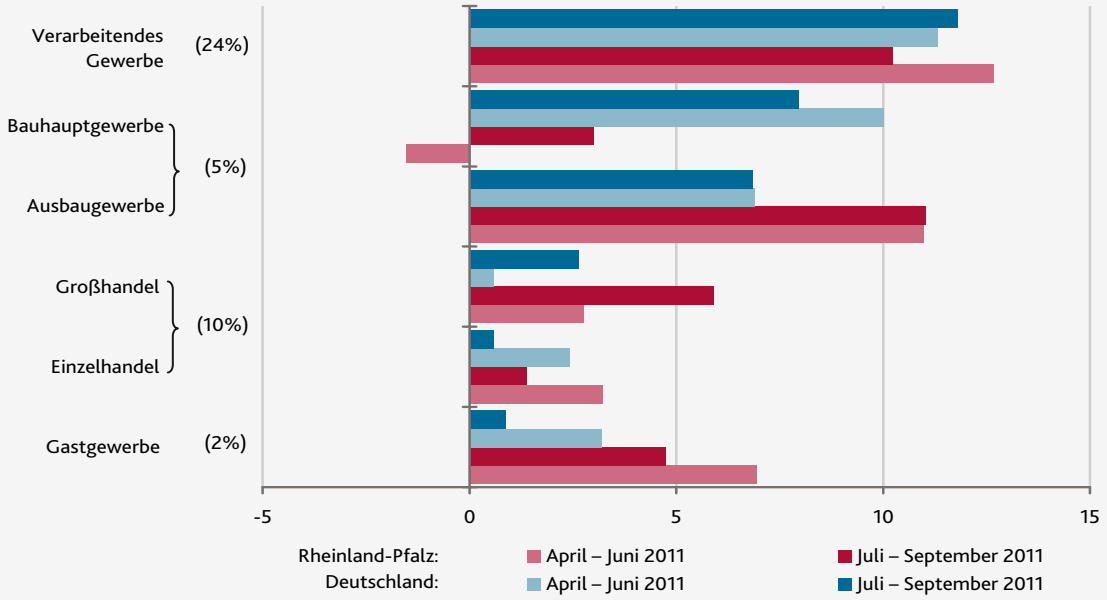


1 2000 – 2010 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011; 1. HJ 2011 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2011; nächster Fortschreibungstermin im März 2012. Quelle Prognosewert 2011 und 2012: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte[2,3] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

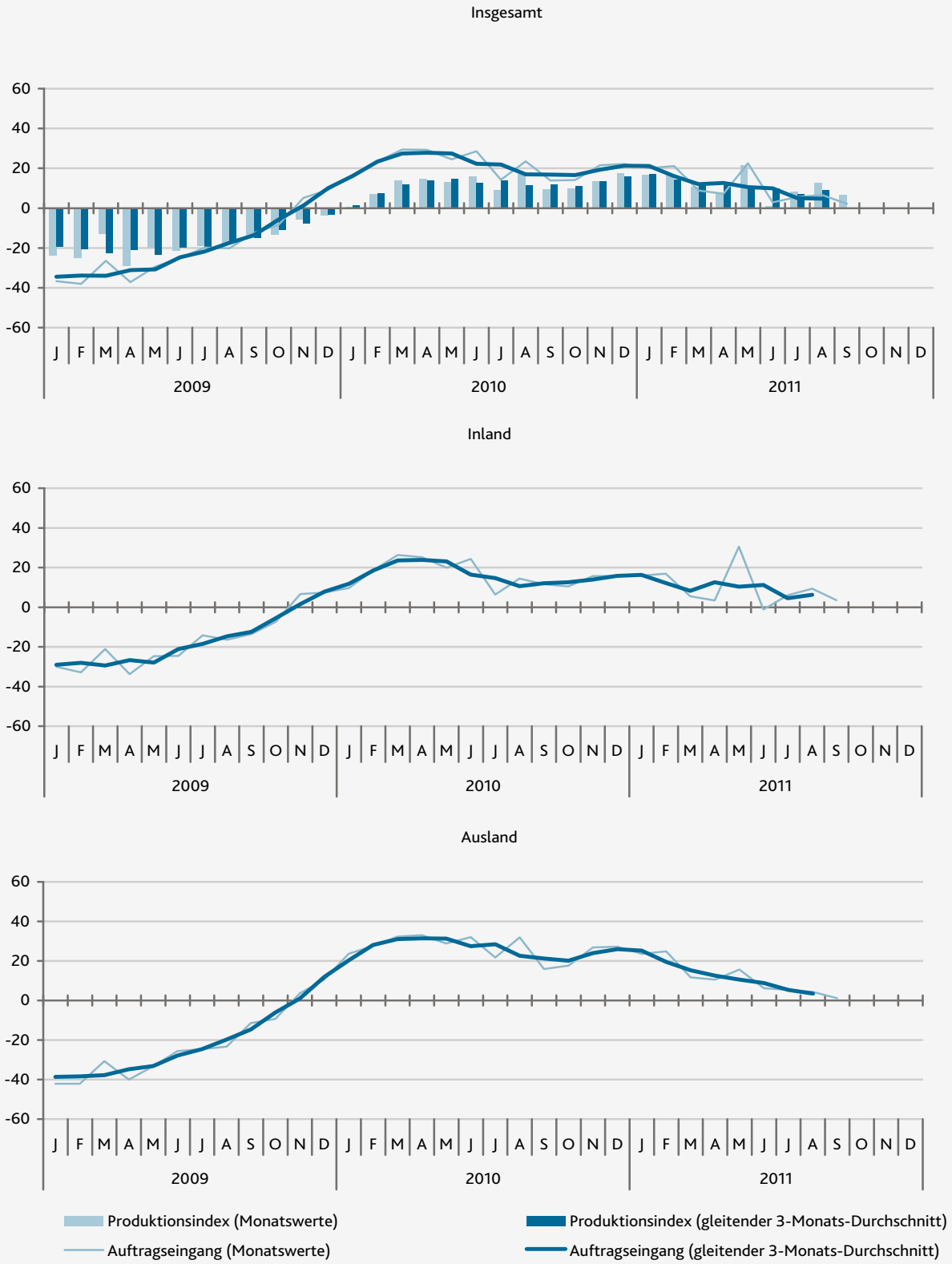


1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2010. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

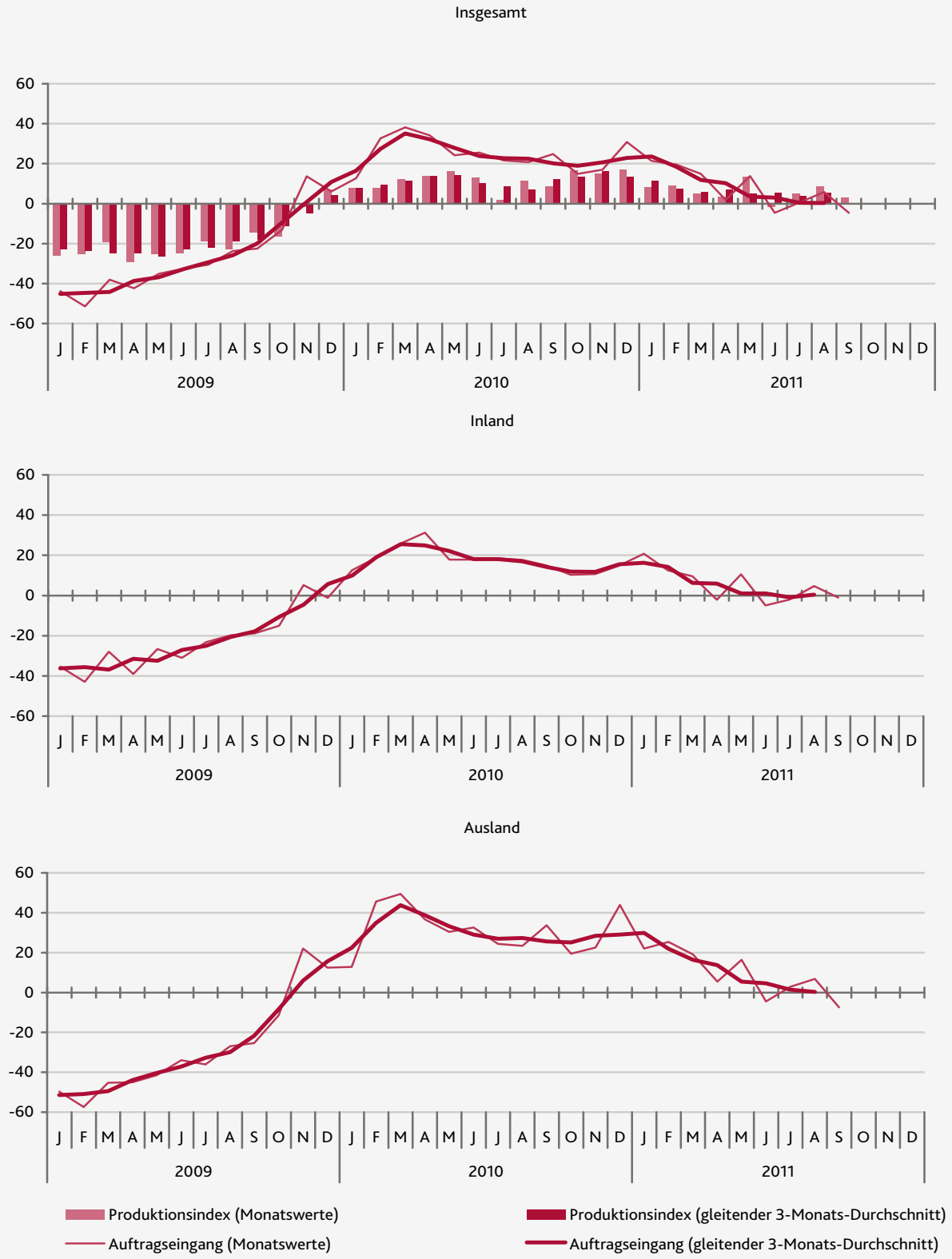


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

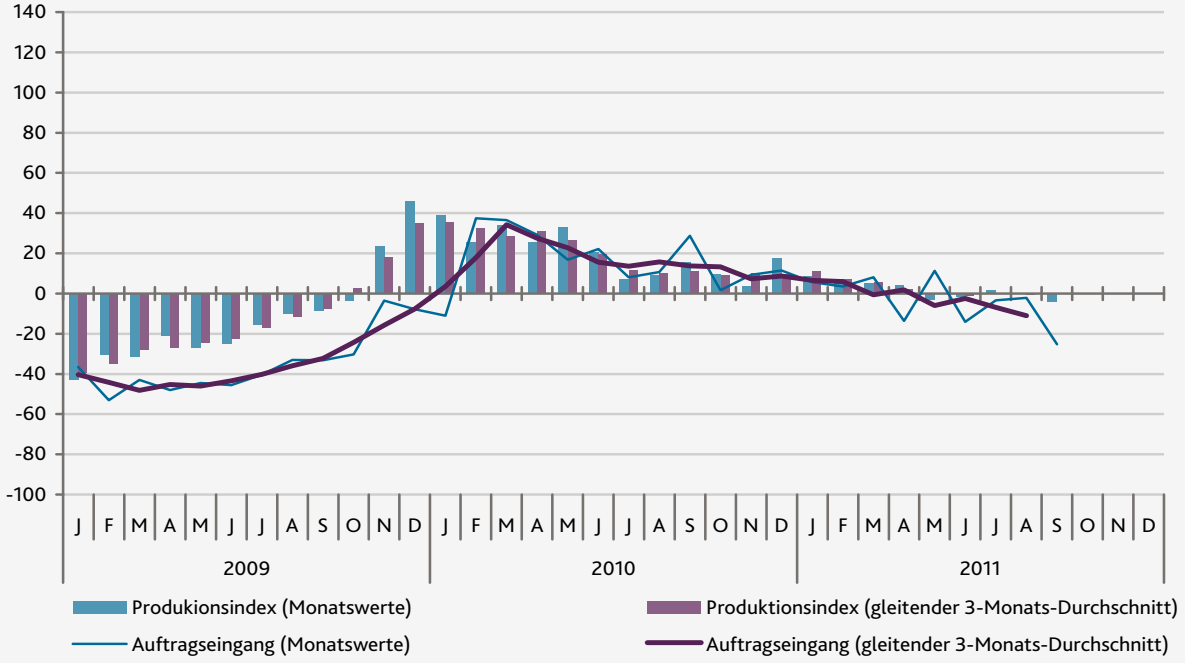
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

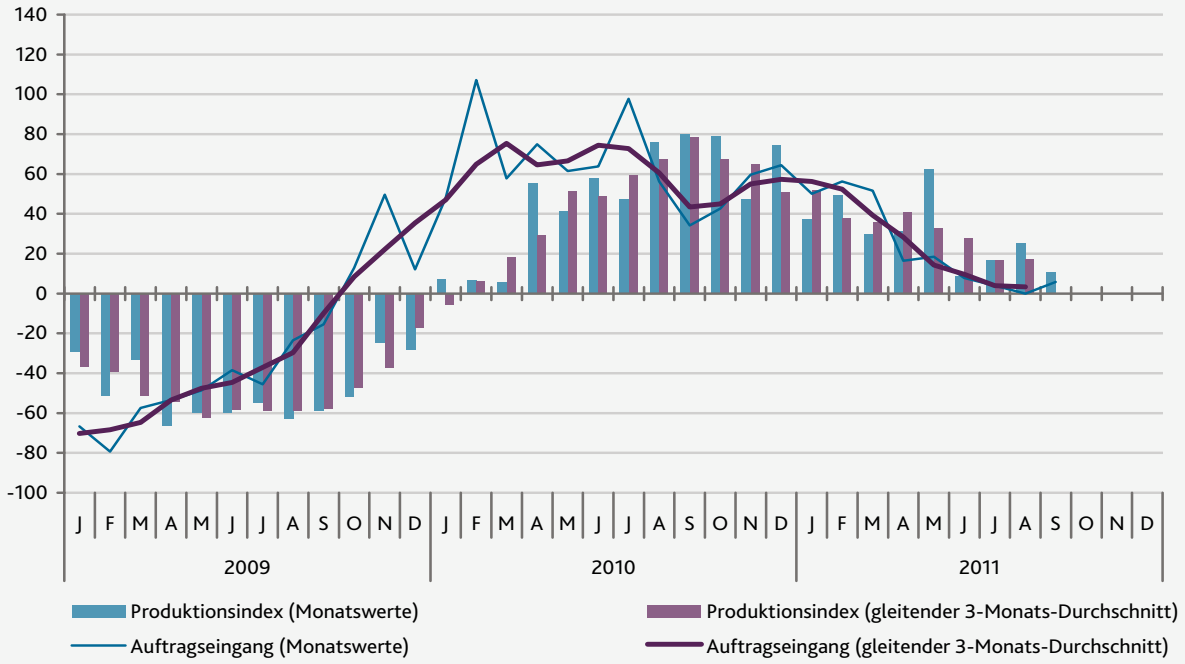
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

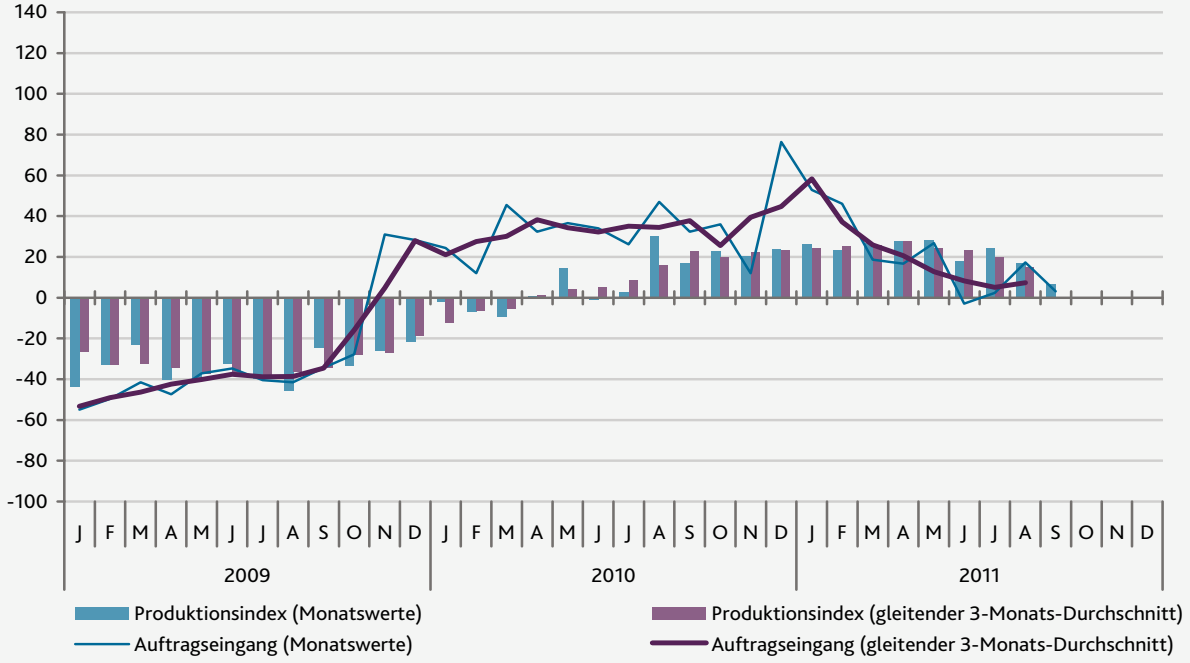
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

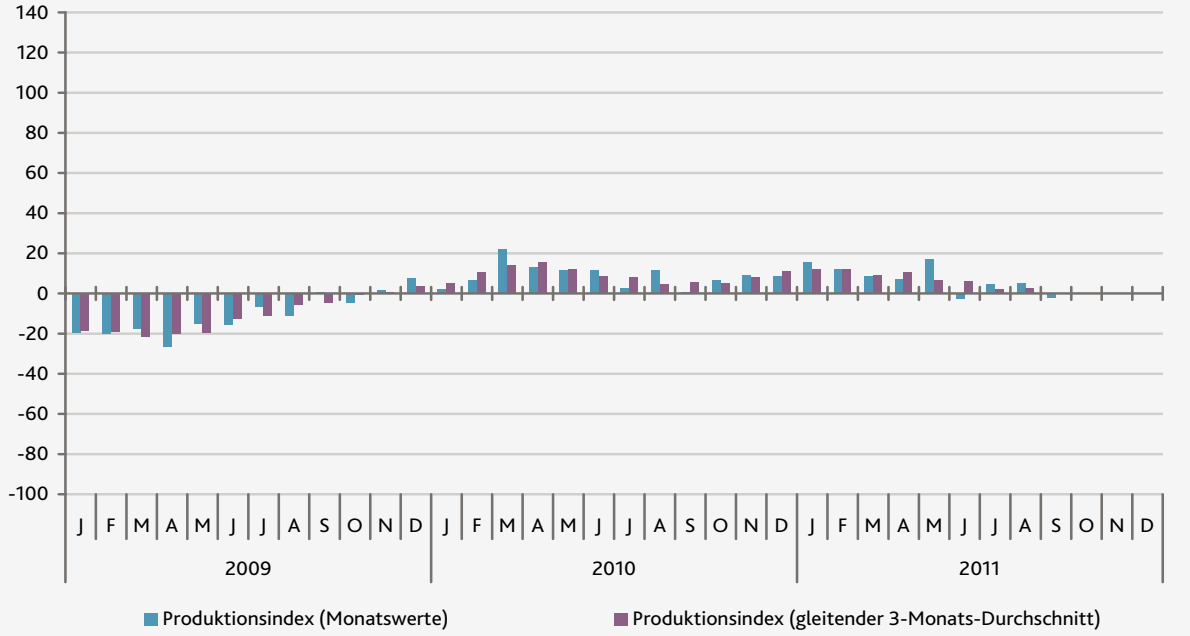
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

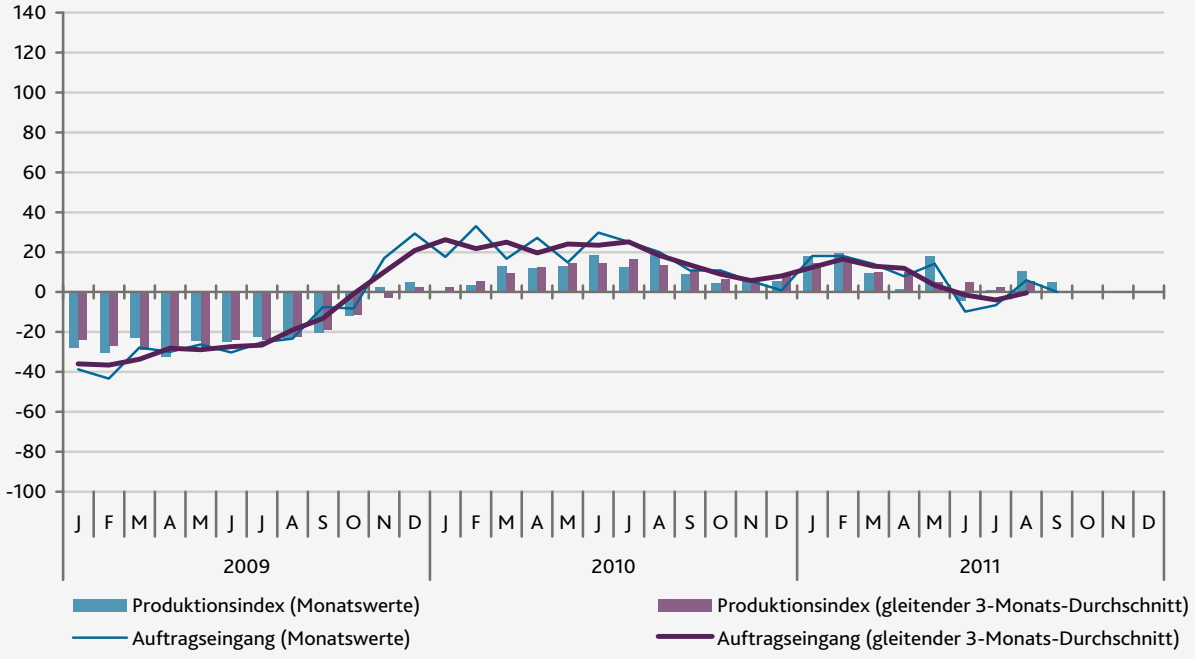
Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren[1]
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 6%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

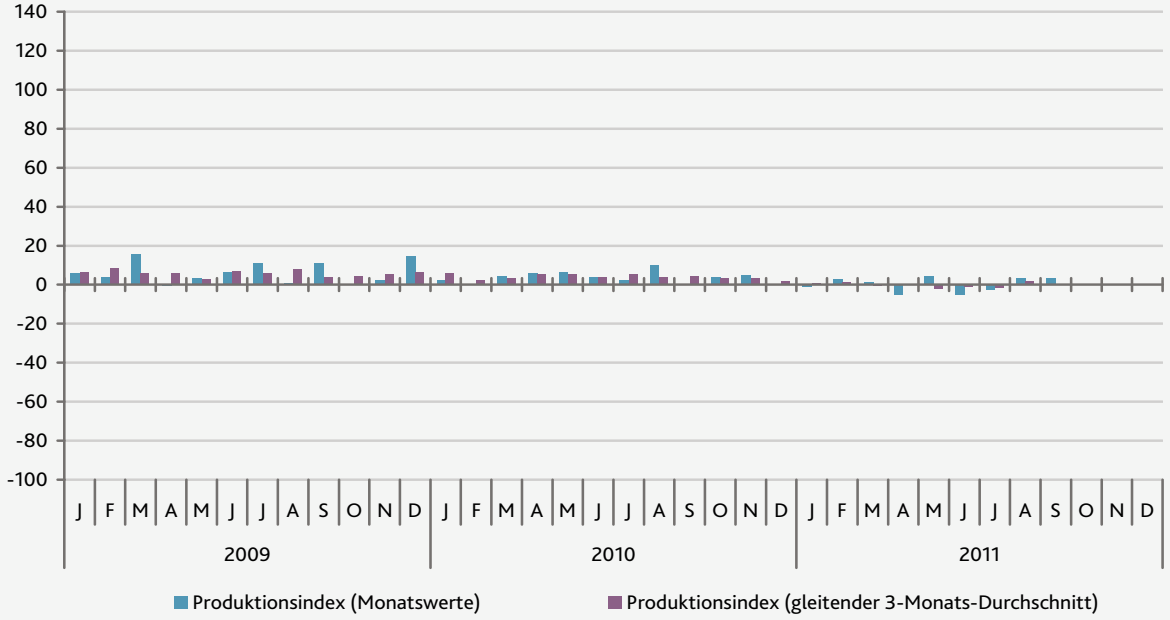
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von Metallerzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

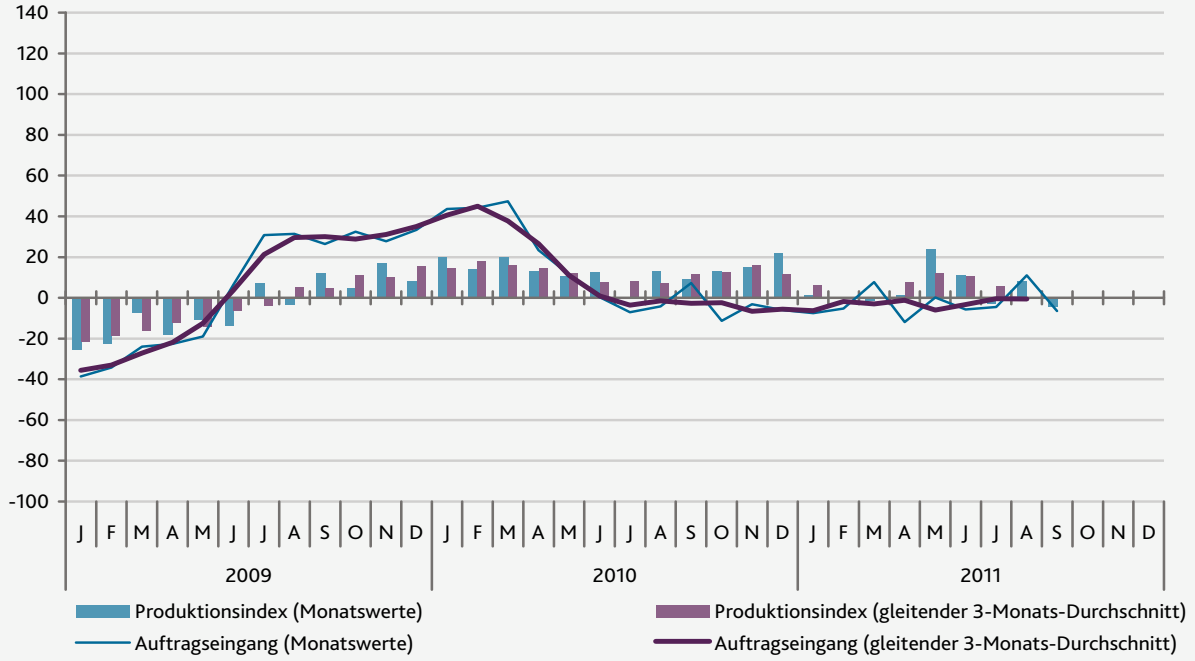
Produktionsindex (preisbereinigt)
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln[1]
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

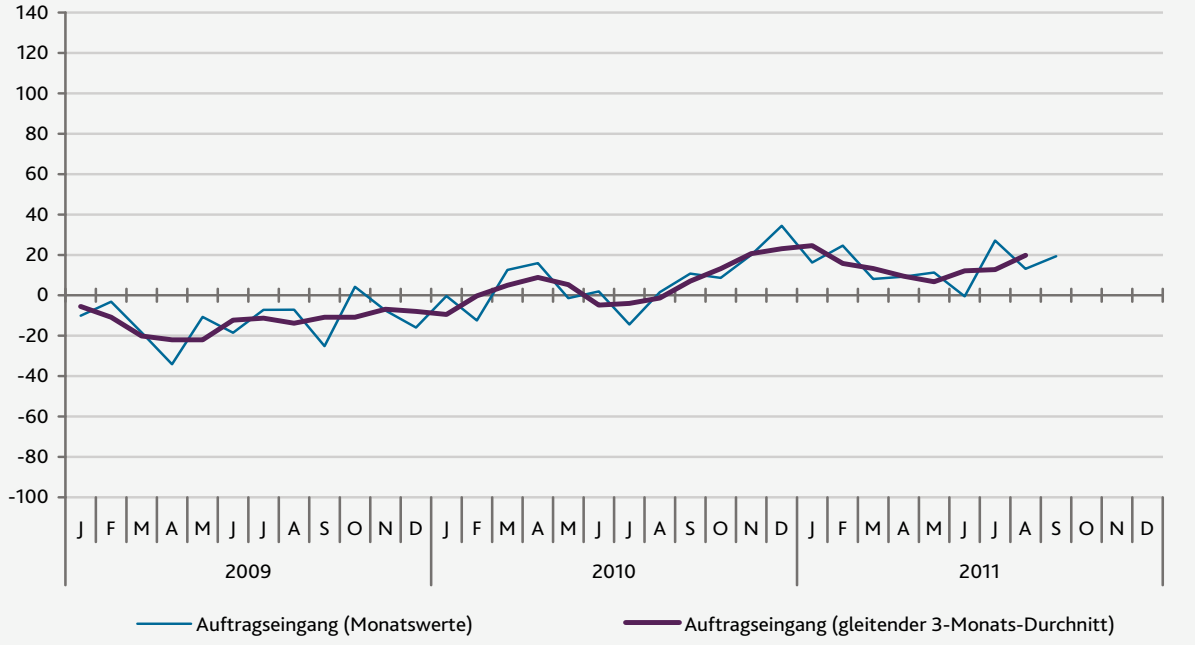
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt)
Metallerzeugung und -bearbeitung
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 4%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

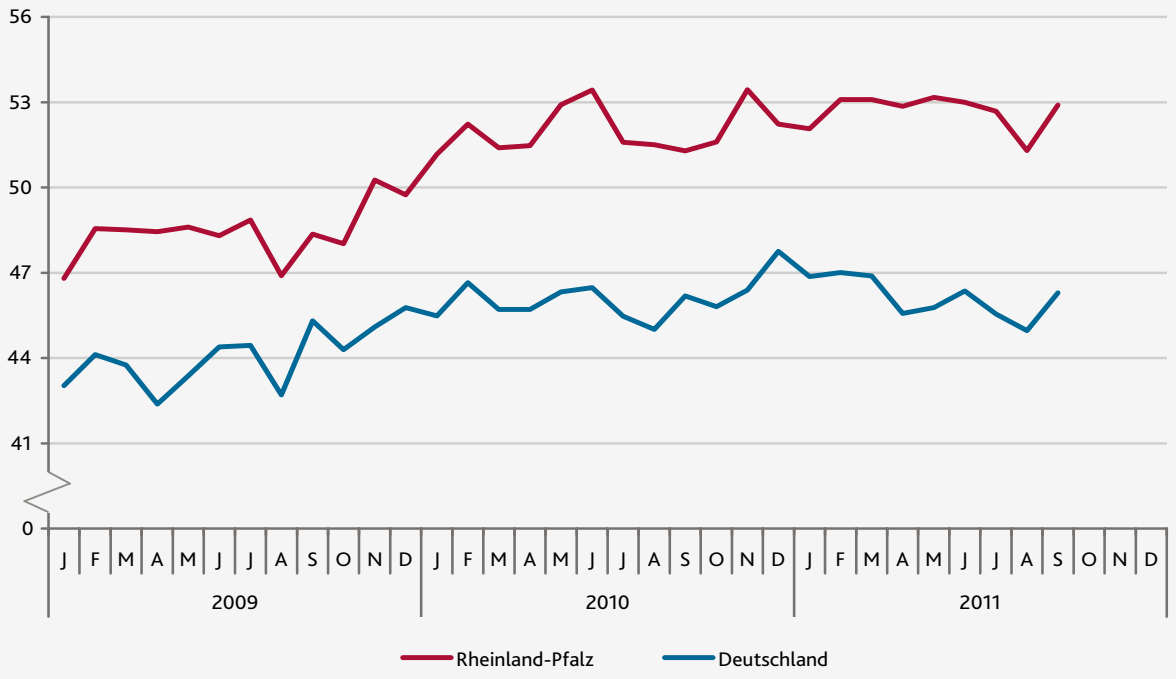


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

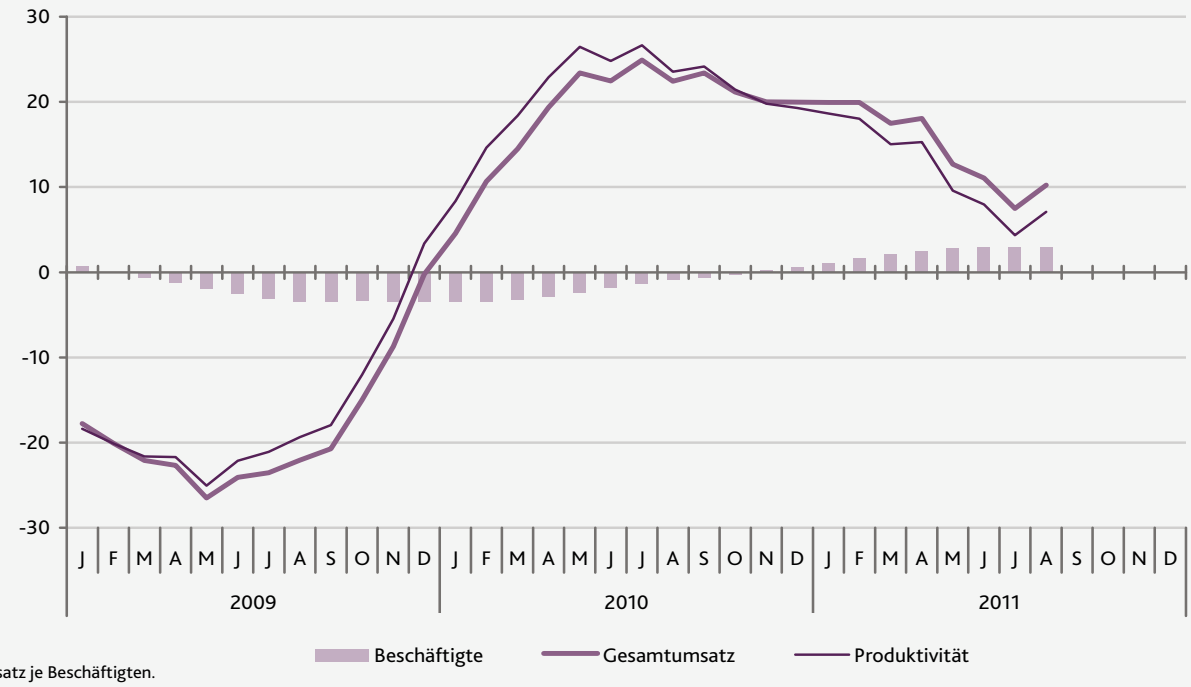
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

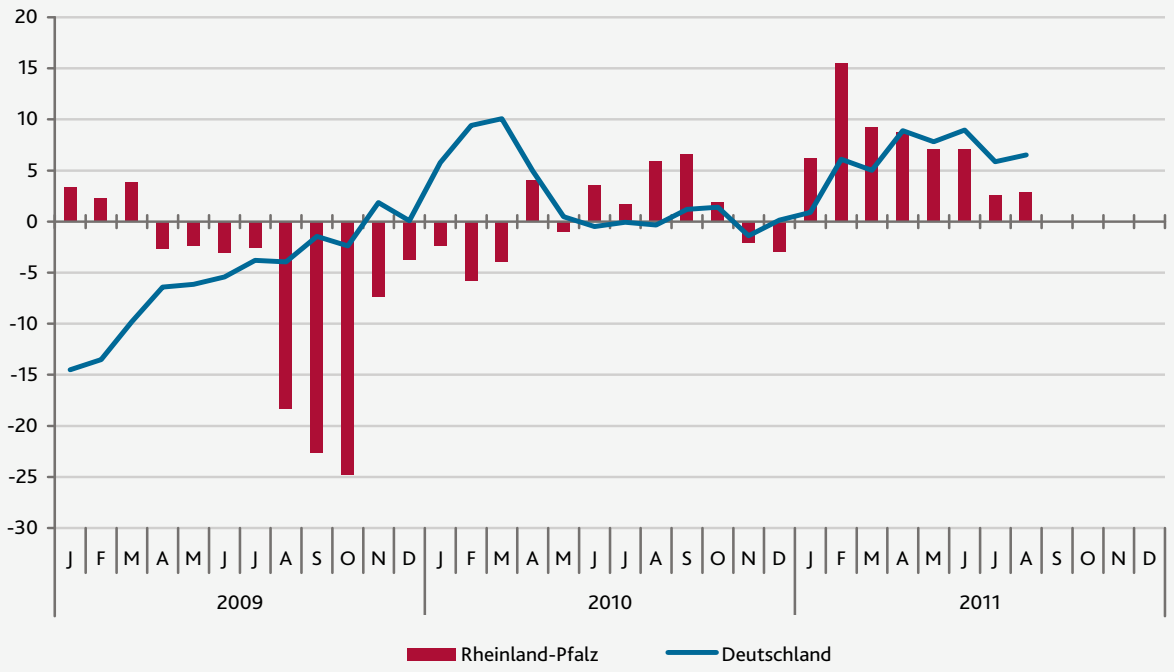


1 Umsatz je Beschäftigten.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

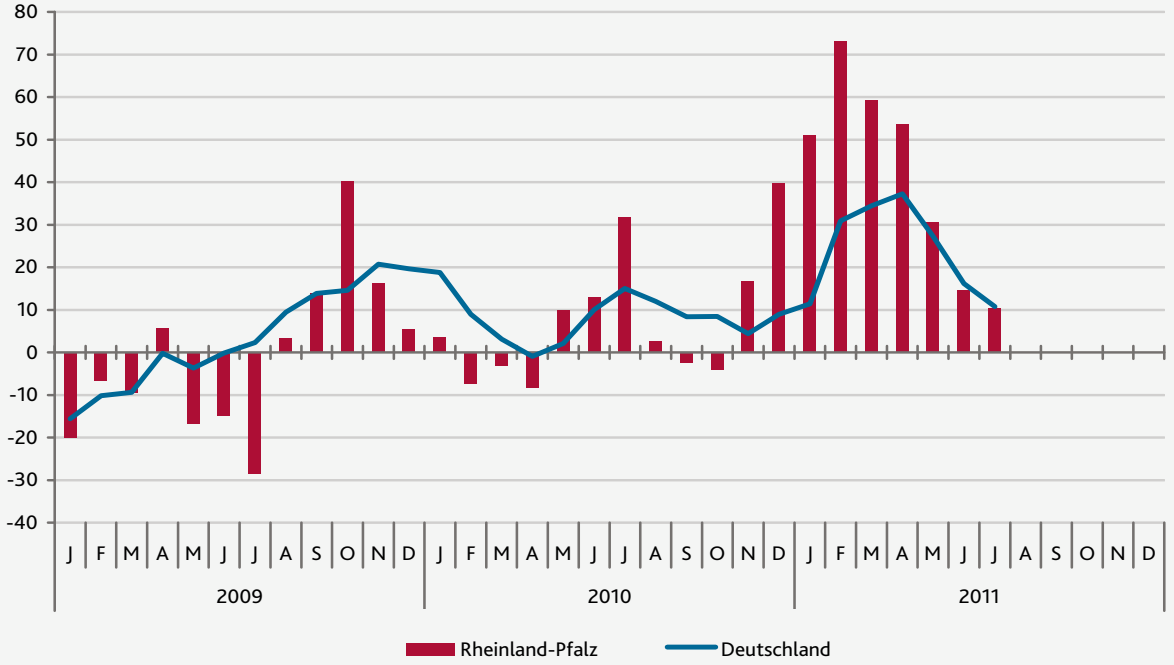


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

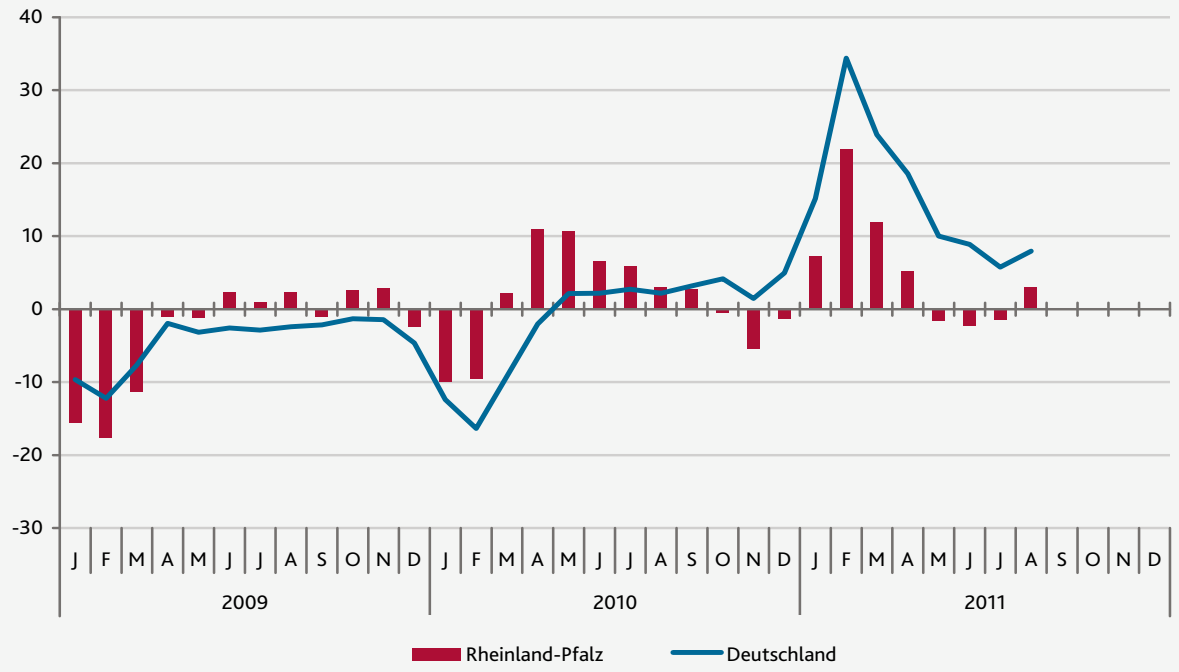


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

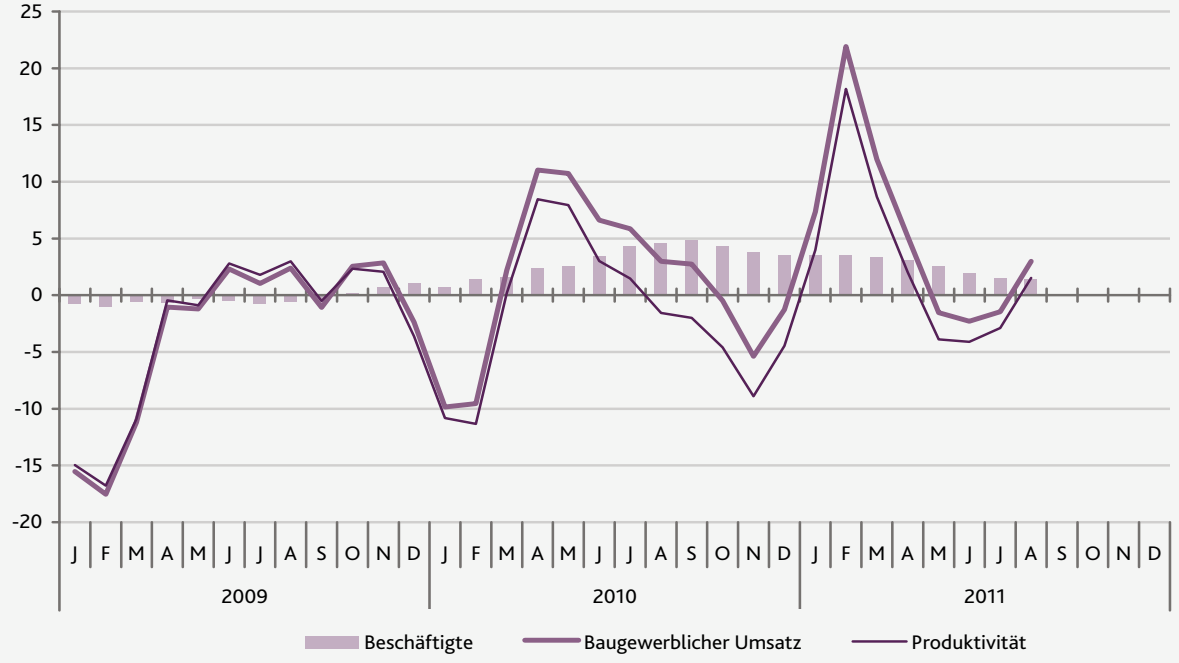


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

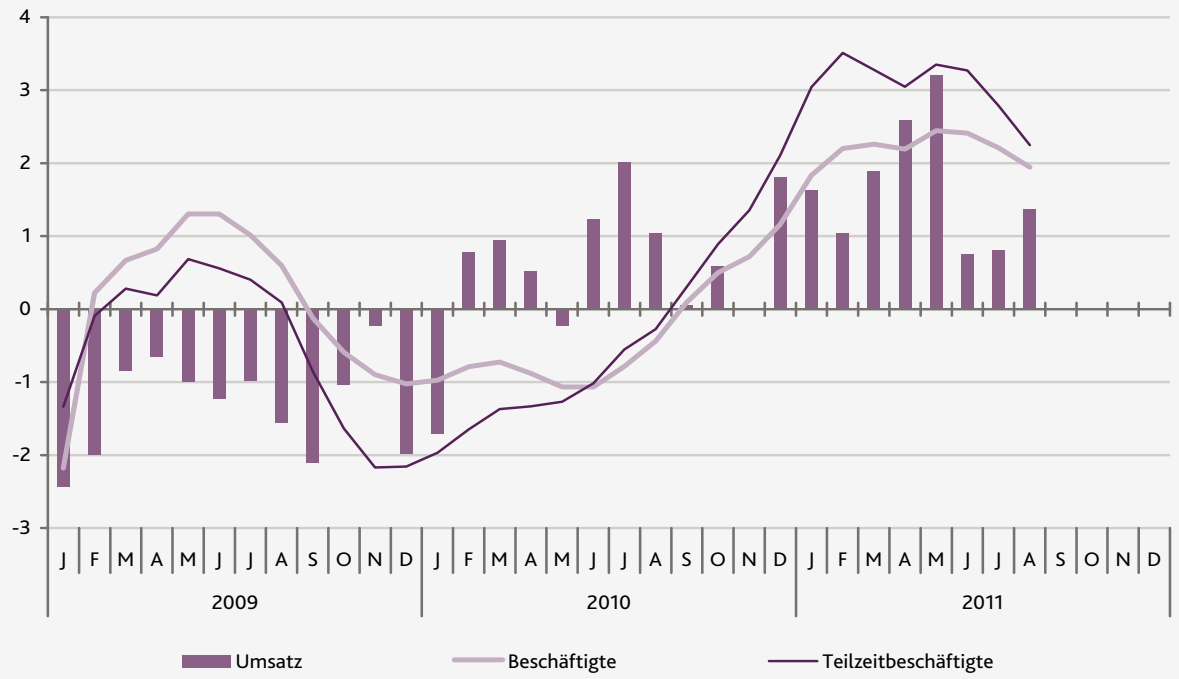


1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

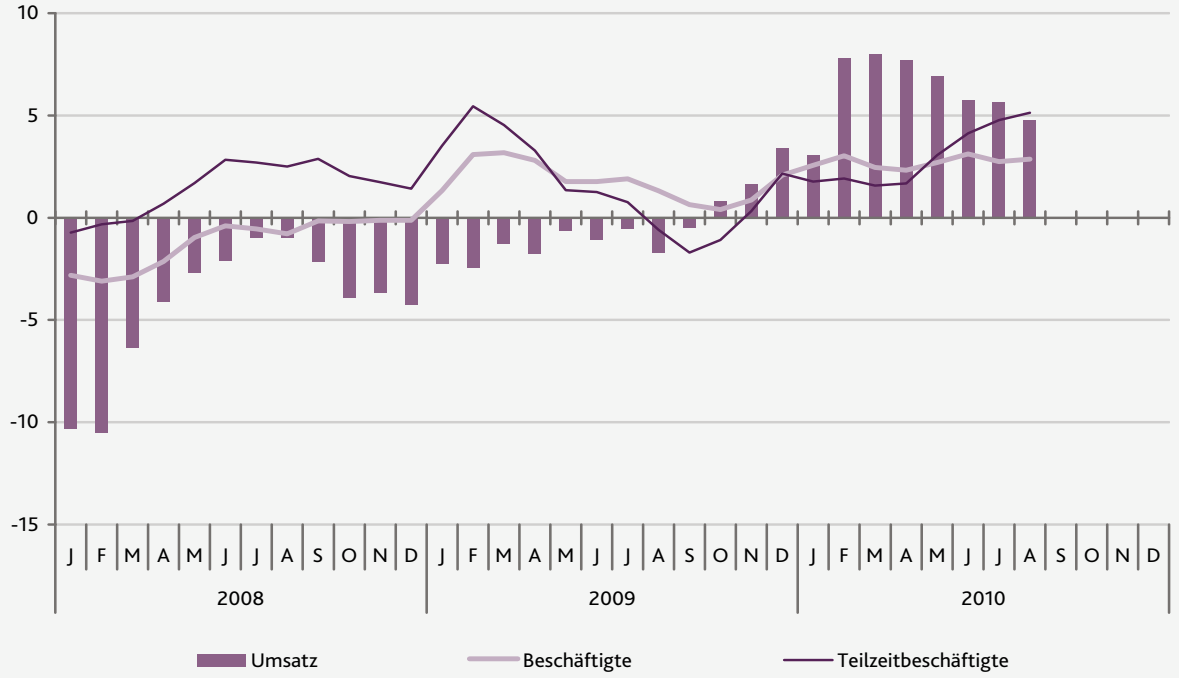


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

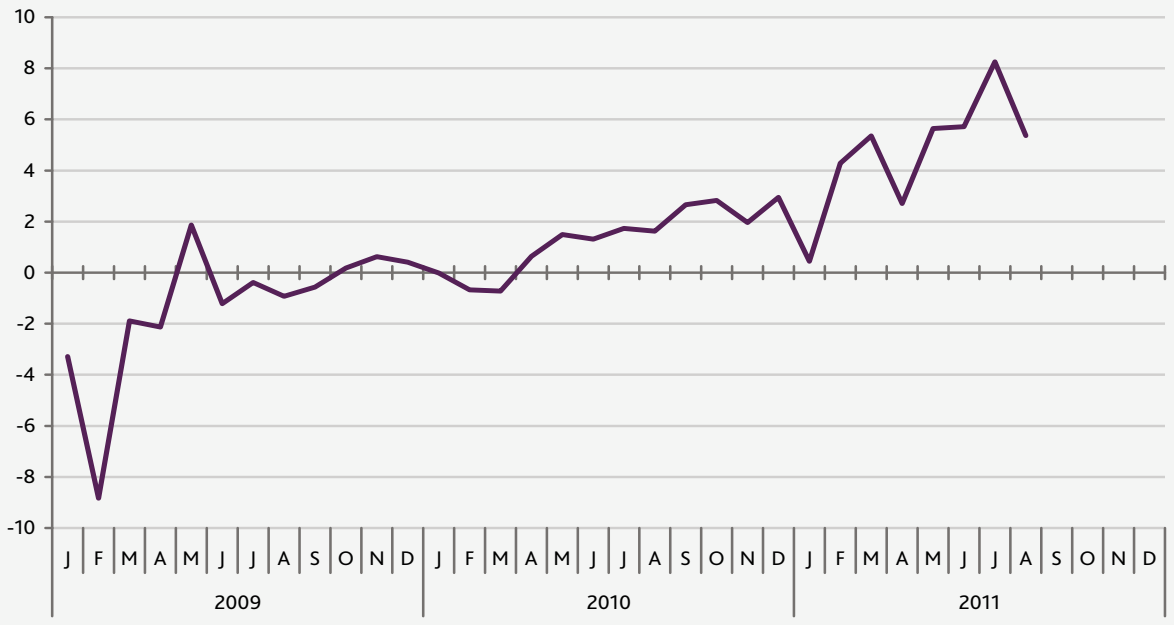


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

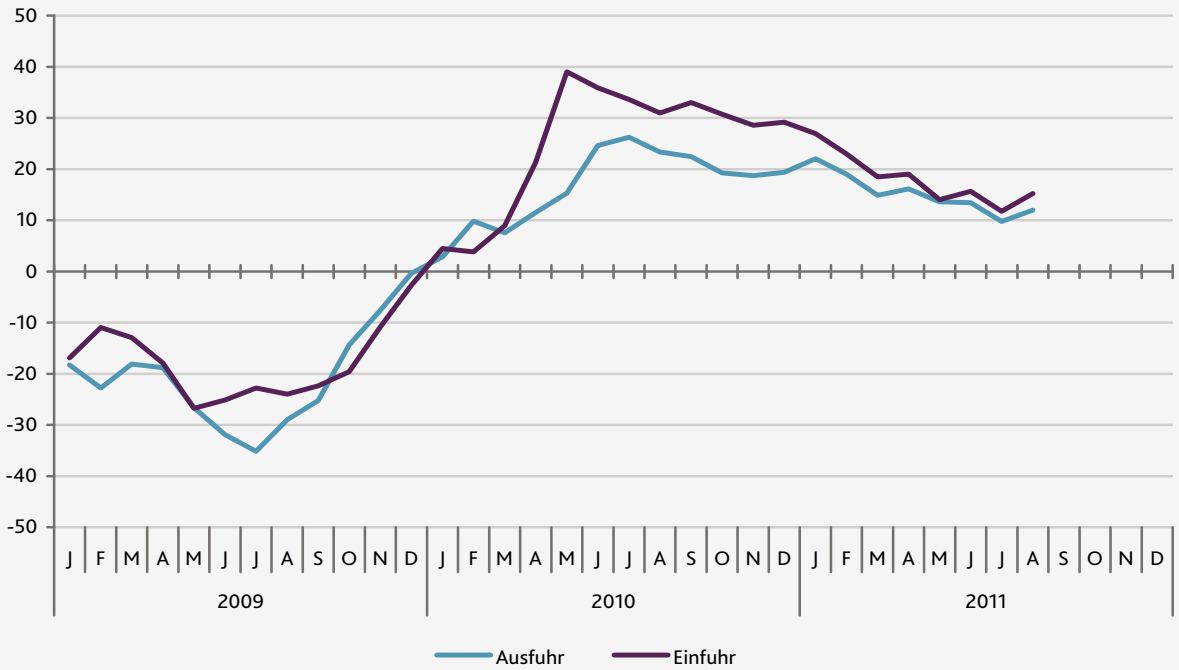


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel[1] in Rheinland-Pfalz

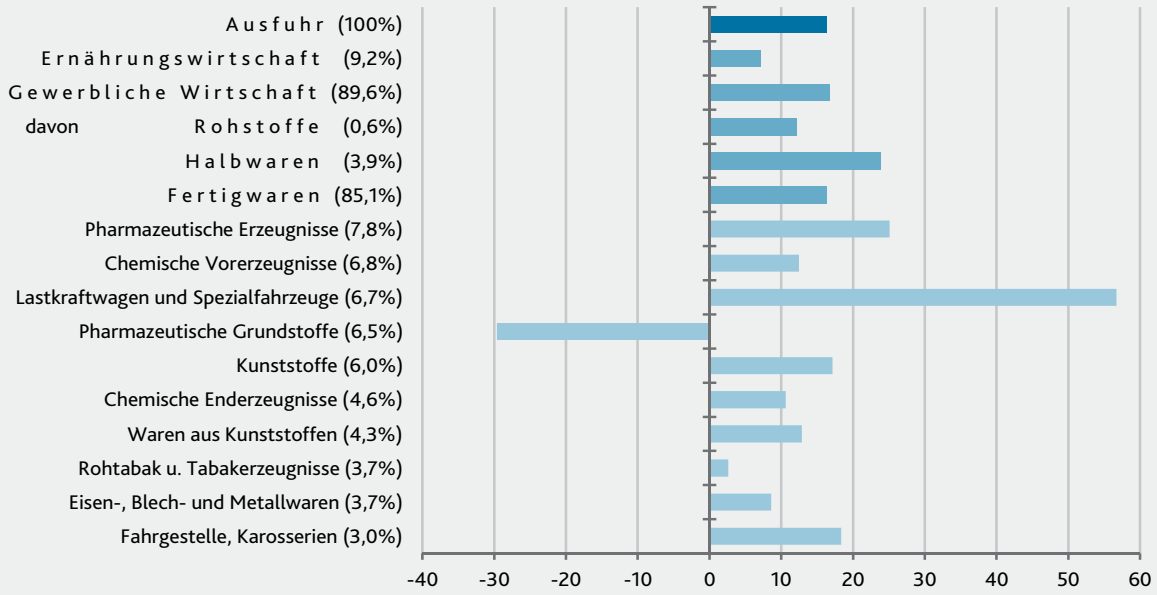
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.
2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

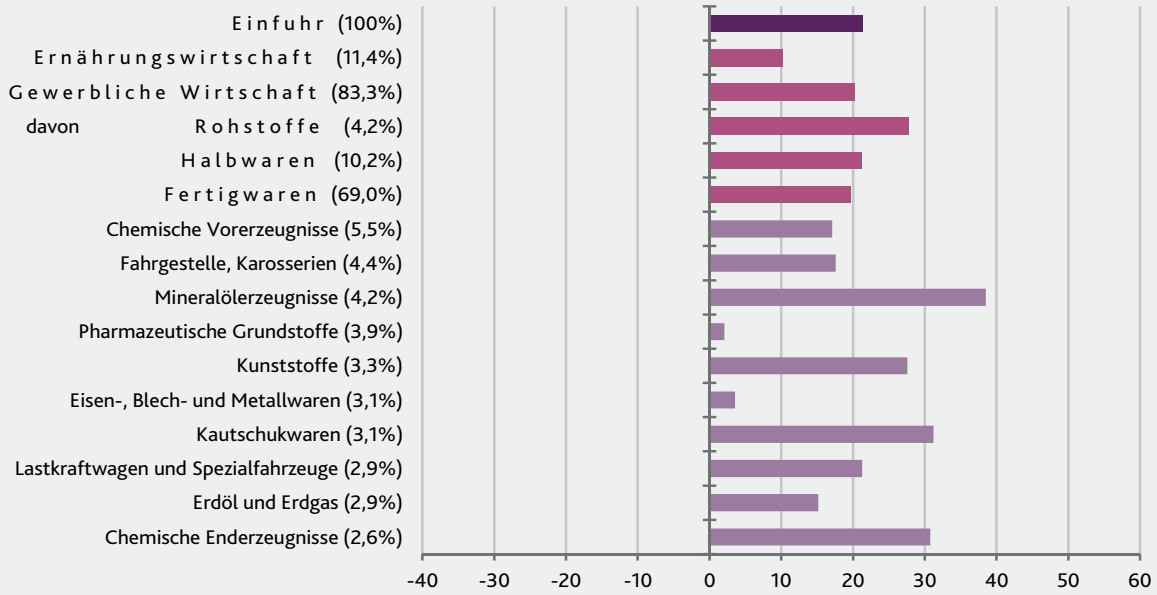
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz September 2010 - August 2011 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

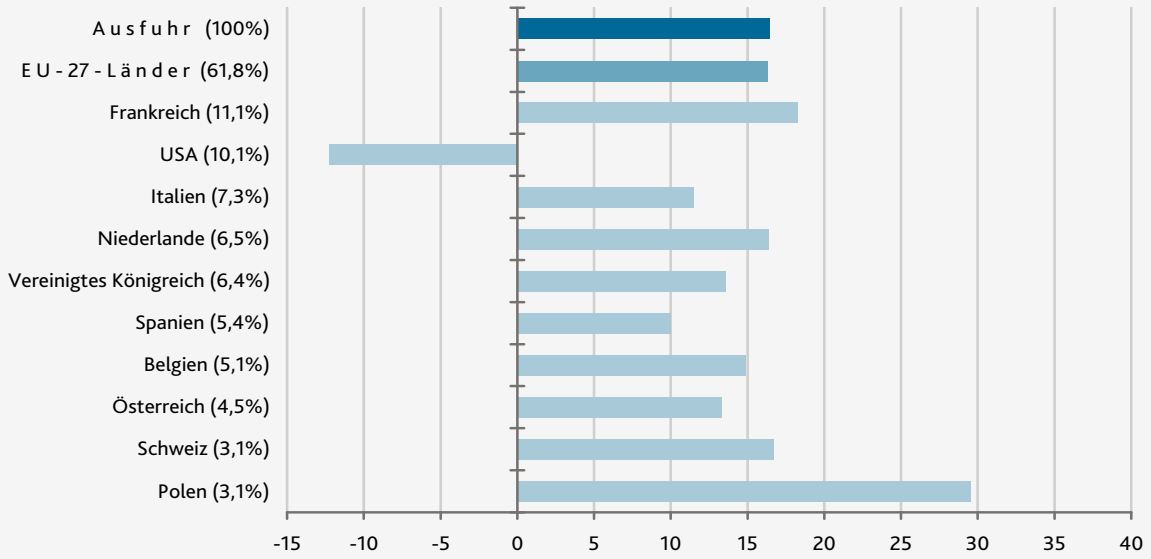
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz September 2010 - August 2011 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

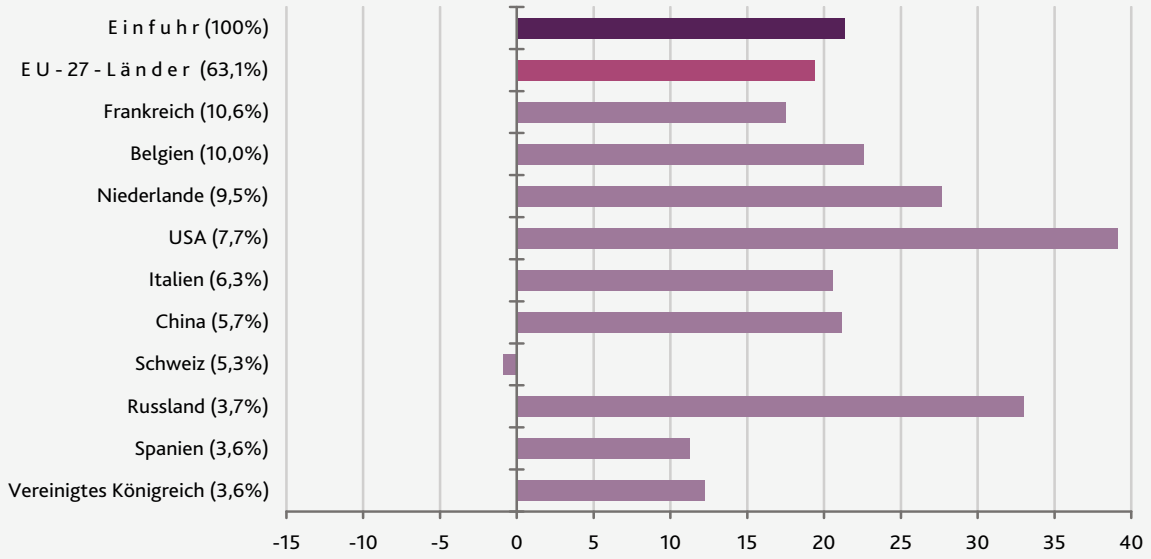
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz September 2010 - August 2011 nach Bestimmungsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

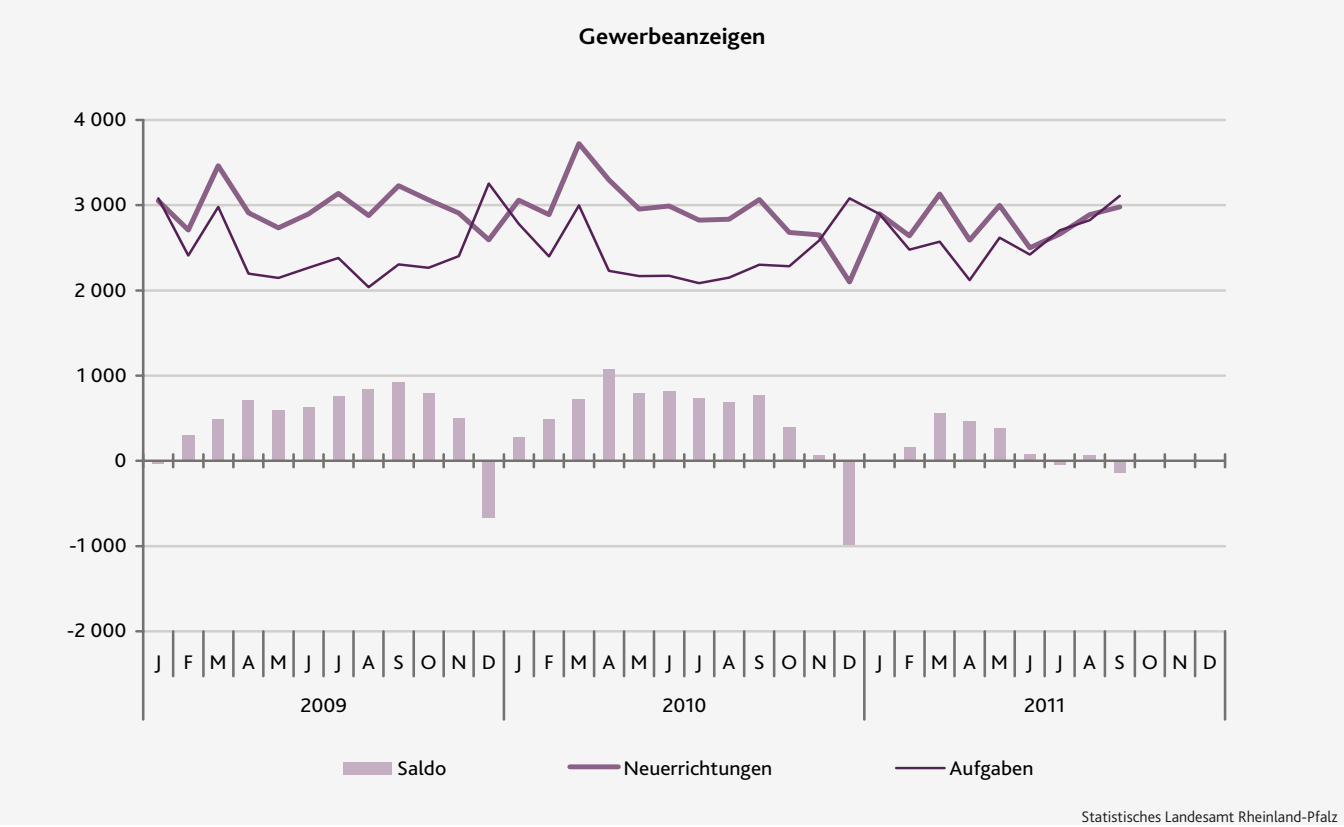
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

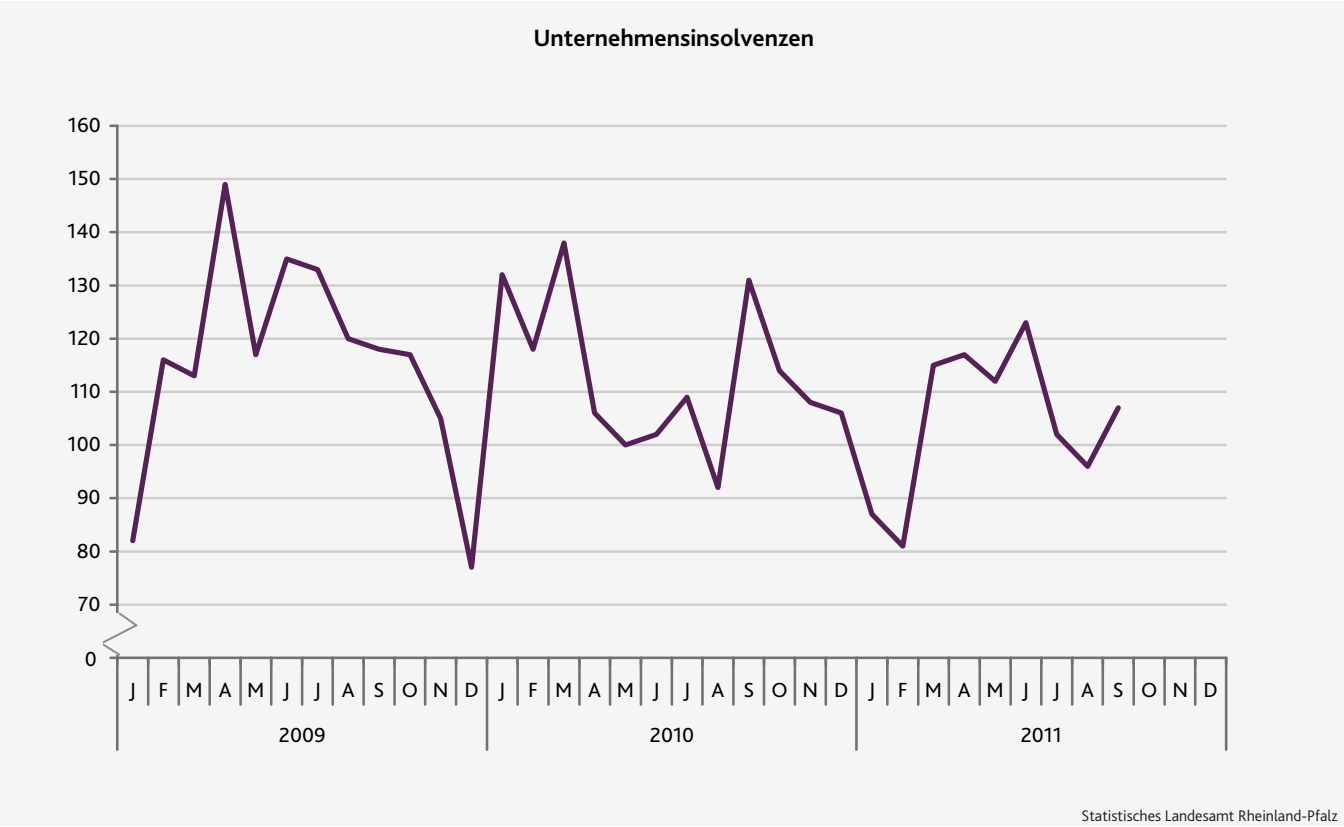
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz September 2010 - August 2011 nach Herkunftsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



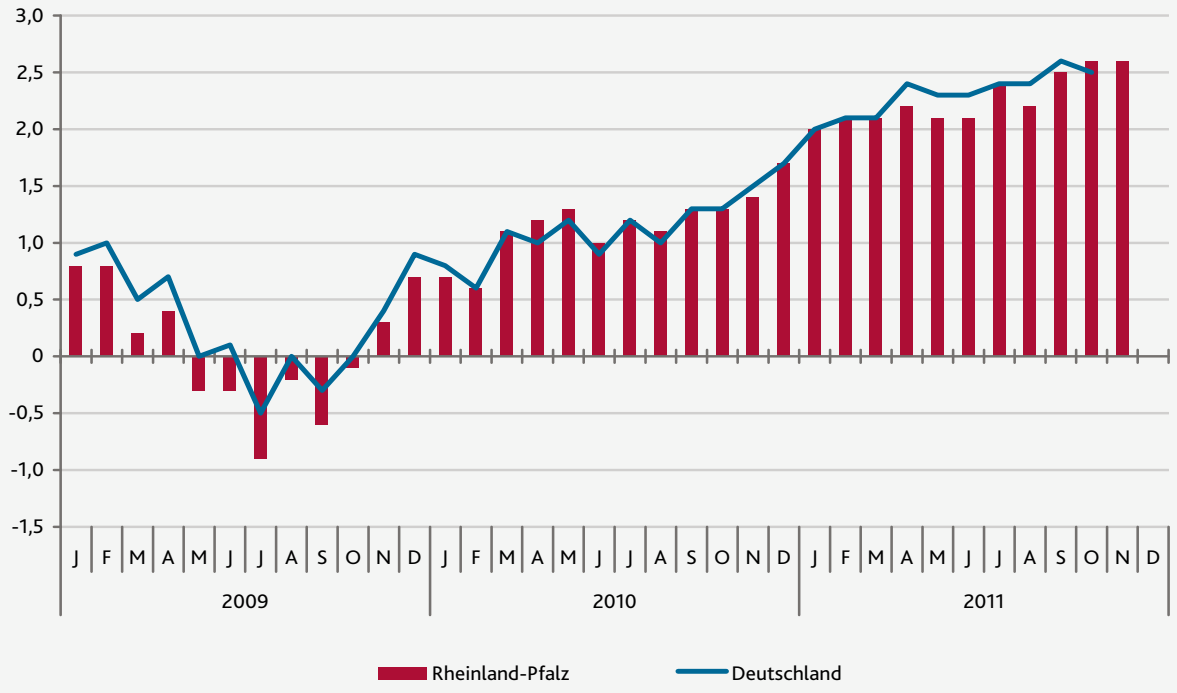
1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz


Gewerbeanzeigen
4 000
3 000
2 000
1 000
0
-1 000
-2 000
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2009
2010
2011
Saldo
Neuerrichtungen
Aufgaben
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

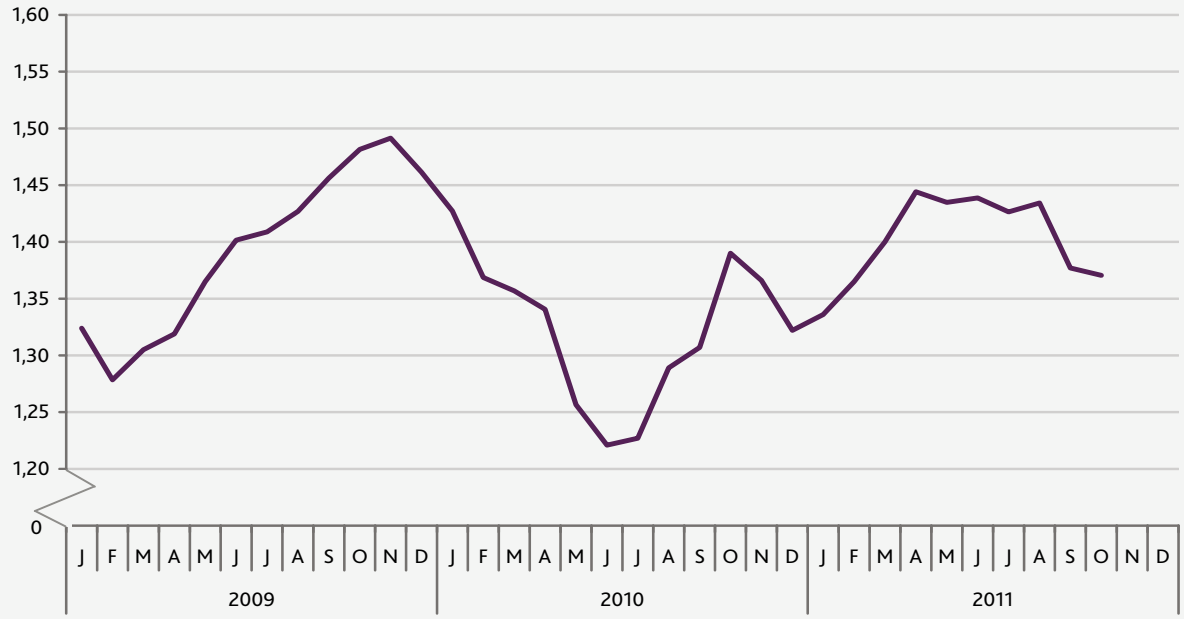

Unternehmensinsolvenzen
160
150
140
130
120
110
100
90
80
70
0
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2009
2010
2011
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

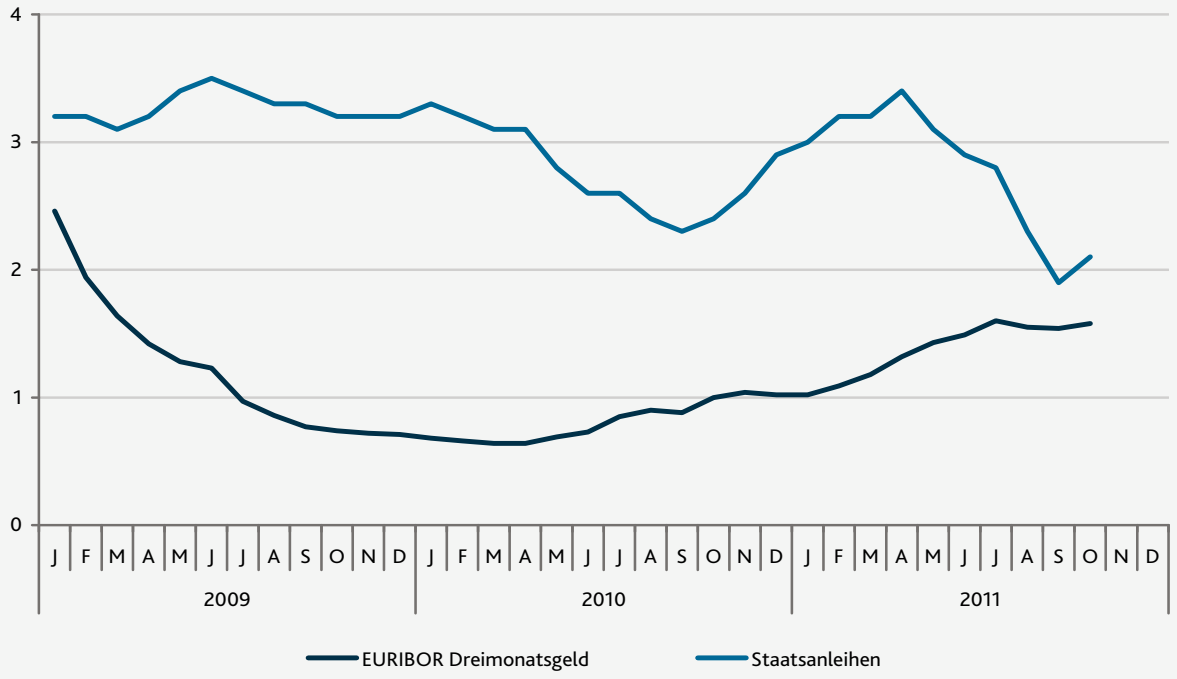
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

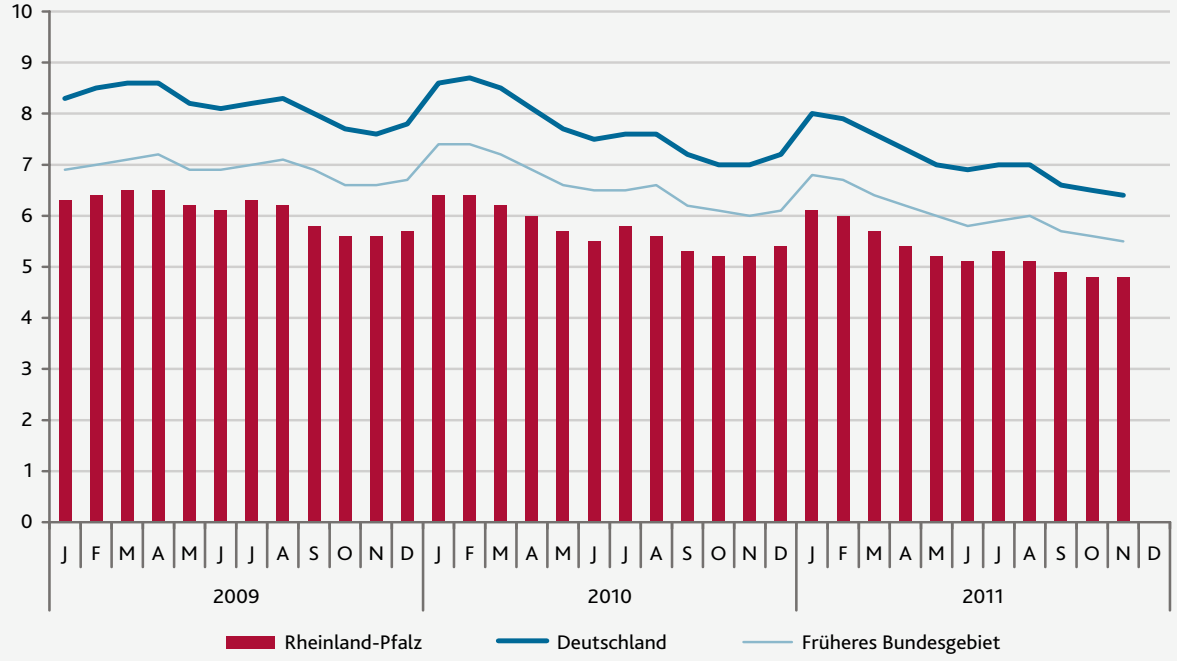
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

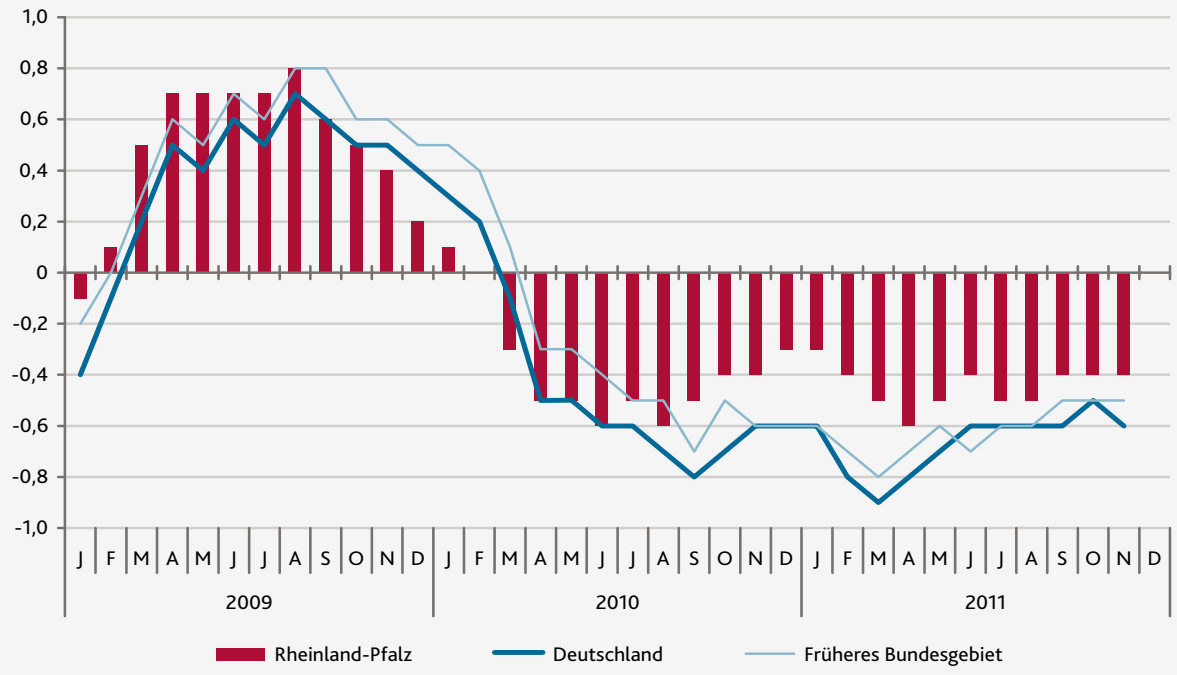
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

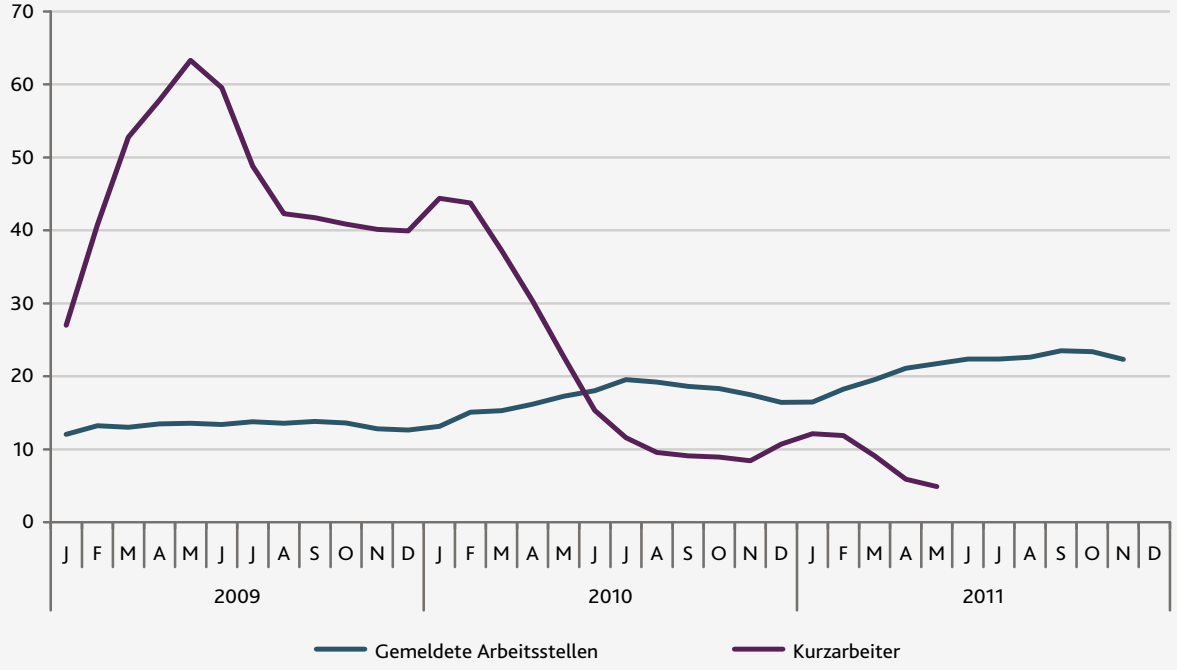
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

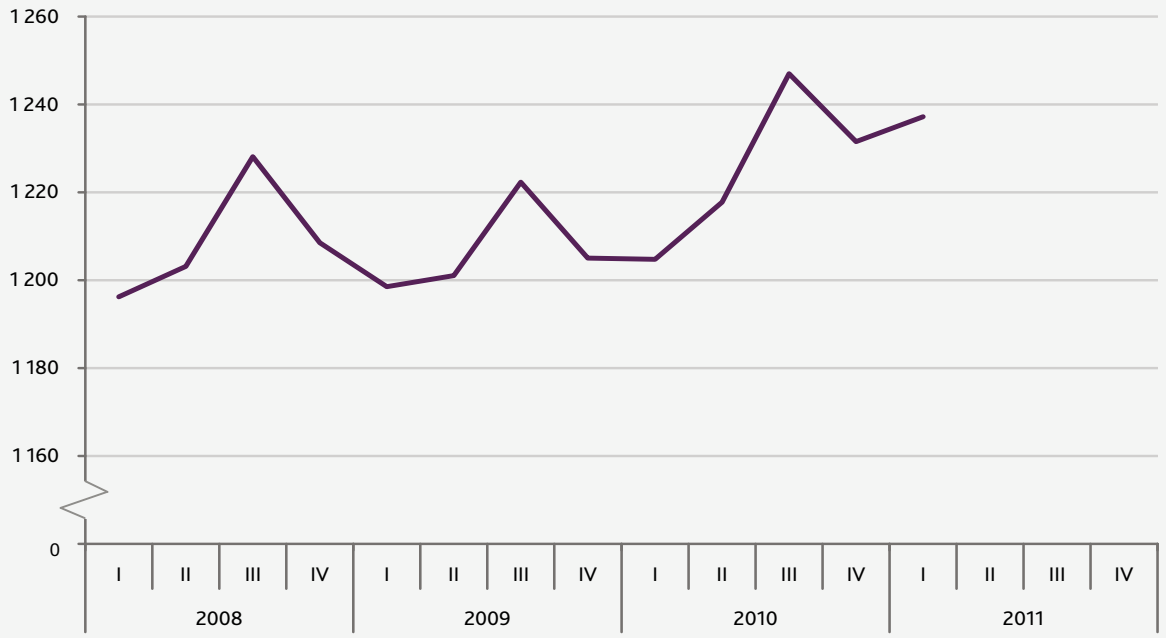
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

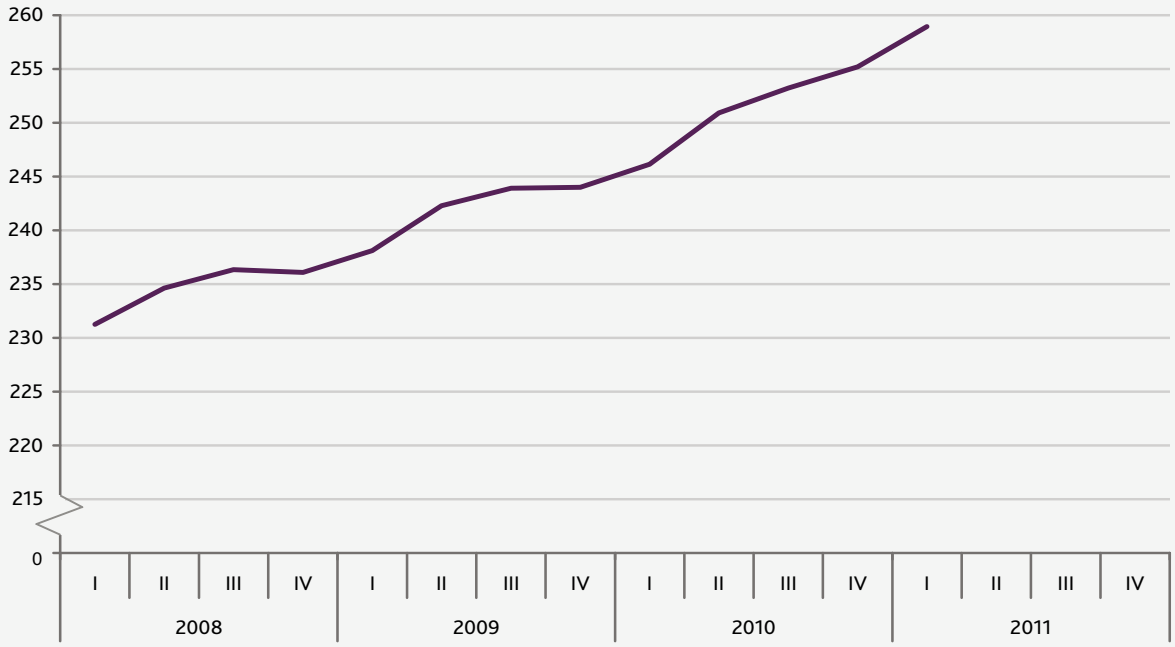
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

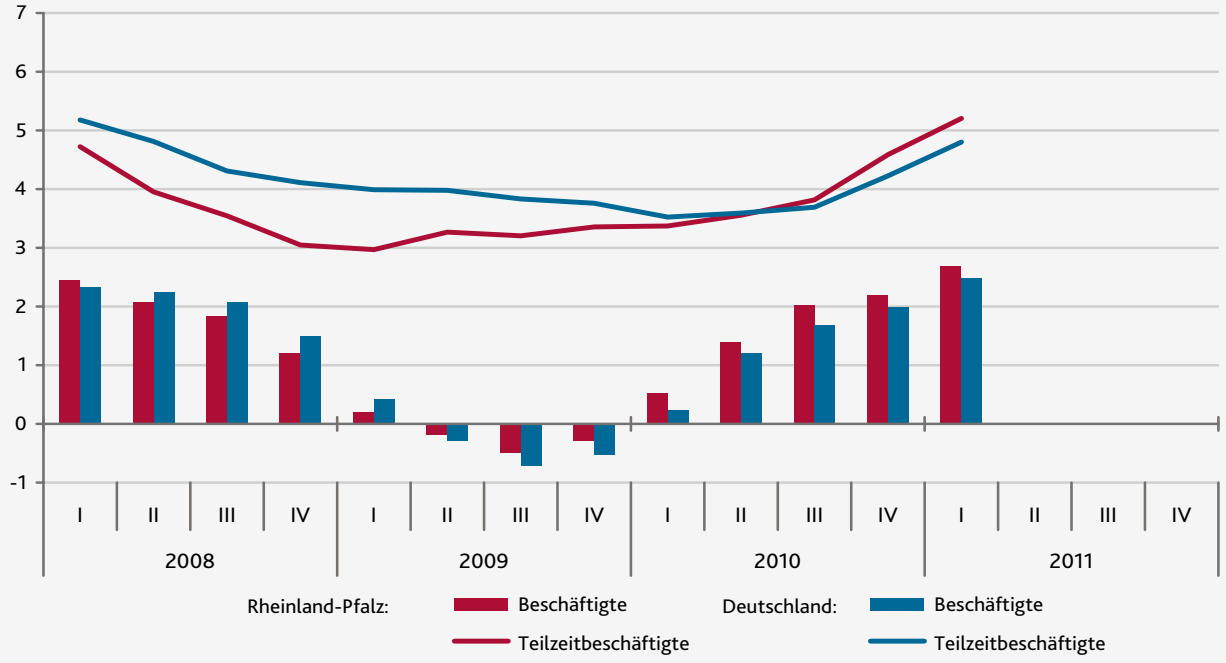


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

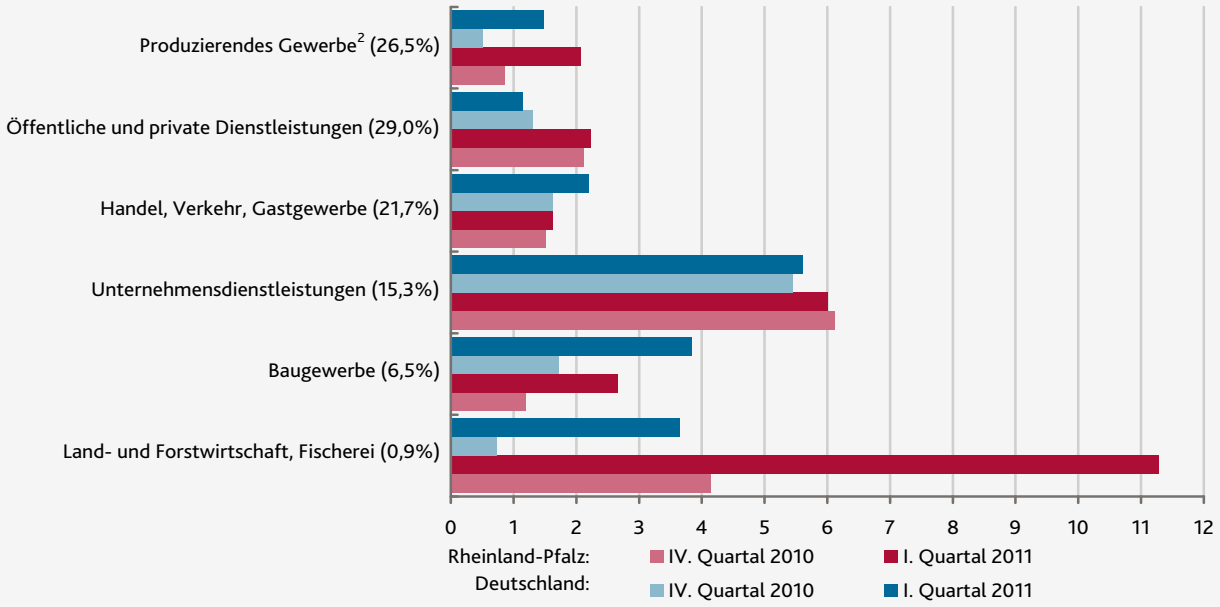


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

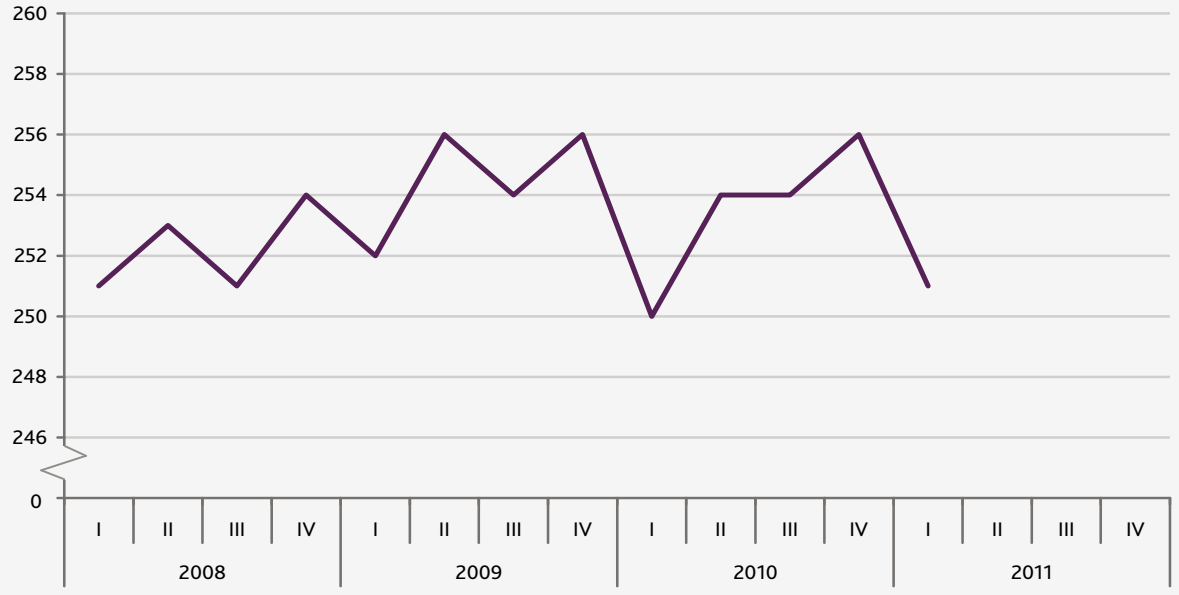
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2010. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

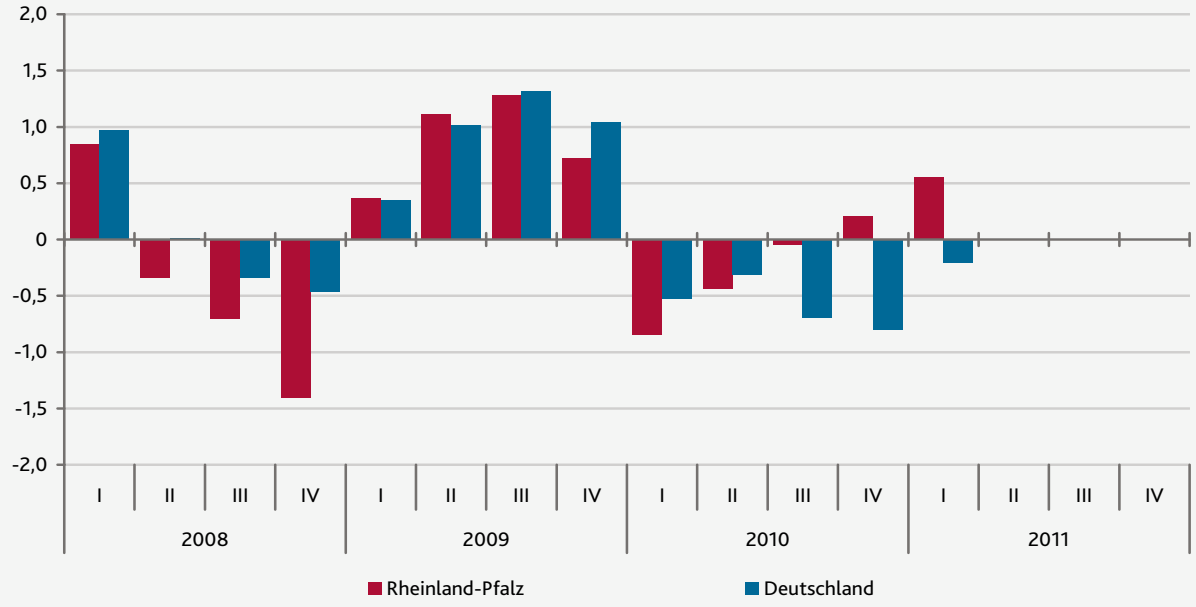
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1] am Arbeitsort
in 1 000



1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

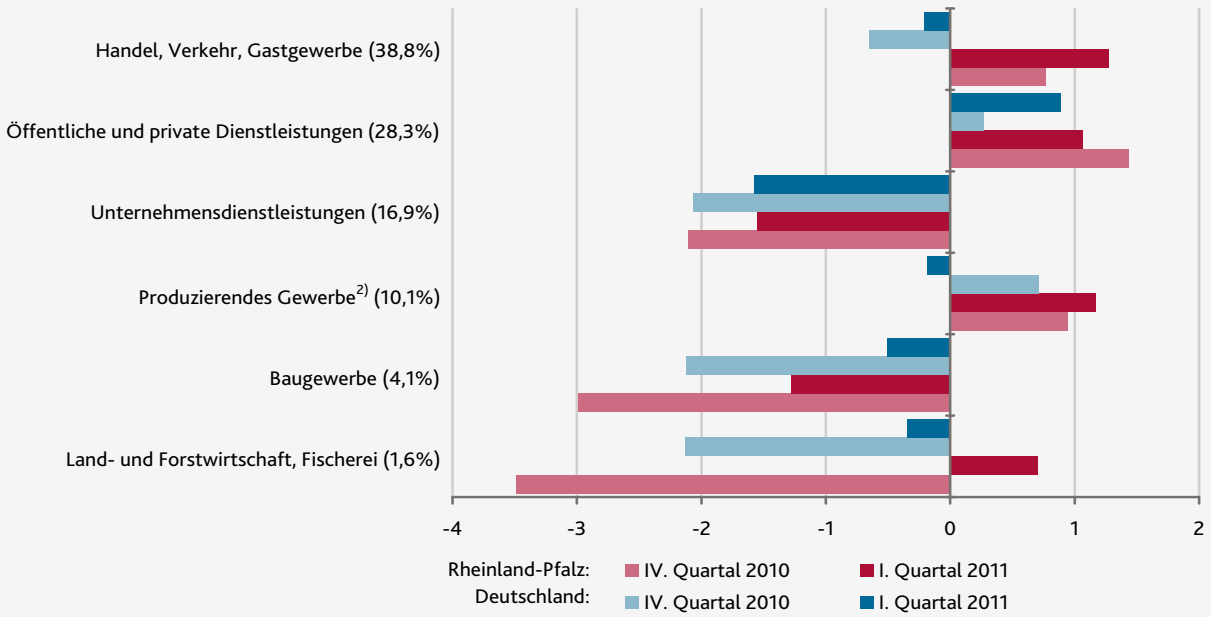


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2010. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 5. Dezember 2011.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug

in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 013 [1]	4 004 [1]	4 007	4 007	4 007	3 999	3 999	3 999	4 000
darunter Ausländer[2]	1 000	306 [1]	309 [1]	307	307	307	310	311	311	313
Natürliche Bevölkerungsbewegung[3]										
* Eheschließungen[4]	Anzahl	1 656	1 681	2 264	2 180	2 635	1 232	1 967	2 502	2 577
* Lebendgeborene[5]	Anzahl	2 573	2 631	2 492	2 689	2 823	2 179	2 611	2 735	2 660
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,7	7,9	7,3	8,2	8,3	6,6	7,7	8,3	7,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[6]	Anzahl	3 659	3 622	3 495	3 463	3 579	3 478	3 726	3 292	3 087
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,3	10,5	10,5	10,6	11,0	10,0	9,1
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[6]	Anzahl	10	8	11	9	1	5	8	10	6
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,0	3,1	4,4	3,3	0,4	2,3	3,1	3,7	2,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 085	- 991	-1 003	- 774	- 756	-1 299	-1 115	- 557	- 427
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,2	- 3,0	- 2,9	- 2,4	- 2,2	- 4,0	- 3,3	- 1,7	- 1,3
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 989	8 088	7 283	7 415	8 887	7 932	8 702	8 251	9 704
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 656	2 746	2 487	2 622	3 013	2 945	3 719	3 189	3 835
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 224	7 851	6 679	7 083	8 400	7 249	7 660	7 345	8 227
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 608	2 273	2 039	2 115	2 205	1 789	2 231	2 066	2 320
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 234	237	604	332	487	683	1 042	906	1 477
* Innerhalb des Landes Umgezogene[7]	Anzahl	12 832	12 576	11 351	11 999	13 622	11 846	13 008	12 545	13 203

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[8, 9]	Einheit	2008	2009			2010				2011
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[10]	1 000	1 203	1 201	1 222	1 205	1 205	1 218	1 247	1 232	1 237
* Frauen	1 000	540	549	559	556	556	558	571	569	570

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2]	Einheit	2008	2009			2010				2011
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Ausländer/-innen	1 000	77	76	77	71	74	78	81	76	79
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	235	242	244	244	246	251	253	255	259
* darunter Frauen	1 000	202	208	209	209	211	214	216	218	221
davon nach Wirtschaftsbereichen[3]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	10	11	11	8	9	11	11	9	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	411	404	409	401	398	402	410	404	407
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	263	264	269	264	262	265	272	268	267
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	185	176	181	177	181	187	192	188	192
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	333	345	352	354	354	353	361	362	362

Arbeitsmarkt[4]	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Arbeitslose	Anzahl	127 214	119 933	111 346	108 300	108 206	107 849	102 624	100 896	101 222
* Frauen	Anzahl	57 737	55 198	53 597	52 334	51 849	52 709	50 029	49 135	48 681
Männer	Anzahl	69 477	64 735	57 749	55 966	56 357	55 140	52 595	51 761	52 541
SGB III (Arbeitslosengeld I)[5]	Anzahl	52 882	46 790	41 839	40 508	40 273	39 624	37 021	36 313	36 240
SGB II (Arbeitslosengeld II)[6]	Anzahl	74 332	73 143	69 507	67 792	67 933	68 225	65 603	64 583	64 982
* Arbeitslosenquote[7]	%	6,1	5,7	5,3	5,2	5,2	5,1	4,9	4,8	4,8
* Frauen	%	6,0	5,7	5,5	5,3	5,3	5,4	5,1	5,0	5,0
* Männer	%	6,2	5,8	5,1	5,0	5,0	4,9	4,7	4,6	4,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	6,6	5,5	5,4	4,5	4,3	5,3	4,8	4,1	3,9
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,1	3,5	3,8	2,9	2,7	4,0	3,5	2,6	2,5
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,2	6,0	5,7	5,7	5,8	5,5	5,3	5,3	5,4
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,4	6,1	6,1	6,2	6,0	5,8	5,8	5,9
* Ausländer/-innen	%	13,6	12,6	11,8	11,5	11,6	11,3	10,9	10,9	11,1
Deutsche	%	5,6	5,2	4,8	4,7	4,7	4,7	4,5	4,4	4,4
* Kurzarbeiter/-innen[8]	Anzahl	42 408	21 000	9 089	8 927	8 410	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[9]	Anzahl	13 243	17 048	18 612	18 310	17 467	22 626	23 518	23 369	22 338

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	432	452	577	489	489	622	586	587	498
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	408	426	544	455	462	593	550	540	471

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	432	452	577	489	489	622	586	587	498
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	2	...	2	1	...	2	3
Unternehmen	Anzahl	63	50	59	52	30	15	76	57	49
private Haushalte	Anzahl	366	401	516	437	457	606	510	528	446
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	627	662	887	710	662	858	820	940	737
* Umbauter Raum	1 000 m^3	441	464	575	509	491	648	618	662	506
* Wohnfläche	1 000 m^2	80	87	109	92	93	120	112	126	96
Wohnräume	Anzahl	3 434	3 546	4 666	3 811	3 717	4 925	4 432	4 988	3 957
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	111	121	150	134	132	172	163	170	134
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	106	128	142	116	143	150	150	160	153
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	17	20	17	21	14	11	11	17
Unternehmen	Anzahl	89	107	115	90	120	125	135	138	129
private Haushalte	Anzahl	2	4	7	9	2	11	4	11	7
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	9	20	10	5	8	39	19	80	13
* Umbauter Raum	1 000 m^3	707	748	943	635	832	883	737	1 303	863
* Nutzfläche	1 000 m^2	98	104	127	103	128	125	111	186	131
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	75	80	165	72	111	80	81	137	100
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	714	780	1 030	832	757	1 009	1 055	1 147	866
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	3 977	4 145	5 455	4 484	4 252	5 812	5 349	5 797	4 606

Landwirtschaft

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	10 468	10 541	9 480	10 667	10 893	9 948	10 384	11 588	11 053
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 406	2 291	1 890	2 241	2 417	1 954	1 919	2 028	2 209
darunter										
* Kälber[2]	t	13	12	5	10	12	6	7	10	11
* Jungrinder	t	11	9	3	6	4	7	6	6	5
* Schweine	t	8 001	8 198	7 548	8 363	8 428	7 946	8 424	9 507	8 797
* Eiererzeugung[3]	1 000	8 738	12 188	11 259	12 292	13 883	13 668	14 601	14 715	11 497

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[4]

* Betriebe	Anzahl	1 039	1 006	1 004	1 002	1 004	996	995	996	999
* Beschäftigte[5]	Anzahl	242 777	238 784	238 563	239 843	240 507	244 410	245 218	246 816	247 610
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	29 376	30 349	29 603	29 858	31 647	30 340	29 283	32 411	32 632
* Entgelte[6]	Mill. EUR	852	853	818	814	817	935	864	865	852
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 209	6 217	6 246	6 133	6 751	6 862	6 730	6 924	7 317
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[7]	Mill. EUR	2 805	3 609	3 705	3 564	3 803	3 805	3 858	3 957	4 042
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 285	1 470	1 415	1 440	1 754	1 821	1 707	1 695	1 977
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	96	100	85	97	119	99	79	98	124
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 023	1 038	1 041	1 032	1 075	1 138	1 086	1 175	1 174
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 499	2 050	2 115	1 991	2 051	2 106	2 215	2 257	2 281
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	598	745	707	749	865	888	875	855	1 053
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 526	32 340	3 219	3 158	3 514	3 637	3 545	3 552	3 871
Exportquote[8]	%	48,5	52,1	51,5	51,5	52,0	53,0	52,7	51,3	52,9
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	76,7	95,4	99,0	87,4	101,5	95,0	99,6	92,5	96,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	78,0	91,9	94,5	83,9	99,8	88,6	90,9	87,7	84,8
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	67,5	96,7	103,6	88,7	101,5	100,6	108,7	96,4	107,4

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	78,9	103,0	103,1	81,8	117,1	114,9	90,4	82,2	116,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	109,5	110,7	105,0	105,1	109,3	105,9	114,5	106,4	119,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	68,4	79,3	80,6	73,2	89,5	74,3	77,9	71,6	66,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	54,0	87,1	105,0	82,2	89,4	91,9	109,2	82,2	94,6
Energie- und Wasserversorgung										
* Betriebe[2, 3]	Anzahl	116	164	166	165	165	167	168	167	167
* Beschäftigte[2, 3, 4]	Anzahl	10 014	9 470	9 409	9 558	9 533	9 386	9 420	9 554	9 565
* Geleistete Arbeitsstunden[2, 3]	1 000 h	1 272	1 205	1 135	1 179	1 262	1 064	1 057	1 249	1 238
* Bruttoentgeltsumme[2, 3]	Mill. EUR	36	36	33	33	33	35	34	33	34
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	567	494	412	460	453	237	425	440	420
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	551	480	399	447	441	225	414	428	408
Baugewerbe[6]										
Bauhauptgewerbe[7]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 362	37 497	38 137	38 598	38 588	38 809	38 778	39 123	39 082
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 479	3 512	4 080	4 044	4 329	4 029	3 937	4 605	4 577
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 291	1 326	1 551	1 420	1 583	1 631	1 551	1 822	1 809
* gewerblicher Bau[8]	1 000 h	877	873	932	1 034	1 028	988	930	1 025	1 029
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 311	1 313	1 597	1 590	1 718	1 410	1 456	1 758	1 739
darunter Straßenbau	1 000 h	653	636	774	772	855	723	756	909	923
* Entgelte[9]	Mill. EUR	83	85	90	91	90	94	92	95	93

1 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 9 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe[1]

Bauhauptgewerbe[2]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	355	356	405	400	431	395	398	434	441
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	103	110	131	124	123	136	134	143	143
* gewerblicher Bau[3]	Mill. EUR	102	94	97	101	108	109	103	116	111
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	150	151	177	175	200	150	161	174	187
darunter Straßenbau	Mill. EUR	74	70	82	84	97	77	81	88	99

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[4]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Betriebe[5]	Anzahl	358	362	364	362	362	361	355	354	352
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[5]	Anzahl	13 063	13 268	13 076	13 228	13 443	13 326	13 199	13 367	13 745
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 210	4 335	4 101	4 316	4 449	4 474	4 257	4 446	4 567
* Entgelte[6]	Mill. EUR	90	94	86	95	93	101	92	97	99
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	330	343	258	328	348	439	274	364	387

Handel[7]

Großhandel[p, 8]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte	2005=100	118,3	117,3	117,7	118,1	118,7	120,9	121,2	121,6	122,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,7	118,4	119,8	117,8	117,3	126,3	126,9	125,3	124,9
* Umsatz nominal[9]	2005=100	105,9	113,6	115,0	111,8	127,8	125,5	118,7	128,2	141,1
* Umsatz real[9]	2005=100	100,7	103,0	104,5	100,2	114,4	109,1	103,7	111,1	123,1

Einzelhandel[p, 10]

* Beschäftigte	2005=100	106,3	105,8	105,4	106,4	107,0	107,8	107,6	108,5	108,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,9	107,4	108,0	108,1	108,5	110,7	110,8	110,4	110,7
* Umsatz nominal[9]	2005=100	109,3	110,8	113,7	107,7	110,0	110,4	112,5	114,7	112,8
* Umsatz real[9]	2005=100	106,5	106,9	109,7	104,0	106,0	104,8	107,5	109,5	107,1

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte	2005=100	105,7	105,9	105,1	106,3	106,5	107,8	106,9	108,8	109,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	124,3	127,7	124,2	124,8	127,2	132,1	129,7	131,3	133,5
* Umsatz nominal[3]	2005=100	94,0	92,8	96,1	85,5	95,3	94,5	94,8	90,2	101,5
* Umsatz real[3]	2005=100	89,7	88,2	91,6	81,3	90,4	88,6	88,7	84,2	94,4

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2005=100	103,8	105,6	110,1	111,7	109,5	112,8	113,9	113,3	113,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	113,1	114,8	119,0	119,4	115,9	124,7	125,4	123,6	123,5
* Umsatz nominal[3]	2005=100	98,8	101,0	116,3	122,1	114,4	120,9	124,1	128,4	123,3
* Umsatz real[3]	2005=100	92,7	92,0	106,0	111,1	103,6	108,8	111,3	115,1	109,5

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	620	640	821	897	888	928	916	956	975
* darunter von Auslandsgästen	1 000	150	156	270	270	200	214	273	270	206
* Gästeübernachtungen	1 000	1 678	1 714	2 428	2 677	2 333	2 447	2 600	2 740	2 474
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	449	893	942	561	588	877	905	573

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 950	1 886	2 082	2 061	2 121	2 224	2 058	1 813	2 229
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 293	1 229	1 513	1 486	1 506	1 646	1 440	1 236	1 609
* Getötete Personen	Anzahl	19	17	12	23	16	15	17	15	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	11	8	2	7	3	7	7	8	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	5	4	11	7	5	4	4	4
Radfahrer	Anzahl	1	1	4	3	1	2	3	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	1	-	-	3	1	1	1	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 682	1 599	1 906	1 900	1 961	2 076	1 839	1 605	2 099

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung).

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
schwer verletzte Personen	Anzahl	313	290	384	406	364	426	411	321	372
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	140	130	125	138	146	169	156	153	140
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	79	73	125	149	106	110	130	74	119
Radfahrer	Anzahl	48	43	89	72	76	97	74	50	76
Fußgänger	Anzahl	32	31	23	24	24	31	38	28	26

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 398	11 933	12 298	10 600	11 794	13 807	12 734	12 048	13 044
darunter										
Krafträder	Anzahl	693	609	877	660	506	787	759	639	493
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	14 675	10 154	10 215	8 930	10 118	11 558	10 547	10 092	11 076
* Lastkraftwagen	Anzahl	716	833	819	715	802	1 004	926	930	1 011
Zugmaschinen	Anzahl	248	274	322	247	276	396	455	301	391

Personenbeförderung

	Einheit	2009	2010				2011		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	61 778	53 245	57 395	54 306	46 268	55 011	58 167	55 244	...
Personenkilometer[3]	Mill.	574	530	539	535	455	589	543	534	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Güterempfang	1 000 t	985	1 153	1 140	1 193	1 226	1 055	1 148	1 212	1 199
* Güterversand	1 000 t	834	930	978	1 072	1 022	753	813	949	868

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 885	...	3 656	3 532	3 271	4 093	3 927	3 790	3 763
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	265	...	297	281	290	324	287	284	299
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 584	...	3 320	3 216	2 949	3 695	3 554	3 406	3 341

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	...	26	28	22	21	26	22	16
* Halbwaren	Mill. EUR	111	...	185	166	151	176	166	168	176
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 455	...	3 109	3 021	2 776	3 498	3 362	3 217	3 149
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	787	...	968	1 062	876	1 038	1 010	881	890
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 667	...	2 141	1 959	1 899	2 459	2 352	2 336	2 259
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 002	...	2 519	2 340	2 234	2 880	2 725	2 620	2 593
* darunter in EU-Länder[3]	Mill. EUR	1 766	...	2 190	2 026	1 915	2 425	2 340	2 243	2 179
Belgien	Mill. EUR	145	...	211	166	183	210	173	169	197
Luxemburg	Mill. EUR	44	...	66	55	55	61	64	61	57
Dänemark	Mill. EUR	33	...	32	34	34	33	37	40	40
Finnland	Mill. EUR	22	...	25	27	26	32	29	26	33
Frankreich	Mill. EUR	321	...	398	371	322	465	444	436	399
Griechenland	Mill. EUR	32	...	32	26	27	26	39	25	24
Großbritannien	Mill. EUR	184	...	210	195	201	219	208	216	226
Irland	Mill. EUR	8	...	9	8	8	9	10	8	10
Italien	Mill. EUR	211	...	276	272	188	287	279	282	201
Niederlande	Mill. EUR	185	...	221	206	205	249	235	238	211
Österreich	Mill. EUR	126	...	145	142	141	160	158	144	156
Schweden	Mill. EUR	41	...	70	50	61	72	76	51	68
Spanien	Mill. EUR	157	...	170	167	148	201	175	183	174
Portugal	Mill. EUR	18	...	19	22	21	24	23	21	21
* Afrika	Mill. EUR	76	...	84	87	88	101	94	96	94
* Amerika	Mill. EUR	406	...	505	578	458	474	557	465	480
darunter nach USA	Mill. EUR	296	...	256	412	267	264	360	258	290
* Asien	Mill. EUR	373	...	509	488	457	597	512	556	550
darunter nach China	Mill. EUR	85	...	112	112	104	176	158	164	144
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	...	38	38	34	40	39	52	48

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	1 809	...	2 454	2 300	2 280	2 947	2 551	2 693	2 616
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	206	...	222	190	238	250	228	222	212
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 507	...	2 162	2 045	1 981	2 374	2 162	2 301	2 206
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	76	...	90	102	87	210	54	173	49
* Halbwaren	Mill. EUR	184	...	300	296	312	300	305	335	333
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 248	...	1 773	1 647	1 582	1 863	1 803	1 793	1 824

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	332	...	538	489	510	539	561	513	540
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	916	...	1 235	1 158	1 072	1 325	1 242	1 280	1 284
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 317	...	1 816	1 720	1 644	2 012	1 920	1 998	1 822
* darunter aus EU-Ländern[3]	Mill. EUR	1 118	...	1 551	1 486	1 413	1 650	1 683	1 642	1 582
Belgien	Mill. EUR	180	...	275	250	247	306	293	279	285
Luxemburg	Mill. EUR	34	...	34	43	37	42	47	48	50
Dänemark	Mill. EUR	25	...	37	31	19	16	12	14	17
Finnland	Mill. EUR	9	...	14	11	10	20	17	14	14
Frankreich	Mill. EUR	192	...	253	233	215	257	262	274	237
Griechenland	Mill. EUR	7	...	5	8	9	8	8	10	8
Großbritannien	Mill. EUR	63	...	75	81	80	74	94	78	86
Irland	Mill. EUR	7	...	10	8	10	11	15	12	11
Italien	Mill. EUR	110	...	139	136	118	162	172	175	148
Niederlande	Mill. EUR	162	...	259	251	263	266	282	260	253
Österreich	Mill. EUR	59	...	105	89	88	96	94	90	88
Schweden	Mill. EUR	27	...	25	31	20	26	26	24	25
Spanien	Mill. EUR	67	...	80	79	77	101	96	102	82
Portugal	Mill. EUR	12	...	15	20	11	19	15	16	15
* Afrika	Mill. EUR	29	...	48	28	29	57	31	55	73
* Amerika	Mill. EUR	219	...	234	214	220	473	233	236	257
darunter aus USA	Mill. EUR	145	...	162	144	134	369	154	163	176
* Asien	Mill. EUR	239	...	349	332	383	399	364	399	459
darunter aus China	Mill. EUR	110	...	168	159	157	167	146	154	187
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	...	6	6	3	6	4	4	6

Gewerbeanzeigen[4]

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 517	3 434	3 338	3 359	3 618	3 064	3 171	3 434	3 491
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	496	463	479	517	497	500	552	565
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 425	2 415	2 350	2 349	2 534	1 994	2 148	2 319	2 379
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 015	2 934	2 554	2 626	2 794	2 932	3 175	3 331	3 620
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	490	455	399	405	388	356	451	412	427
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 996	1 969	1 675	1 733	1 895	2 056	2 236	2 389	2 644

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Insgesamt	Anzahl	627	670	684	649	710	631	538	646	604
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	113	109	92	131	123	102	96	107
* Verbraucher	Anzahl	374	420	434	436	427	387	338	414	369
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	116	113	94	131	101	79	115	116
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	23	21	28	27	21	20	19	21	12
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	149	151	281	74	102	148	76	117	81

Handwerk[2]

	Einheit	2009	2010				2011		
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
* Beschäftigte[3]	2007=100[4]	96,0	98,4	96,9	97,7	100,7	98,6	97,8	98,4	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2007=100[6]	101,1	97,7	76,7	98,7	101,5	113,7	84,5	104,4	...

Preise

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,2	107,4	107,5	107,6	107,6	110,2	110,2	110,4	110,4
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,7	104,6	104,7	104,9	104,9	105,9	106,0	106,2	106,2

Verdienste[7]

	Einheit	2009	2010				2011		
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 431	3 506	3 185	3 231	3 238	3 256	3 241	3 283	...
* Frauen	EUR	2 961	3 016	2 780	2 804	2 811	2 819	2 816	2 835	...
* Männer	EUR	3 613	3 699	3 345	3 399	3 405	3 428	3 411	3 461	...
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	5 898	6 079	5 403	5 484	5 486	5 546	5 452	5 543	...
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	3 874	3 971	3 638	3 678	3 691	3 714	3 700	3 762	...
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	2 993	3 057	2 772	2 818	2 835	2 845	2 832	2 881	...
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 441	2 502	2 266	2 331	2 361	2 360	2 358	2 398	...
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	1 857	1 867	1 735	1 783	1 779	1 813	1 809	1 829	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nach-gewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leis-tungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeit-nehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2009	2010					2011		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 575	3 689	3 224	3 315	3 343	3 359	3 353	3 430	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 308	3 425	3 130	3 097	3 122	3 214	3 220	3 230	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 642	3 777	3 284	3 372	3 400	3 421	3 424	3 492	...
* Energieversorgung	EUR	5 013	5 134	4 297	4 389	4 372	4 404	4 372	4 389	...
* Wasserversorgung[2]	EUR	2 877	2 912	2 743	2 754	2 753	2 689	2 751	2 772	...
* Baugewerbe	EUR	3 017	3 001	2 718	2 858	2 920	2 881	2 815	2 961	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 326	3 377	3 157	3 171	3 163	3 183	3 160	3 177	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 284	3 386	3 071	3 095	3 092	3 122	2 945	2 968	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 793	2 835	2 596	2 627	2 620	2 646	2 643	2 678	...
* Gastgewerbe	EUR	1 992	2 044	2 005	1 977	1 974	1 987	2 004	2 009	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 245	4 686	4 168	4 169	4 253	4 289	4 197	4 380	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 398	(4 528)	3 865	3 905	3 897	3 913	3 936	3 962	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 256)	3 768	(3 372)	3 411	3 535	3 585	3 474	3 491	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 748	3 903	3 519	3 575	3 555	3 596	3 603	3 658	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 952	(1 902)	(1 851)	1 836	1 801	1 856	1 866	1 868	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 233	3 260	3 142	3 158	3 171	3 174	3 188	3 194	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 946	3 991	3 896	3 926	3 925	3 926	3 887	3 904	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 440	3 480	3 236	3 259	3 268	3 285	3 287	3 324	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 378)	(3 371)	(3 108)	(3 257)	3 118	3 155	3 173	3 167	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 775	2 802	2 642	2 662	2 647	2 650	2 668	2 657	...

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2009	2010					2011		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 943	116 827	116 512	116 351	117 189	117 256	116 241	117 085	118 290
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	11 791	12 434	11 877	12 355	12 814	12 690	12 507	12 777	12 221

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2009	2010				2011		
		Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 679	13 693	13 298	13 673	13 792	14 007	14 092	14 368	15 191
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	89 473	90 701	91 337	90 323	90 583	90 559	89 642	89 940	90 878
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	103 636	106 680	105 490	106 220	107 461	107 548	106 664	107 629	107 811
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	95 570	97 386	96 928	97 402	97 717	97 495	96 721	97 134	97 515
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	8 066	9 294	8 562	8 818	9 744	10 053	9 943	10 495	10 296
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 307	10 147	11 022	10 131	9 728	9 708	9 577	9 456	10 479
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	103 669	109 118	106 999	108 110	110 517	110 845	110 049	111 255	111 545
Sichteinlagen	Mill. EUR	34 674	41 764	38 890	40 771	43 811	43 584	43 233	43 891	43 853
Termineinlagen	Mill. EUR	34 510	31 010	31 999	31 191	30 462	30 389	29 690	30 015	30 419
Sparbriefe	Mill. EUR	8 091	7 040	7 152	6 999	6 909	7 098	7 252	7 628	7 825
Spareinlagen	Mill. EUR	26 394	29 304	28 958	29 149	29 335	29 774	29 874	29 721	29 448
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	101 502	106 608	104 441	105 579	108 007	108 404	107 672	108 995	109 181
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	99 326	104 341	102 597	103 462	105 680	105 624	105 248	106 430	107 057
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 176	2 267	1 844	2 117	2 327	2 780	2 424	2 565	2 124
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 167	2 510	2 558	2 531	2 510	2 441	2 377	2 260	2 364

Steuern

	Einheit	2009	2010				2011		
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 755	3 103	3 162	3 395	2 899	2 964	3 318	3 592	3 106
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	913	923	859	1 124	528	577	943	1 152	532
Lohnsteuer	Mill. EUR	667	647	882	457	472	568	941	559	506
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	139	133	400	-	-	-	432	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	96	119	- 31	458	24	- 52	- 28	409	- 21
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	61	63	17	56	14	40	20	24	18

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	43	34	39	9	15	15	44	6	12
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	15	25	0	0	6	28	0	0
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	46	60	- 48	144	3	7	- 33	154	17
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 3	- 2	- 39	-	-	-	- 39	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 841	2 180	2 303	2 271	2 372	2 387	2 374	2 440	2 575
Umsatzsteuer	Mill. EUR	456	443	460	424	415	496	461	417	467
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 385	1 737	1 844	1 847	1 957	1 891	1 913	2 023	2 108
Zölle	Mill. EUR	145	181	203	215	216	204	215	243	228
Bundessteuern[1]	Mill. EUR	96	114	90	124	90	90	89	123	94
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	31	30	31	26	26	26	35
Kraftfahrzeugsteuer[2]	Mill. EUR	17	38	37	33	33	36	38	34	34
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	40	23	61	26	28	25	63	26
Landessteuern	Mill. EUR	70	45	46	50	52	60	54	49	52
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	1	0	-	6	0	0	0	- 0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	16	12	16	15	13	26	15	15	13
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	17	17	18	19	18	23	19	23
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	10	12	11	11	12	11	12
Feuerschutzsteuer[1]	Mill. EUR	1	1	-	2	-	1	1	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	3

	Einheit	2009	2010					2011		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	429	490	414	543	449	556	501	541	528
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	107	111	100	116	129	101	105	115	135
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	309	366	302	412	304	444	383	411	376
sonstige Gemeindesteuern[3]	Mill. EUR	9	9	7	10	10	7	8	9	10

1 Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 3 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2009	2010				2011		
		Durchschnitt		I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	690	762	500	826	686	1 035	557	798	819
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	255	299	286	357	222	332	352	336	298
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	283	298	87	297	284	525	77	300	329
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	32	39	15	41	35	66	12	33	41

	Einheit	2009	2010				2011		
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	695	698	662	724	545	636	702	660	602
Landessteuern	Mill. EUR	70	45	46	50	52	60	54	49	52
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	333	335	295	431	164	178	337	442	171
Lohnsteuer	Mill. EUR	225	213	311	138	144	184	340	181	158
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	41	50	- 13	195	10	- 22	- 12	174	- 9
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	25	26	4	23	2	6	6	8	8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	19	15	17	4	6	7	20	3	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	23	30	- 24	72	2	3	- 17	77	9
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	278	301	318	243	287	340	308	168	326
Umsatzsteuer	Mill. EUR	216	221	223	156	201	242	225	70	227
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	62	80	95	87	86	98	83	99	99
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	4	1	-	11	15	1	0	14
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	1	2	0	-	5	6	0	-	6
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	9	2	-	22	31	2	-	27
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	0	-	4	6	0	-	6
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 448	1 643	1 635	1 784	1 629	1 592	1 725	1 901	1 771
Bundessteuern	Mill. EUR	96	114	90	124	90	90	89	123	94
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	396	401	362	492	225	248	400	502	228
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	952	1 124	1 182	1 168	1 303	1 238	1 235	1 275	1 435
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	4	4	1	-	11	15	1	- 0	14

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im November 2011

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2011
Kennziffer: A 1033 201121

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2011 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. Oktober 2011)
Kennziffer: B3023 201122

Weiterbildung 2010
Kennziffer: B4013 201000

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im September 2011
Kennziffer: D1023 201109

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im September 2011 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201109

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im September 2011
Kennziffer: E1033 201109

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im August 2011
Kennziffer: E4023 201108

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen in der Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen 2009
Kennziffer: E4033 200900

Stromabsatz und Erlöse 2010
Kennziffer: E4053 201000

Gasabsatz und Erlöse 2010
Kennziffer: E4063 201000

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe 2010
Kennziffer: E4073 201000

Energieverwendung des verarbeitenden Gewerbes sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 2010
Kennziffer: E4083 201000

Stromeinspeisung in das Netz der allgemeinen Versorgung 2010
Kennziffer: E4093 201000

Energiebilanz und CO_2-Bilanz 2008
Kennziffer: E4123 200800

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im September 2011
Kennziffer: F2033 201109

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus und Einfuhr 2010
Kennziffer: G3013 201000

Aus und Einfuhr im August 2011
Kennziffer: G3023 201108

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im September 2011
Kennziffer: G4023 201109

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im August 2011
Kennziffer: H1023 201108

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern nach Gemeinden am 1. Januar 2011
Kennziffer: H1053 201100

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2010
Kennziffer: H1063 201000

Binnenschifffahrt 2010
Kennziffer: H2013 201000

Binnenschifffahrt im August 2011
Kennziffer: H2023 201108

Sozialleistungen

Kriegsopferfürsorge 2010
Kennziffer: K3033 201001

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Staats- und Kommunalfinanzen – Jahresrechnungsergebnisse 2009
Kennziffer: L1033 200900

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Oktober 2011
Kennziffer: M1013 201110

Gesamtrechnungen

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1996–2009
Kennziffer: P1043 200900

Umwelt

Öffentliche Klärschlammentsorgung 2010
Kennziffer: Q1063 201000

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im August 2011
Kennziffer: Z1013 201108

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe November 2011
Kennziffer: Z2201 201111

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Agrarstrukturen in Deutschland – Einheit in Vielfalt
Kennziffer: C1015 201000

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App "Scanlife". Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Thomas Kirschey und Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2011

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.